



# Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 2/2009–2010

	Inhalt	Seite
2.	Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG) .....	27



## Inhaltsverzeichnis

<b>2.</b>	<b>Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)</b>	
<b>I.</b>	<b>Ausgangslage</b> .....	27
	1. Neues Bundesrecht .....	27
	1.1 Schweizerische Strafprozessordnung (CH-StPO) .....	27
	1.2 Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (JStPO) ...	28
	2. Handlungsbedarf .....	28
	2.1 CH-StPO .....	28
	2.2 StPO .....	28
	2.3 Motion Portner betreffend Regelung des Straf- und Massnahmenvollzugs auf Gesetzesstufe (GRP 2003/2004, S. 191, 303) .....	28
	2.4 Kantonsverfassung (KV) .....	29
<b>II.</b>	<b>Vernehmlassungsverfahren</b> .....	29
	1. Angaben zum Vernehmlassungsverfahren .....	29
	2. Hauptanliegen und deren Berücksichtigung .....	30
<b>III.</b>	<b>Schwerpunkte der Vorlage</b> .....	30
	1. Regelungen in den Vollzugseinrichtungen .....	30
	1.1 Sicherheit und Ordnung .....	30
	1.2 Unmittelbarer Zwang .....	31
	1.3 Disziplinarwesen .....	31
	2. Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen .....	32
	3. Vollzugskosten .....	32
	4. Bekanntgabe von Personendaten .....	33
	5. Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen .....	33
	6. Umsetzung von Art. 28b ZGB auf Gesetzesstufe .....	34
	7. Verzicht auf die Regelung der Begnadigung in diesem Gesetz .....	35
<b>IV.</b>	<b>Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen</b> .....	35
	I. Allgemeines .....	36
	II. Straf- und Massnahmenvollzug .....	37
	III. Vollzugseinrichtungen .....	40
	IV. Vollzug von strafrechtlichen Sanktionen in den Justiz- vollzugsanstalten des Kantons .....	41
	V. Bekanntgabe von Personendaten .....	52
	VI. Rechtsmittel .....	54

VII. Schlussbestimmungen .....	54
<b>V. Übereinstimmung mit der Kantonsverfassung.....</b>	<b>56</b>
<b>VI. Personelle und finanzielle Auswirkungen.....</b>	<b>56</b>
1. Personelle Auswirkungen.....	56
2. Finanzielle Auswirkungen.....	57
<b>VII. Berücksichtigung der VFRR-Grundsätze.....</b>	<b>57</b>
<b>VIII. Anträge .....</b>	<b>57</b>

## Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

2.

### **Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)**

Chur, den 26. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend Botschaft und Entwurf für ein Justizvollzugsgesetz.

#### **I. Ausgangslage**

Am 12. März 2000 haben Volk und Stände die Verfassungsrevision (BBl 1999 8633) hinsichtlich Justizreform deutlich angenommen. Diese setzte sich zum Ziel, den Rechtsschutz zu verbessern, das Bundesgericht funktionsfähig zu erhalten und die Grundlagen für ein einheitlicheres schweizerisches Prozessrecht zu schaffen.

#### **1. Neues Bundesrecht**

##### ***1.1 Schweizerische Strafprozessordnung (CH-StPO)***

Mit der Justizreform erhält der Bund die Zuständigkeit zum Erlass einer Strafprozessordnung. Der Bundesrat hat am 21. Dezember 2005 seine Botschaft zur Vereinheitlichung des Strafprozessrechts verabschiedet (BBl 2006 1085). Die Bundesversammlung hat das Gesetz am 5. Oktober 2007 verabschiedet, die Referendumsfrist ist am 24. Januar 2008 unbenutzt abge-

laufen. Das Inkrafttreten der neuen CH-StPO ist für den 1. Januar 2011 geplant. Bis zum Inkrafttreten der CH-StPO müssen die Kantone die nötigen Anpassungen im kantonalen Recht vornehmen.

### ***1.2 Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (JStPO)***

Zusammen mit dem Entwurf für eine CH-StPO hat der Bundesrat auch einen Entwurf für eine JStPO (E-JStPO) vorgelegt (BBl 2006 1085 und BBl 2008 3121). Der Entwurf ist als *lex specialis* ausgestaltet und enthält nur die von der CH-StPO abweichenden Regelungen für das Jugendstrafverfahren. Die Bundesversammlung hat das Gesetz am 20. März 2009 verabschiedet. Es ist davon auszugehen, dass das fakultative Referendum nicht verlangt werden wird. Das Inkrafttreten ist ebenfalls auf 1. Januar 2011 vorgesehen. Auch hier bedarf es einer kantonalen Anschlussgesetzgebung.

## **2. Handlungsbedarf**

### ***2.1 CH-StPO***

Die CH-StPO hat für Graubünden einen umfassenden gesetzgeberischen und organisatorischen Anpassungsbedarf zur Folge. Da das Verfahrensrecht neu bundesrechtlich geregelt wird, drängt es sich auf, das bisherige kantonale Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO) gänzlich aufzuheben und die verbleibenden Materien in separaten Gesetzen zu regeln.

### ***2.2 StPO***

Die StPO regelt – entgegen dem Erlassstitel – nicht nur das Strafverfahren, sondern auch weitere Aspekte, wie etwa den Straf- und Massnahmenvollzug. Wenn die StPO aufgehoben wird, sind diese Aspekte in spezifischen Erlassen zu regeln. Für den Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs ist daher ein eigener Erlass auf Gesetzesstufe notwendig.

### ***2.3 Motion Portner betreffend Regelung des Straf- und Massnahmenvollzugs auf Gesetzesstufe (GRP 2003/2004, Seiten 191, 303)***

Weiter ist ein parlamentarischer Vorstoss (Motion Portner) hängig, der im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs eine bessere gesetzliche

Grundlage fordert und der mit den Anpassungen an den allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) noch nicht umgesetzt wurde. Der Straf- und Massnahmenvollzug wird heute im Kanton Graubünden durch die regierungsrätliche Verordnung über den Justizvollzug (Justizvollzugsverordnung; BR 350.460) geregelt. Darin sind im Wesentlichen die Aufgaben und die Gestaltung des Vollzugs sowie die Stellung der Eingewiesenen bzw. deren Rechte und Pflichten normiert. Diese Verordnung stützt sich auf Art. 181 und Art. 186 StPO. Sodann sind die Bestimmungen des ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates, dem der Kanton Graubünden angehört, zu beachten.

## **2.4 Kantonsverfassung (KV)**

Die KV schreibt vor, dass alle wichtigen Bestimmungen in der Form des Gesetzes zu erlassen sind. Für den Straf- und Massnahmenvollzug ist daher eine formelle und materielle Regelung auf Gesetzesstufe notwendig. Das wird mit dem vorliegenden Justizvollzugsgesetz erreicht.

## **II. Vernehmlassungsverfahren**

### **1. Angaben zum Vernehmlassungsverfahren**

Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis 15. September 2008. Insgesamt sind 39 Stellungnahmen beim DJSG eingegangen. Die eingegangenen Stellungnahmen verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Vernehmlassungsgruppen:

<b>Vernehmlassungsgruppen</b>	<b>Anzahl</b>
Politische Parteien	1
Gemeindebehörden	23
Andere Organisationen	3
Kantonale Behörden	11
Einzelpersonen	1
<b>Total eingegangene Stellungnahmen</b>	<b>39</b>

## **2. Hauptanliegen und deren Berücksichtigung**

Der Entwurf wurde in der Vernehmlassung gut aufgenommen und mehrheitlich begrüsst. Verschiedene Hinweise konnten bei der Überarbeitung berücksichtigt werden. Weil keine grundlegenden Anpassungen notwendig waren, wird auf die vorgenommenen Änderungen ausschliesslich in den Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen eingegangen.

## **III. Schwerpunkte der Vorlage**

Der vorliegende Entwurf umfasst schwerpunktmässig Neuerungen in folgenden Bereichen:

- Sicherheit und Ordnung, unmittelbarer Zwang und Disziplinarwesen in Vollzugseinrichtungen;
- Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen;
- Vollzugskosten;
- Bekanntgabe von Personendaten;
- Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen (gesetzliche Grundlage und Meldepflicht der Polizei);
- Umsetzung von Art. 28b ZGB auf Gesetzesstufe;
- Verzicht auf die Regelung der Begnadigung in diesem Gesetz.

### **1. Regelungen in den Vollzugseinrichtungen**

#### ***1.1 Sicherheit und Ordnung***

Für die Sicherheit in den Vollzugseinrichtungen sind diese selber verantwortlich. Sie verfügen dazu über einen eigenen Betreuungs- und Sicherheitsdienst mit speziell ausgebildeten Vollzugsmitarbeitenden. Die grundlegenden Pflichten und Beschränkungen, die den Insassen zur Sicherheit und Ordnung in den Anstalten auferlegt werden, sind in diesem Gesetz, weniger wichtige Bestimmungen in der Justizvollzugsverordnung, den Hausordnungen der Vollzugseinrichtungen und in den dazugehörigen Weisungen zu regeln.



## ***1.2 Unmittelbarer Zwang***

Eine Hauptforderung des parlamentarischen Vorstosses (Motion Portner) ist die Fortführung der geltenden Praxis, aber auch die Schliessung von Lücken in der Gesetzgebung, so namentlich bei der Zwangsmedikation und bei der Zwangsernährung der eingewiesenen Personen. Die Anwendung von unmittelbarem Zwang muss in jedem Fall dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit wie auch dem Grundsatz der Subsidiarität des Einsatzes entsprechen. Anwendungsfälle sind etwa das Vorgehen gegen Renitenz und Gewalttätigkeit von Eingewiesenen, der Einsatz zum Zweck der Fluchtverhinderung oder Wiederergreifung wie auch etwa eine Zwangsmedikation oder Zwangsernährung im Zusammenhang mit einem Hungerstreik.

## ***1.3 Disziplinarwesen***

Im besonderen Rechtsverhältnis zwischen Staat und Eingewiesenen wird der Behörde das Recht eingeräumt, Pflichtverstösse mit Sanktionen zu ahnden. Dies ist der Kerngehalt des Disziplinarwesens. Das Disziplinarrecht hat in erster Linie Ordnungsfunktion; es soll das geordnete Zusammenleben innerhalb der Vollzugseinrichtung gewährleisten. Es hat ferner aber auch pädagogische oder Erziehungsfunktion; Eingewiesene sollen zu Anstaltsordnung konformem Verhalten veranlasst werden. Gestützt auf Art. 91 Abs. 3 StGB sind die Kantone für den Erlass eines Disziplinarrechts für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständig. Auf Stufe Gesetz sind die Disziplinarstatbestände, die Sanktionen und deren Zumessung sowie das Verfahren zu regeln.

Grundsätzlich gelangen die mit Blick auf das nun in den Grundzügen in Art. 91 StGB und damit bundesrechtlich geregelte Disziplinarwesen erlassenen Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2006 zur Anwendung. Aufgrund der Bedeutung dieser Regelungen im Vollzugsalltag scheint es angezeigt, die wesentlichen Bestimmungen des Disziplinarwesens im Gesetz selbst vorzugeben, nur punktuell auf die Richtlinien zu verweisen und Detailregelungen in einer regierungsrätlichen Justizvollzugsverordnung zu regeln. Statuiert wird die Unterscheidung zwischen schweren und leichten Disziplinarvergehen, da daran bestimmte Konsequenzen geknüpft sind.

Nach der Konzeption des StGB haben die Kantone für den Straf- und Massnahmenvollzug ein Disziplinarrecht zu erlassen, weshalb das Disziplinarwesen auch für den stationären Massnahmenvollzug Geltung beanspruchen müsste. Dies trifft zu und wird vorliegend von der Gesetzessystematik her auch getan, sofern es sich um Einrichtungen des Amtes für Justizvollzug

(AJV) handelt. Die erwähnten Richtlinien gelten ebenfalls für den Straf- und Massnahmenvollzug und damit auch den Verwahrungsvollzug, sofern dieser in einer Konkordatsanstalt durchgeführt wird.

Die Untersuchungshaft und der Polizeigewahrsam sind, bis auf die Unterbringung in den Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs, nicht Gegenstand dieses Gesetzes. Die entsprechenden Regelungen werden voraussichtlich unter Aufhebung der bisherigen Verordnung über die Unterbringung und Betreuung der Untersuchungsgefangenen in die zu revidierende Justizvollzugsverordnung einfließen.

## **2. Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen**

Die Zuständigkeit zur Ordnung des Vollzuges liegt gemäss Art. 41 Abs. 1 E-JStPO zwingend bei der Untersuchungsbehörde, also beim Jugendrichter oder beim Jugendanwalt. Jugendstrafurteile sollen von einer Person vollzogen werden, welche über ausgewiesene Fachkenntnisse verfügt und die beschuldigte Jugendliche oder den beschuldigten Jugendlichen persönlich kennt.

Einer engen Zusammenarbeit zwischen Jugendanwaltschaft und dem AJV steht indessen nichts entgegen. Die für die Jugendanwaltschaft tätigen Mitarbeiter des AJV bleiben weiterhin administrativ diesem Amt unterstellt. Seitens der Jugendanwaltschaft wird allerdings gewünscht, dass nach Möglichkeit jeweils eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter den Fall von der Abklärung der persönlichen Verhältnisse bis zum Vollzug begleitet. Im vorliegenden Justizvollzugsgesetz ist daher eine Kompetenznorm vorgesehen, mit der die Mitarbeit des AJV im Jugendstrafverfahren durch die Regierung weisungsgebunden geregelt werden kann.

## **3. Vollzugskosten**

Die Kantone tragen die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs. Der Verurteilte wird in angemessener Weise an den Kosten des Vollzugs beteiligt (Art. 380 Abs. 1 und Abs. 2 StGB).

Bereits heute trägt der Kanton die Kosten des Strafvollzugs. Der Kanton verzichtet neu aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) auf die Weiterverrechnung der Kosten des stationären strafrechtlichen Massnahmenvollzugs in Anstalten an die Gemeinden. Die finanziellen Auswirkungen dieser Änderungen sind in der Globalbilanz der Bündner NFA erfasst. Der Motion Portner, welche bei einer allfälligen Neuregelung des Straf-

und Massnahmenvollzugs eine unveränderte Kostenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden verlangt, wird mit diesem Vorschlag aufgrund der Änderungen im Bündner NFA nicht entsprochen.

Bis zum Inkrafttreten der Bündner NFA müssen die bisherigen Regelungen beibehalten werden, damit in diesem Bereich keine gesetzgeberische Lücke entsteht. Diesem Umstand wird in den Schlussbestimmungen dieses Gesetzes Rechnung getragen.

#### **4. Bekanntgabe von Personendaten**

Zurzeit besteht keine kantonale gesetzliche Grundlage, welche den berechtigten Ansprüchen auf Information seitens der Opfer in der Phase des Vollzuges Rechnung tragen würde. Das Opferhilfegesetz (OHG) ist für die Zeitspanne des Vollzuges nicht anwendbar. Im Grundsatz ist die Aufnahme einer Bestimmung über die Opferrechte in das JVG notwendig, ansonsten die Vollzugsbehörden Gefahr laufen, in Fällen, in denen sie eine Information des Opfers als dringend erforderlich erachten (z. B. Urlaub im Vollzug), das Datenschutzgesetz (DSG) zu verletzen. Zur Begegnung von Gerüchten und zur Beruhigung des in echter Angst lebenden Opfers kann und soll die gesetzliche Verankerung einer Informationspflicht beitragen. Davon klar zu unterscheiden ist ein absoluter Anspruch auf permanente Orientierung über den Vollzug.

Zu definieren sind im JVG der Personenkreis der anerkannten Opfer, der Umfang der Informationspflicht und die zur Auskunft berechtigte Stelle. Informationsempfänger sollten neben den Direktbetroffenen auch Personen sein, die gegenüber der verurteilten Person ein höheres schutzwürdiges Interesse nachweisen können.

#### **5. Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen**

Im Jahre 2005 wurde vom damaligen Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement gestützt auf den Bericht «Täterberatung» die Notwendigkeit der Einrichtung einer Anlaufstelle für Tatpersonen festgestellt, dies u.a. in Verbindung mit der seit Juli 2005 im neuen Polizeigesetz geregelten Möglichkeit einer Wegweisung von Tatpersonen, welche die in der ehelichen Wohnung lebenden Personen gefährden (Art. 16 Polizeigesetz). Eine Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen trägt zur Vermeidung weiterer Gewaltakte bei, indem sie akute Situationen entschärft und Gewalt ausübende Personen motivieren kann weitere Hilfe zu suchen. Die Regierung hat im Juni 2006 dem AJV den Auftrag erteilt, eine Beratungsstelle für Gewalt ausübende

Personen einzurichten. Mitte September 2007 nahm diese Beratungsstelle ihre Tätigkeit auf. Personen, die zu Gewalttätigkeit neigen oder bereits Gewalt angewendet haben, werden Hilfe und fachliche Unterstützung angeboten. Die Beratung beruht auf Freiwilligkeit. Ziel ist, den Hilfesuchenden mit einer spezifischen Beratung, Auswege aus dem Gewaltkreislauf aufzuzeigen. Die Berater entwickeln mit den Betroffenen Methoden für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten und arbeiten aufdeckend und konfrontierend. Die Beratungen sind unentgeltlich. Die Anliegen werden vertraulich behandelt.

Die Regierung hat die notwendigen Ausführungsbestimmungen zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100) und dort die Rechtsgrundlage für die Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen vorläufig auf dem Verordnungswege erlassen (Verordnung zur Umsetzung von Artikel 28b des Schweizerischen Zivilgesetzbuches; BR 210.150). Weil es sich bei der Tätigkeit der Beratungsstelle um eine wahrzunehmende staatliche Aufgabe handelt, ist eine Regelung in einem Gesetz im formellen Sinn gestützt auf Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 und Art. 76 KV notwendig. In den Schlussbestimmungen dieses Gesetz ist daher eine neue Bestimmung vorgesehen, die in das EG zum ZGB aufgenommen werden soll.

Im Zusammenhang mit dem Betrieb der Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen ist es notwendig, dass die Polizei bei Interventionen insbesondere im Bereiche der häuslichen Gewalt, die aus der gemeinsamen Wohnung ausgewiesenen Gewalt anwendenden Personen der Beratungsstelle meldet. Diese Meldepflicht ist daher im Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG; BR 613.000) zu verankern. Die Regierung sieht vor, dass die Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen in der Regel nur in den Fällen von sich aus tätig wird, in denen eine Gewalt ausübende Person von der Polizei nach Art. 28 Abs. 4 ZGB aus der gemeinsamen Wohnung ausgewiesen wurde. Gleichzeitig ist auch festzuhalten, dass die Daten und Unterlagen zu vernichten sind, wenn eine gemeldete Person keine Beratung in Anspruch nehmen will.

## **6. Umsetzung von Art. 28b ZGB auf Gesetzesstufe**

Am 1. Juli 2007 sind die bundesrechtlichen Bestimmungen über den Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen und Nachstellungen in Kraft getreten (Art. 28b ZGB, SR 210). Gestützt auf eine bundesrechtliche Ermächtigung hat die Regierung die für die Umsetzung von Art. 28b ZGB notwendigen Bestimmungen wie bereits erwähnt vorläufig in einer Verordnung erlassen (BR 210.150). Nachdem mit diesem Gesetz eine formell-ge-

setzliche Grundlage für die Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen geschaffen und der Informationsfluss von der Polizei zur Beratungsstelle geregelt werden sollen, drängt es sich auf, gleichzeitig auch die übrigen Bestimmungen der vorläufigen Regierungsverordnung auf Gesetzesstufe zu überführen und die Regelung im Polizeigesetz über die häusliche Gewalt an das neue Bundesrecht anzupassen. Dazu sind zwei weitere Anpassungen im EG zum ZGB sowie eine Umformulierung von Art. 16 des Polizeigesetzes notwendig; diese Änderungen sind ebenfalls in den Schlussbestimmungen dieses Gesetzes enthalten.

## **7. Verzicht auf die Regelung der Begnadigung in diesem Gesetz**

Die Begnadigung stellt einen Hoheitsakt dar, mit dem ein rechtskräftiges Urteil der Judikative durch die Exekutive bzw. Legislative aufgehoben wird. Dieser Entscheid hat jedoch nicht direkt mit dem Straf- und Massnahmenvollzug zu tun, weshalb die Überführung dieser Bestimmungen von der StPO nicht in das vorliegende Gesetz, sondern im Rahmen der Umsetzungsarbeiten der CH-StPO auf Gesetzesstufe erfolgen soll.

## **IV. Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen**

Auf den 1. Januar 2007 wurde auf eidgenössischer Ebene die Revision des AT StGB vom 13. Dezember 2002 sowie das Jugendstrafgesetz (JStG) vom 20. Juni 2003 in Kraft gesetzt. Auf kantonaler Ebene wurde daher die StPO und dort insbesondere auch das kantonale Strafverfahrensrecht modifiziert und gleichzeitig mit dem Bundeserlass am 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Die im Zuge dieser Revision vorgenommenen gesetzgeberischen Änderungen wurden in den nachfolgenden Art. 4 bis 6 und Art. 11 bis 17 nahezu unverändert übernommen, weshalb sich eine Kommentierung erübrigt.

Auf kantonaler Ebene wurde die Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug im Kanton Graubünden vom 20. Oktober 1975 (VSM) per 1. Januar 2007 durch die Verordnung über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsverordnung; BR 350.460) ersetzt. Einige Bestimmungen dieser Verordnung sind aufgrund ihrer Wichtigkeit auf Gesetzesstufe zu regeln. Diese wichtigen Bestimmungen, die heute bereits geltendes Recht sind, wurden in den nachfolgenden Art. 33 bis 44 ebenfalls nahezu unverändert übernommen, weshalb sich auch hier eine ausführliche Kommentierung erübrigt.

## I. Allgemeines

### Art. 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich umfasst neu auch die Bewährungshilfe und die soziale Betreuung gemäss den Art. 93–96 StGB. Festgehalten ist ein Vorbehalt zugunsten anders lautender Bestimmungen vor allem im Bereich der Untersuchungs-, Sicherheits- und ausländerrechtlichen Administrativhaft sowie des Polizeigewahrsams. In diesen Bereichen bestehen andernorts teilweise entsprechende Bestimmungen.

Das Ostschweizer Strafvollzugskonkordat, welchem der Kanton Graubünden angehört, hat mit Bezug auf Vollzugsregelungen für die Kantone rechtsetzende Natur und hat dabei Gesetzes ändernden Charakter. Aus diesem Grunde wurde der Beitrittsbeschluss zu diesem Konkordat im Sinne von Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV im Jahre 2006 auch dem fakultativen Referendum unterstellt. Mit der Verbindlicherklärung der Richtlinien der ostschweizerischen Strafvollzugskommission (Art. 2 Abs. 2 lit. c des Konkordats der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004; BR 350.400) erlangen die Richtlinien kantonalen Erlasscharakter und stellen für die Konkordatskantone direkt anwendbares Recht dar (Botschaft der Regierung an den Grossen Rat; Heft Nr. 18/2005–2006, S.1630f.). Mit dieser Ausgangslage ist es angezeigt, insbesondere die Verbindlichkeit und die unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinien der ostschweizerischen Strafvollzugskommission im Gesetz festzuschreiben und die Richtlinien im Sinne einer Verweisung im Bündner Rechtsbuch zu publizieren. Weil es sich um eine sogenannt dynamische Verweisung handelt, sind unter den Gesichtspunkten der Rechtssicherheit, des Gewaltentrennungsprinzips und des Legalitätsprinzips Normen, welche Grundrechtseingriffe regeln, trotz des Verweises in das Gesetz aufzunehmen. Es handelt sich namentlich um die nachfolgend aufgeführten, von der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission beschlossenen und für verbindlich erklärten Richtlinien, die auch unter *www.ajv.gr.ch* abgerufen werden können:

- a) Richtlinien für den Vollzug von gemeinnütziger Arbeit vom 7. April 2006;
- b) Richtlinien für den Vollzug von Halbgefängenschaft vom 7. April 2006;
- c) Richtlinien für die Vollzugsplanung vom 7. April 2006;
- d) Richtlinien über den Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen bei gemeingefährlichen Straftätern und Straftäterinnen vom 27. Oktober 2006;
- e) Richtlinien über das Arbeitsentgelt in Strafvollzugsanstalten vom 7. April 2006;
- f) Richtlinien für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2006;

- g) Richtlinien über die Ausgangs- und Urlaubsgewährung vom 7. April 2006;
- h) Richtlinien über die Gewährung des Arbeitsexternats und des Wohnexternats sowie über die Beschäftigung von eingewiesenen Personen bei einem privaten Arbeitgeber vom 7. April 2006;
- i) Richtlinien betreffend die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug vom 7. April 2006;
- k) Richtlinien über die Bewährungshilfe bei bedingter Entlassung vom 7. April 2006;
- l) Richtlinien über den Vollzug von stationären Suchttherapien vom 7. April 2006.

### **Art. 2 Vollzugsziel**

Das Vollzugsziel entspricht zeitgemässen Vorstellungen über den Vollzug strafrechtlicher Sanktionen und die schrittweise Rückkehr in die Lebensumstände in Freiheit. Die Mitwirkungspflicht ist bundesrechtlich in Art. 75 Abs. 4 StGB geregelt. Trotzdem soll sie aufgrund ihrer Wichtigkeit auf kantonaler Gesetzesstufe nochmals ausdrücklich erwähnt werden.

### **Art. 3 Verordnung**

Diese Bestimmung umschreibt die materiellen und organisatorischen Kernpunkte, die von der Regierung in der Justizvollzugsverordnung geregelt werden sollen. Die Kompetenz zur Regelung dieser Materie ergibt sich zwar selbstredend gestützt auf Art. 45 Abs. 1 KV. Die Regierung soll aber explizit aufgefordert werden, insbesondere die Kompetenzen aller Stufen klarer abzugrenzen und damit einer Forderung der Motion Partner nachzukommen.

## **II. Straf- und Massnahmenvollzug**

### **1. VOLLZUG DER URTEILE**

#### **Art. 4 Gemeinnützige Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen**

Entspricht der bisherigen Regelung (Art. 181 StPO).

#### **Art. 5 Geldstrafen und Bussen**

Entspricht weitgehend der bisherigen Regelung (Art. 182 und Art. 192 StPO). Die Umwandlungskompetenz wurde aufgrund der Gesetzgebung (ab 1.1.2011 CH-StPO und JStPO) vom Kreispräsidenten oder der Kreispräsidentin auf die zuständige richterliche oder kantonale Behörde ausgedehnt. Übergangsrechtlich ist allerdings die bisherige Zuständigkeit der

Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten beizubehalten, damit keine gesetzgeberischen Lücken entstehen.

In der Praxis hat sich zwischenzeitlich gezeigt, dass in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen Geldstrafen und Bussen von den Gerichten nicht einbringbar sind. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Geldstrafe oder Busse die Ersatzfreiheitsstrafe oder die gemeinnützige Arbeit. Das AJV hat diese Ersatzfreiheitsstrafen oder die gemeinnützige Arbeit zu vollziehen, kontaktiert dazu die verurteilten Personen und bietet diese mit einem beträchtlichen Aufwand für den Vollzug auf. Nach Erhalt der Aufgebote zur Verbüssung der Ersatzfreiheitsstrafe oder der gemeinnützigen Arbeit werden die Geldstrafen oder Bussen grossmehrheitlich bezahlt. In diesen Fällen nachträglicher Bezahlung soll die Geldstrafe oder Busse dem Amt für Justizvollzug zufallen.

**Art. 6 Verfügung über eingezogene und verfallene Gegenstände**  
Entspricht der bisherigen Regelung (Art. 187 StPO).

## 2. VOLLZUGSKOSTEN

**Art. 7 Kostentragung**

Bereits heute trägt der Kanton die Kosten des Strafvollzugs. Der Kanton verzichtet im Rahmen der Bündner NFA auf die Weiterverrechnung der Kosten des stationären strafrechtlichen Massnahmenvollzugs in Anstalten an die Gemeinden. Die finanziellen Auswirkungen dieser Änderungen sind in der Globalbilanz der Bündner NFA erfasst.

Bis zum Inkrafttreten der Bündner NFA müssen die bisherigen Regelungen beibehalten werden, damit in diesem Bereich keine gesetzgeberische Lücke entsteht. In den Schlussbestimmungen dieses Gesetzes (Art. 50 Abs. 2) ist daher eine entsprechende Regelung vorgesehen.

**Art. 8 Kostenbeteiligung**

Die Grundsätze der Kostenbeteiligung von Verurteilten werden in Art. 380 StGB festgelegt, und zwar bezüglich Strafen und Massnahmen. Zur Verdeutlichung der bundesrechtlichen Regelung ist hier eine klare gesetzliche Grundlage für die Verwendung von Sozialhilfeleistungen (etwa AHV- oder IV-Rente) und Versicherungsleistungen (etwa Krankenkassenleistungen) zu schaffen, die für die Behandlung und den Lebensunterhalt der Verurteilten gedacht sind.

Gemäss Art. 380 Abs. 3 StGB erlassen die Kantone nähere Vorschriften über die Kostenbeteiligung der verurteilten Person. In Art. 14 des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats werden die einzelnen Fälle genannt, in



denen sich die eingewiesene Person an den Kosten zu beteiligen hat. Zusätzlich soll im vorliegenden Gesetz die Kostenbeteiligung für die Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge sowie für die gerichtlich oder behördlich angeordneten ambulanten Behandlungen und Weisungen statuiert werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen und bei der Kostenbeteiligung zu berücksichtigen, dass die eingewiesene Person für ihre Arbeit ein von den Anforderungen des Arbeitsplatzes und ihrer Leistung abhängiges Entgelt erhält. Es soll ihr ermöglichen, ihre persönlichen Auslagen während des Vollzugs zu decken, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen und Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen. Mit einem Teil soll ein Startkapital für die Zeit nach der Entlassung erspart werden.

### 3. BESONDERE VOLLZUGSFORMEN

#### **Art. 9 Besondere Vollzugsformen**

Als besondere Vollzugsform wird heute beispielsweise das Electronic Monitoring (EM; elektronische Fussfessel) mit spezieller Bewilligung des Bundes in einigen Kantonen zugelassen. Das Ostschweizer Strafvollzugskordat lehnt den Einsatz des EM, zumindest vorläufig, ab. Zuerst sollen Erfahrungen mit den seit 1. Januar 2007 neuen strafrechtlichen Sanktionen, vor allem mit den Geldstrafen und der gemeinnützigen Arbeit, gesammelt werden. Damit hier die notwendige Flexibilität bei sich allenfalls ändernden Rahmenbedingungen besteht, ist es notwendig, im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligungen besondere Vollzugsformen zulassen zu können.

### 4. VOLLZUG JUGENDSTRAFRECHTLICHER SANKTIONEN

#### **Art. 10 Jugendliche**

Für den Vollzug von Strafen und Massnahmen von Jugendlichen ist gemäss Art. 41 E-JStPO die Untersuchungsbehörde zuständig. Im Kanton Graubünden ist das die Jugendanwaltschaft. Diese Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft muss in diesem Gesetz geregelt werden. Einer engen Zusammenarbeit zwischen Jugendanwaltschaft und AJV steht indessen nichts entgegen. Die für die Jugendanwaltschaft tätigen Mitarbeiter des AJV bleiben weiterhin administrativ diesem Amt unterstellt. Seitens der Jugendanwaltschaft wird allerdings gewünscht, dass nach Möglichkeit jeweils eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter den Fall von der Abklärung der persönlichen Verhältnisse bis zum Vollzug begleitet. Im vorliegenden Justizvollzugsgesetz ist daher eine Kompetenznorm vorgesehen, mit der die Mitarbeit des AJV im Jugendstrafverfahren durch die Regierung weisungsgebunden geregelt werden kann.

Ausgedehnter als bisher soll die Jugendanwaltschaft vor allem in peripheren Gebieten die Sozialdienste des Kantons und der Gemeinden zur Mitwirkung beim Vollzug von Strafen und Schutzmassnahmen beziehen können. Die Ausdehnung dieser Bestimmung auf die Sozialdienste der Gemeinden ist auch im Hinblick auf die in der Bündner NFA vorgesehene Zuständigkeitsänderung bei den regionalen Sozialdiensten notwendig; diese werden nach Inkrafttreten der Bündner NFA in die Zuständigkeit der Gemeinden übergehen. Im Übrigen entspricht diese Bestimmung weitgehend der bisherigen Regelung (Art. 224 StPO).

#### **Art. 11 Allgemeine Bestimmungen**

Entspricht der bisherigen Regelung (Art. 226 StPO).

### **III. Vollzugseinrichtungen**

#### **Art. 12 Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs**

Entspricht der bisherigen Regelung (Art. 186 StPO). Der Grosse Rat hat explizit «in eigener Kompetenz» für den Neubau, Aus- und Umbau sowie Unterhalt dieser Anstalten zu sorgen. Diese Präzisierung ist im Rahmen der Teilrevision des Gesetzes über die Strafrechtspflege im Jahre 2006 in die StPO eingeflossen (Botschaft der Regierung vom 10. Januar 2006, Heft Nr. 18/2005–2006, S.1653 f.) und wollte klarstellen, dass entsprechende Sachentscheide des Grossen Rates nicht etwa dem Finanzreferendum unterstehen, sondern als gebundene Ausgaben in der abschliessenden Kompetenz des Grossen Rates beschlossen werden können (vgl. dazu auch Art. 25 Abs. 1 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht; FFG, BR 710.100).

#### **Art. 13 Justizvollzugsanstalten und andere Institutionen**

Als Oberbegriff für sämtliche Institutionen, welche den Straf- und Massnahmenvollzug durchführen, wird der Ausdruck Vollzugseinrichtung gewählt. Neu sollen die beiden Konkordatsanstalten Realta und Sennhof als Justizvollzugsanstalten bezeichnet werden. Der Begriff ist weiter als jener der Strafanstalten und umfasst unter anderem auch die ausländerrechtlichen Haftarten. Die Bestimmung entspricht weitgehend der bisherigen Regelung (Art. 8 Justizvollzugsverordnung).

Beide Bündner Justizvollzugsanstalten sollen Abteilungen führen, in welchen Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen vollzogen werden können. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, ein gleichwertiges Angebot wie ein Jugendheim oder eine Erziehungsanstalt anbieten zu können. Vielmehr soll die Möglichkeit bestehen, für den Vollzug derartiger

Schutzmassnahmen und Strafen kurzzeitige Aufnahmemöglichkeiten zu gewährleisten, bis in Einzelfällen eine Verlegung in eine geeignete Institution erfolgen kann.

Unter den Begriff der anderen Institutionen fallen u. a. auch die Untersuchungsgefängnisse in Davos, Ilanz, Thusis und Samedan. Die Psychiatrischen Dienste Graubünden (PDGR) vollziehen in der Station «Nova» in der Klinik Beverin strafrechtliche Massnahmen und gelten, sofern keine anderweitigen Bestimmungen über den Vollzug dieser strafrechtlichen Massnahmen bestehen, ebenfalls als andere Institutionen im Sinne dieses Gesetzes. Ferner fallen auch anerkannte Einrichtungen für den Vollzug von Jugendschutzmassnahmen darunter.

#### **IV. Vollzug von strafrechtlichen Sanktionen in den Justizvollzugsanstalten des Kantons**

##### **1. ALLGEMEINES**

##### **Art. 14 Rechte Eingewiesener**

Eingewiesene haben Anspruch auf Achtung ihrer Persönlichkeit, ihrer Menschenwürde und dürfen in ihren Rechten nicht unverhältnismässig eingeschränkt werden. Der Eintritt in eine Vollzugseinrichtung statuiert ein besonderes Rechtsverhältnis (Sonderstatusverhältnis) zwischen der eingewiesenen Person und der staatlichen Institution. Je intensiver das Subordinationsverhältnis, desto ausgeprägter ist das Weisungsrecht und die Gehorsamspflicht. Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen der heutigen Regelung (Art. 77 der Justizvollzugsverordnung).

##### **Art. 15 Pflichten Eingewiesener**

Mit der Einfügung der Abklärungspflicht hinsichtlich des Gesundheitszustandes in das JVG soll für die rechtliche Durchsetzung der sanitärischen Untersuchung beim Anstaltseintritt eine eigenständige gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Die Abklärung darf nur so weit erfolgen, als sie für den Eintritt und den Aufenthalt in der Vollzugseinrichtung notwendig ist. Darunter fallen beispielsweise nicht routinemässige gynäkologische Untersuchungen, weshalb im Text die körperliche Abklärung einschränkend formuliert wird mit Bezug auf «allfällige Beeinträchtigung des Gesundheitszustandes». Ohne Zweifel dürfen Eintrittsuntersuchungen auch mit dem Zweck von Kontrollen im Sinne von Art. 23 JVG (Sicherheit und Ordnung) verbunden werden und so auch der Vermeidung des Einschleusens von gefährlichen oder verbotenen Gegenständen oder von Deliktsgut dienlich gemacht werden. Zudem ist die Pflicht zur Begutachtung erwähnt. Personen, welche

vom Gericht keine vollzugsbegleitende ambulante Massnahme angeordnet erhalten haben, zeigen im Strafvollzug vielfach psychische Auffälligkeiten. Für die Vollzugsplanung sowie allfällige Vollzugsöffnungen hat die Einweisungs- und Vollzugsbehörde die Möglichkeit, die Person insbesondere hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit begutachten zu lassen. Die Verpflichtung der Eingewiesenen, sich einer vollzugsbegleitenden ambulanten Therapie zu unterziehen, wurde fallen gelassen. Anordnungen im Vollzug können nicht nur von der Leitung oder vom Personal von Vollzugseinrichtungen, sondern von allen anderen zuständigen Einweisungs- und Vollzugsbehörden getroffen werden. Die Pflicht zur Folgeleistung ist als direkte Anweisung an die Eingewiesenen zu formulieren. Mit der «Direktion» der Vollzugseinrichtung wird in diesem Gesetz das oberste Führungsgremium der Anstalt bezeichnet. Es besteht aus der 1. und 2. Führungsebene. Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 76 und Art. 80 der Justizvollzugsverordnung.

## 2. AUFNAHME, VERSETZUNG UND UNTERBRECHUNG

### **Art. 16 Grundsatz**

Ausdrücklich festgehalten werden soll der Grundsatz, dass kein Anspruch auf Einweisung in eine bestimmte Anstalt besteht. Im Rahmen der Vorgaben des StGB entscheidet die Vollzugsbehörde, in welcher Vollzugseinrichtung für die Eingewiesenen die besten Vollzugsvoraussetzungen bestehen. Die Bestimmung findet ihre Anwendung selbstredend auch bei Versetzungen in andere Vollzugseinrichtungen.

### **Art. 17 Hafterstehungsfähigkeit**

Der Strafaufschub bei Hafterstehungsunfähigkeit entspricht einer Selbstverständlichkeit. Hafterstehungsfähigkeit ist ein Rechtsbegriff, dessen richtige Anwendung im Vollzug Sache der Vollzugsbehörde ist. Demgegenüber sind die Abklärung ihrer Voraussetzungen, des Zustandes und der Gebrechen des Betroffenen, allfällige Folgen und Auswirkungen des konkret bevorstehenden Haftvollzuges auf den Betroffenen, Aufgaben eines medizinischen Sachverständigen, welcher von der Vollzugsbehörde beigezogen werden muss. Die Äusserungen des Anstaltsarztes oder des Anstaltspsychiaters zur Hafterstehungsfähigkeit sind für die Vollzugsbehörde nicht bindend, sondern unterliegen ihrer Beweismwürdigung. Die förmliche Verfügung (Entscheid) trifft die Vollzugsbehörde. Als Grundlage dazu muss nicht in allen Fällen ein Gutachten vorliegen; ein Arztbericht oder -zeugnis ist in jedem Fall aber notwendig und dürfte hinreichend Aufschluss geben. Die Vollzugsbehörde oder bei Untersuchungshäftlingen der Staatsanwalt soll in jedem

Fall eine besondere Untersuchung anordnen können. Gerade weil für die definitive Abklärung ein Sachverständiger beigezogen werden muss, können bis zum Vorliegen seiner abschliessenden Aussagen Sofortmassnahmen erforderlich werden. Diese müssen unweigerlich seitens der Vollzugsbehörde getroffen werden können. Zu denken ist dabei an gemeingefährliche hafterstehungsunfähige Einzuweisende, welche der sofortigen Sicherung bedürfen. Die Bestimmung entspricht in Teilen der Regelung in Art. 99 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 18 Versetzung**

Die in Art. 12 des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats und in Art. 49 der Justizvollzugsverordnung aufgezählten Gründe für eine Versetzung (ungeeignete Vollzugseinrichtung, Zustand, Verhalten, Gefährdung Dritter) werden auf Gesetzesstufe geregelt und teilweise erweitert. Die Möglichkeit zur Versetzung besteht auch für eine Versetzung vom offenen in den geschlossenen Vollzug. Erfolgt eine Verlegung aus Gründen der Sicherheit oder aufgrund des Verhaltens und damit verbunden eine Regimeverschärfung, wird diesbezüglich ein formeller Entscheid erlassen. Der Entscheid, in welche Vollzugseinrichtung eine Person eingewiesen wird, liegt ausschliesslich in der Kompetenz der Vollzugsbehörde. Generell verneint wird daher ein Anspruch auf Einweisung in eine bestimmte Anstalt.

### **Art. 19 Strafunterbruch**

Dem Erfordernis der dringlichen und unaufschiebbaren Erledigung einer Angelegenheit seitens der Eingewiesenen als Voraussetzung für die Unterbrechung des Vollzugs wird vom Bundesrecht hinreichend Rechnung getragen. Aus «wichtigen Gründen» darf der Vollzug von Strafen und Massnahmen gemäss Art. 92 StGB unterbrochen werden. Damit versteht sich, dass in allen anderen Fällen eine weniger einschneidende Vollzugsmassnahme zur Anwendung kommen soll (bspw. begleiteter Ausgang). Sofortmassnahmen in Ausnahmefällen (Todesfall eines nahen oder des einzigen Angehörigen im Ausland, Organisation der Beerdigung bspw.) muss die Vollzugseinrichtung unverzüglich und selbst anordnen können, was mit der Gewährung einesurlaubes und nicht durch Vollzugsunterbrechung erfolgen kann. Eigentliche Vollzugsunterbrechungen können formell ausschliesslich durch die Vollzugsbehörde, und falls notwendig, mit Auflagen verfügt werden. Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 53 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 20 Aufhebung einer stationären Massnahme**

In Abs. 1 wird das Vorgehen bei einer Aufhebung der stationären Massnahme festgehalten. Gemäss Art. 57 Abs. 2 StGB geht der Massnahmenvoll-

zug dem Vollzug einer Freiheitsstrafe voraus. Die verurteilte Person wird zu diesem Zwecke in eine geeignete Vollzugseinrichtung eingewiesen, in welcher die richterlich angeordneten Behandlungen vorgenommen werden können. Wird eine stationäre Massnahme infolge Aussichtslosigkeit, Erreichen der Höchstdauer etc. aufgehoben, so hat das Gericht über die Folgen der Aufhebung zu entscheiden. Ist die Freiheitsstrafe durch den Aufenthalt in der stationären Massnahme noch nicht verbüsst und / oder ist eine andere Massnahme gemäss Einschätzung der Einweisungsbehörde angezeigt, so hebt die Einweisungsbehörde mittels Amtsverfügung die Massnahme auf und beantragt beim Gericht, über die Folgen der Aufhebung zu entscheiden. Da nach rechtskräftiger Aufhebung der stationären Massnahme durch die Einweisungsbehörde keine gesetzliche Grundlage für die weitere Unterbringung der verurteilten Person besteht, wird mit Art. 20 JVG die Möglichkeit geschaffen, diese in eine geeignete Vollzugseinrichtung einzuweisen, bis der Richter über die Folgen der Aufhebung entschieden hat. Eine zusätzliche Antragsstellung beim Gericht um Anordnung von Sicherheitshaft entfällt damit. Mit dieser Regelung wird eine Betreuungslücke geschlossen, welche auch im Kanton Zürich im Zusammenhang mit dem Wetziker Tötungsdelikt festgestellt werden musste (vgl. NZZ-Artikel «Lücken nach Wetziker Tötungsdelikt behoben» vom 5. Februar 2009).

Bei einem längeren Aufenthalt in der stationären Massnahme ist die neben der Massnahme ausgesprochene Reststrafe oftmals bereits verbüsst. Erachtet die Einweisungsbehörde bei einem solchen Fall keine weiteren Massnahmen für angezeigt, stellt sie mit der formellen Aufhebung der stationären Massnahme fest, dass die Freiheitsstrafe bereits vollzogen ist und die Person in Freiheit entlassen werden kann. Eine Antragsstellung beim Gericht erübrigt sich somit. Die Bestimmung entspricht teilweise der Regelung in Art. 74 der Justizvollzugsverordnung.

Mit Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches auf den 1.1.2007 ist die Zuständigkeit, eine aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug bedingt entlassene Person bei Nichtwohlverhalten wieder in den Vollzug zurückzusetzen, von der Vollzugsbehörde zum Gericht übergegangen. Stellt die Vollzugsbehörde Schwierigkeiten fest und sind weitere Vergehen und Verbrechen zu erwarten, so kann nicht mehr sie selbst die Rückversetzung anordnen, sondern sie hat beim zuständigen Gericht Antrag um Widerruf der bedingten Entlassung einzureichen. Dieser Weg über die Gerichte ist zeitaufwendiger und komplizierter und birgt dadurch auch Risiken. Wie der traurige Fall Lucie, welche am 4. März 2009 von einem bedingt entlassenen Straftäter getötet wurde, zeigt, muss der Vollzugsbehörde in Fällen, wo sie akute Fremdgefährdung feststellt, ein sofortiges Handlungsinstrument zur Verfügung stehen. Hält sich beispielsweise eine bedingt entlassene Person nicht an die Bewährungsaufgaben, keinen Alkohol oder Drogen zu konsumieren, und ist

bekannt, dass die Person unter Einfluss dieser Substanzen bereits mehrfach gegenüber Personen gewalttätig wurde, so ist sofortiges Handeln angezeigt. Mit der Bestimmung gemäss Abs. 2 hat die Vollzugsbehörde die Möglichkeit, gegenüber der rückfallgefährdeten Person Sicherheitshaft anzuordnen. Diese muss anschliessend innert 48 Stunden von der zuständigen HaftrichterIn oder dem zuständigen Haftrichter überprüft werden (Art. 84c StPO). Die Art. 84 ff. StPO gelten für die Anordnung und das Verfahren während der Sicherheitshaft sinngemäss.

### 3. SICHERHEIT UND ORDNUNG

#### **Art. 21 Grundsatz**

Für die Sicherheit in den Vollzugseinrichtungen sind diese mit eigenen Mitteln verantwortlich. Sie verfügen dazu über eigene Sicherheits- und Betreuungsdienste. In ausserordentlichen Situationen ist die Polizei beizuziehen. Ob polizeiliche Sicherheitsmassnahmen erforderlich sind, muss in der Praxis individuell nach Art des Krisenfalls, der Gegebenheiten der Vollzugseinrichtung und dem ihr eigenen Potenzial an Sicherheitskräften beurteilt werden. Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 84 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 22 Erkennungsdienstliche Massnahmen**

Nach Art. 11 PolG stehen der Polizei alle erkennungsdienstlichen Massnahmen u.a. auch bei den in Bündnerischen Konkordatsanstalten Eingewiesenen oder aus Vollzugsanstalten Entwichenen zur Verfügung. Entsprechende Daten könnten gestützt auf das PolG von den Polizeiorganen erhoben werden. Abzusichern sind im JVG die Anliegen der Vollzugsorgane insbesondere bei ausserkantonale Eingewiesenen. Für die Bedürfnisse des Vollzuges sind aus heutiger Sicht an sich Fotografien, Wangenschleimhautabstriche oder Speichelproben und Fingerabdrücke sowie Feststellungen bzw. Messungen körperlicher Merkmale hinreichende Massnahmen. Auf die ausdrückliche Aufnahme weiterer Erkennungsmerkmale wird im JVG verzichtet, weil diese Daten von der Polizei erhoben werden können und für den Vollzug direkt nicht relevant sind. Nicht berücksichtigt wurde das Anliegen des kantonalen Datenschutzbeauftragten, auf die Abnahme einer Speichelprobe oder eines Wangenschleimhautabstrichs zu verzichten. Diese Massnahme macht nämlich nicht nur im Zusammenhang mit der Erstellung eines DNA-Profiles Sinn, sondern kann und wird in den Justizvollzugsanstalten auch ausschliesslich zu einer einfacheren und kostengünstigeren Untersuchung eines allfälligen Konsums von Suchtmitteln eingesetzt. Ein DNA-Profil darf und wird nicht erstellt. Mit der Entlassung aus dem Vollzug wird

das berechnigte Interesse der Vollzugseinrichtung am Datenmaterial rasch verschwindend klein. Für den Fall eines erneuten Vollzuges sind die bei der Vollzugsbehörde vorhandenen Akten hinreichend. Die entsprechenden Unterlagen sind im Weiteren gemäss den Bestimmungen des DNA-Profil-Gesetzes (SR 363) zu behandeln. Der generelle Grundsatz ist heute in Art. 86 Abs. 4 der Justizvollzugsverordnung geregelt.

### **Art. 23 Kontrollen, Durchsuchungen**

Zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in den Vollzugseinrichtungen sind Kontrollen und Durchsuchungen wichtige und effiziente Massnahmen. Untersucht und kontrolliert werden die Eingewiesenen, ihre Effekten und auch ihre Unterkunft. Da Untersuchungen und Kontrollen mitunter zu erheblichen Eingriffen in die persönliche Freiheit führen, muss dazu im Gesetz eine entsprechend klare und ausführliche Grundlage vorhanden sein. Die Direktion der Vollzugseinrichtung kann ihre Befugnis zu Kontrolle und Durchsuchung an geeignetes Personal delegieren und braucht nicht eigenhändig aktiv zu werden. Die körperlichen Kontrollen beschränken sich nicht ausschliesslich auf einen äusserlichen Untersuch der Eingewiesenen. Möglich sollen auch sogenannte Rektalkontrollen sein. Entsprechende Massnahmen sind notwendig, weil die Praxis laufend mit der Einfuhr (body packed) von unerlaubten Gegenständen (insbesondere Drogen) konfrontiert wird. Oberflächliche Leibesvisitationen dürfen nur durch Personal gleichen Geschlechts vorgenommen werden, während intime Leibesvisitationen ausschliesslich einem Arzt oder einer Ärztin vorbehalten bleiben. Der rein äusserliche Untersuch inkl. bspw. Achselhöhlen oder Haar und des nackten Körpers ohne Eingriffe in Körperhöhlen fällt unter den Begriff der äusseren Leibesvisitation und schliesst die Kleidervisitation (der getragenen Kleider) ein. Die Terminologie der oberflächlichen bzw. intimen Leibesvisitation entspricht dem Sprachgebrauch in BGE 123 I 221 ff.. Die Direktion der Vollzugseinrichtung ordnet nicht erst auf konkreten Verdacht auf Drogen- und Alkoholmissbrauch hin eine Urinprobe, Atemluftkontrolle, Blutprobe, Haarprobe oder eine Kontrolle der Körperöffnungen an. Sie kann bereits bei typisiertem Verdacht – bspw. um klare Hinweise über das Suchtverhalten einer Insassin oder eines Insassen zu erhalten – regelmässige Kontrollen in unterschiedlichen Zeitabständen durchführen. Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 86 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 24 Besondere Sicherungsmassnahmen**

Die erhöhte Fluchtgefahr oder die Gefahr der Gewaltanwendung gegenüber Dritten, sich selbst oder auch gegenüber Sachen können Anlass geben zur Anordnung besonderer Sicherungsmassnahmen. Nicht unproblematisch



ist die Beobachtung der Eingewiesenen in einem Sicherheitsraum. Je nach Beobachtungsgrund (Suizidalität, manifeste Sachbeschädigungen, massivste Bedrohung Dritter usw.) kann die Beobachtung von unterschiedlicher Intensität sein. Es wird im Einzelfall über das Ausmass zu entscheiden sein. Die Art und Weise der Beobachtung hat pflichtbewusst, hinreichend, aber nicht über das erforderliche Mass hinausgehend zu erfolgen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmassnahmen bedingt immer eine aktuelle und gesteigerte Gefahrenlage. Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 88 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 25 Festnahmen**

Mit der Statuierung der unverzüglichen Anordnung der Festnahme und Zuführung von Entwichenen oder sich ohne Erlaubnis ausserhalb der Vollzugseinrichtungen aufhaltenden Personen wird insbesondere den Vollzugseinrichtungen eine sofortige Handlungspflicht auferlegt. Die Einweisungsbehörden sollen zudem über die Entweichungen und die Anordnungen der Festnahmen informiert werden. Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen der Regelung in Art. 87 der Justizvollzugsverordnung.

### **4. UNMITTELBARER ZWANG**

#### **Art. 26 Grundsatz**

Diese Bestimmung stellt ausdrücklich den Grundsatz der Subsidiarität des Einsatzes von unmittelbarem Zwang auf und nennt in nicht abschliessender Art einige Anwendungsfälle wie Renitenz und Gewalttätigkeit von Eingewiesenen, den Einsatz zum Zweck der Fluchtverhinderung bzw. Wiederergreifung sowie gegen widerrechtlich sich im Areal der Vollzugseinrichtung aufhaltende oder eindringende Drittpersonen. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Gesetz muss jede Anwendung von unmittelbarem Zwang dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen.

#### **Art. 27 Zwangsernährung**

In Vollzugseinrichtungen werden gelegentlich Hungerstreiks von Insassen als Druckmittel gegenüber der Leitung der Institution durchgeführt. Eine gesetzliche Grundlage zum Verhalten der Vollzugsorgane in solchen Fällen ist daher angezeigt. Die Normierung lehnt sich an die allgemein bekannte Kodifizierung (bspw. im Recht der Bundesrepublik Deutschland, § 101 DeStVG) an. Wesentlich ist, dass die Verantwortung für die Anordnung der Zwangsernährung durch die Direktorin oder den Direktor der Vollzugseinrichtung nicht auf eine tiefere Führungsebene delegiert werden darf. Das Gesetz nennt ausdrücklich und abschliessend die Voraussetzungen,

unter welchen die Zwangsernährung angeordnet werden darf. Die Durchführung der Zwangsernährung hat unter ärztlicher Leitung zu erfolgen. Die Pflicht zur Durchführung der als lebensrettenden Massnahme verstandenen Zwangsernährung entfällt, solange von einer freien Willensbildung und damit einer sowohl intellektuell wie willentlich intakten Möglichkeit der Selbstbestimmung durch die betroffene Person ausgegangen werden kann. Die Feststellung über die freie Willensbildung bei den Betroffenen ist in jedem Fall durch einen Arzt oder eine Ärztin zu treffen, es sei denn, sie sei zufolge Bewusstlosigkeit der Betroffenen offensichtlich.

### **Art. 28 Zwangsmedikation 1. Geltungsbereich, Grundsatz**

In die Bündnerischen Vollzugseinrichtungen werden immer mehr Personen eingewiesen, welche psychische Auffälligkeiten in unterschiedlichem Masse aufweisen. Zunehmend werden Störungen im Sozialverhalten der eingewiesenen Personen beobachtet, die nicht selten zu heftigen Gewaltausbrüchen gegenüber Dritten (Mitinsassen, Personal und Besucher) führen. Auch die Selbstgefährdung steigt zusehends an. Selbst eine sofortige Isolierung in einer Arrestzelle vermag eine aufbrausende Person oft nicht zu beruhigen. Mit der ärztlich indizierten Zwangsmedikation könnte eine Verbesserung resp. Stabilisierung des Gesundheits- wie des Gemütszustands der eingewiesenen Person erreicht werden. Die Zwangsmedikation gegenüber Personen, die sich in einer Bündner Vollzugseinrichtung aufhalten und an denen eine strafrechtliche Sanktion, insbesondere eine richterlich angeordnete Massnahme gemäss Art. 59 ff. StGB zu vollziehen ist, soll ins JVG aufgenommen werden. Der Geltungsbereich und die Voraussetzungen, unter denen in einer Vollzugseinrichtung des Kantons Graubünden eine Zwangsmedikation gegen den Willen der eingewiesenen Person durchgeführt werden darf, werden in den Art. 32 ff. festgelegt. Eine Zwangsmedikation gegen den Willen der eingewiesenen Person ist immer ein Eingriff in das Grundrecht der persönlichen Freiheit (in Form eines Eingriffs in die psychische und physische Integrität der betroffenen eingewiesenen Person). Richterlich angeordnete stationäre Massnahmen werden heute in Einzelfällen bereits in den Justizvollzugsanstalten des Kantons Graubünden im Rahmen des Verwahrungsvollzugs vollzogen. Künftig ist es denkbar, dass in der offenen Justizvollzugsanstalt Realta eine Kleinabteilung für den stationären Massnahmenvollzug eingerichtet werden kann. Denkbar ist die Aufnahme von Massnahmefällen in den letzten Vollzugsphasen. Die gesetzliche Regelung soll in jedem Fall entsprechende Absichten auch im Massnahmenbereich unterstützen.

### **Art. 29 2. Voraussetzungen**

Die Zwangsmedikation kann nur unter sehr restriktiven Voraussetzungen als zulässig erklärt werden. Sie darf namentlich nur angeordnet wer-

den, wenn freiwillige Massnahmen versagt haben oder wenn im konkreten Fall keine solchen zur Verfügung stehen. Zusätzlich muss eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt sein: Das Verhalten der betroffenen Person gefährdet ihre eigene Sicherheit oder Gesundheit in schwerwiegender Weise; eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben Dritter muss abgewendet werden; oder eine schwerwiegende Störung des Zusammenlebens im Fall massiver sozialer Auffälligkeit oder ein erheblich destruktives Potenzial der betroffenen Person muss beseitigt werden.

### **Art. 30 3. Allgemeine Bestimmungen**

Über die Anordnung, Durchführung und Beendigung einer Zwangsmedikation entscheidet ausschliesslich die Direktorin oder der Direktor der Vollzugseinrichtung oder Institution nach Anhörung der Anstaltsärztin oder des Anstaltsarztes. Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass die Zwangsmedikation nicht nur auf Beurteilung einer einzigen Person hin durchgeführt werden kann. Die Zwangsmedikation ist immer eine subsidiäre Massnahme, und sie muss den gegebenen Verhältnissen angemessen sein. Das setzt eine hohe Bereitschaft und eine hohe Kompetenz des die Zwangsmedikation Anordnenden voraus, die gegebene Situation sorgfältig und umfassend zu analysieren. Es sind namentlich alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Zwangsmedikation vermieden werden kann. Muss sie trotzdem angeordnet werden, so ist der betroffenen Person so weit Entscheidungsfreiheit zu lassen, als es mit ihrer eigenen und der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist. Es ist die jeweils mildeste noch wirksame Massnahme zu wählen. Eine Rangfolge der Eingriffsintensität kann nicht durch den Gesetzgeber vorgegeben werden, sondern sie richtet sich nach den konkreten Verhältnissen des Einzelfalles. Die Zwangsmedikation ist nur so lange berechtigt, als die entsprechenden Gründe andauern, und sie ist nach Beendigung der sie begründenden Situation abzusetzen.

### **Art. 31 4. Aufklärung**

Die betroffene Person ist über die angeordnete Zwangsmedikation vorgängig, oder falls es die konkrete Situation nicht erlaubt, im Nachhinein aufzuklären. Aufzuklären ist auch über das Beschwerderecht. Auch die Angehörigen oder eine bezeichnete nahe stehende Person können in geeigneter Weise (d.h. wenn möglich vor Ergreifen der Massnahme, jedoch spätestens unmittelbar danach, mündlich oder schriftlich) über die Anordnung der Zwangsmedikation und über das Beschwerderecht informiert werden. Gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf wurde die Pflicht zur Information der Angehörigen oder einer bezeichneten nahe stehenden Person aufgrund einer Rückmeldung des kantonalen Datenschutzbeauftragten zugunsten einer freiwilligen Meldemöglichkeit geändert. Gemäss Art. 20 des Daten-

schutzgesetzes hat eine betroffene Person das Recht zur Sperrung der Bekanntgabe von Daten. In dieses Recht soll nicht eingegriffen werden. Unmittelbar nach Anordnung der Zwangsmedikation ist die Einweisungsbehörde über die Durchführung der Massnahme zu informieren. Zum Schutz der betroffenen Person wird gleichzeitig mit der Information an die Einweisungsbehörde die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt über die eingeleitete Massnahme unterrichtet.

#### **Art. 32 5. Beschwerde**

Eine von der Zwangsmedikation betroffene oder eine ihr nahe stehende Person können gegen die Anordnung der Zwangsmedikation innert 10 Tagen schriftlich Beschwerde beim zuständigen Amt erheben. Der entsprechende Beschwerdeentscheid kann mittels Verwaltungsbeschwerde an das zuständige Departement weitergezogen werden (Art. 28 VRG). Damit den nahe stehenden Personen die Beschwerdelegitimation zukommt, ist diese gesetzliche Regelung notwendig.

### 5. GESUNDHEIT UND BETREUUNG

#### **Art. 33 Medikamente und Genussmittel**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 98 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 34 Behandlungskosten**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 104 der Justizvollzugsverordnung und dient insbesondere zur klaren Regelung des Kostenträgers im Gesundheitsbereich im Verkehr mit anderen Kantonen oder Dritten.

### 6. KONTAKTE IN DEN VOLLZUGSEINRICHTUNGEN UND VERKEHR MIT DER AUSSENWELT

#### **Art. 35 Kontakt unter den Eingewiesenen**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 111 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 36 Verkehr mit der Aussenwelt**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 113 der Justizvollzugsverordnung.

## 7. DISZIPLINARWESEN

### **Art. 37 Disziplinarvergehen**

In Anlehnung an die Formulierung in Art. 91 StGB und die Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten vom 7. April 2006 wird in Abs. 1 auch der Verstoss gegen den Vollzugsplan als Disziplinargrund angeführt.

Abs. 2 wurde aus den Richtlinien übernommen und dient der Vermeidung von Härtefällen, zumal auch bei schweren Disziplinarvergehen durchaus ein leichter Fall vorliegen kann, der bspw. nicht immer zwangsläufig zu einem Abbruch einer Vollzugsform führen sollte. In Abs. 3 lit. a wird in Anlehnung an die Richtlinien auch die Drohung gegen Personal, Mitgefangene oder Drittpersonen aufgeführt. In Abs. 3 lit. g soll neu auch der Konsum von Alkohol oder Drogen auf dem Areal einen Disziplinaratbestand darstellen. Diese Bestimmung entspricht im Übrigen der Regelung in Art. 121 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 38 Disziplinar massnahmen**

In dieser Bestimmung werden die in Art. 91 Abs. 2 StGB aufgeführten Disziplinarsanktionen in Anlehnung an die Konkordatsrichtlinien differenziert und konkretisiert. Ausdrücklich nicht zulässig ist die gleichzeitige Anordnung von Arrest und Busse. Im Arrest entfällt der Arbeitsverdienst und das Pekulium wird auf das Minimum begrenzt. Deshalb soll nicht noch zusätzlich eine Busse ausgesprochen werden können. Die Bestimmung entspricht im Übrigen der Regelung in Art. 122 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 39 Sicherstellung und Beschlagnahmung**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 124 der Justizvollzugsverordnung.

### **Art. 40 Einschränkungen für besondere Haftarten**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend der Regelung in Art. 125 der Justizvollzugsverordnung. Für die ausländerrechtliche Administrativhaft gelten die entsprechenden Bestimmungen über das Disziplinarwesen des Einführungsgesetzes zur Ausländer- und Asylgesetzgebung (EGzAAG; BR 618.100). Aufgrund dieser neuen gesetzlichen Grundlage im EGzAAG wurde ein neuer Abs. 3 eingefügt, der auf diese Bestimmungen verweist.

### **Art. 41 Vorsorgliche Versetzung**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 126 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 42 Zuständigkeit für Disziplarentscheide**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 130 der Justizvollzugsverordnung.

#### **Art. 43 Anwendbares Recht**

Diese Bestimmung entspricht der Regelung in Art. 132 der Justizvollzugsverordnung.

### **V. Bekanntgabe von Personendaten**

#### **Art. 44 Amtsstellen und Betroffene**

Art. 29 Abs. 2 BV räumt den Parteien und Betroffenen allgemeine Verfahrensgarantien und als Teil des Anspruchs auf rechtliches Gehör einen Anspruch auf Akteneinsicht ein. Im Hinblick auf den Erlass einer Verfügung sollen die Verfahrensbeteiligten von den Entscheidungsgrundlagen vorbehaltlos und ohne Geltendmachung eines besonderen Interesses Kenntnis nehmen können (BGE 129 I 253 Erw. 3). Der verfassungsrechtliche Anspruch beschränkt sich somit auf die Entscheidungsgrundlagen. Damit sind alle schriftlichen oder elektronisch aufgezeichneten Akten gemeint, die im fraglichen Verfahren erstellt oder beigezogen werden und geeignet sind, Grundlage des späteren Entscheides zu sein.

Abs. 1 stellt die Übermittlung der notwendigen Akten in Papierform oder elektronisch an die für den Vollzug zuständige Stelle sicher. In Abs. 2 wird das kantons- und amtsinterne Akteneinsichtsrecht in Übereinstimmung mit dem Datenschutzgesetz geregelt. Von Bedeutung ist das Akteneinsichtsrecht insbesondere im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Vollzugsverfügungen und Rechtsmittelverfahren. Abs. 3 regelt die Einsicht in die Vollzugsakten. Dabei erscheint es sinnvoll, den Inhalt dieser Vollzugsakten zu definieren und diese gleichsam auf die wesentlichsten, vollzugsrelevanten Aktenstücke zu beschränken. Die Regelung gibt dem Auskunftswilligen im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen über das Akteneinsichtsrecht und die Auskunft Angaben über den Inhalt von Datensammlungen. Im Einklang mit Art. 5 Abs. 2 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDStG; BR 171.100) und Art. 9 des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG; SR 235.1) darf die Akteneinsicht oder Auskunft bei überwiegenden öffentlichen Interessen oder überwiegenden Interessen Dritter aufgeschoben, eingeschränkt oder verweigert werden. Im Vernehmlassungsentwurf wurde der Begriff «erheblich gegenläufige Interessen» verwendet. Diese Bezeichnung korrespondiert nicht mit den in der Datenschutzgesetzgebung verwendeten Begriffen. Aus Gründen der Transparenz wurde auf Hinweis des kantonalen Datenschutzbeauftragten daher die neue Formulierung «überwiegende öffentliche Interessen» gewählt.

## **Art. 45 Dritte**

Die entsprechenden Auskünfte werden lediglich auf schriftliches Gesuch hin erteilt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Abs. 1 lit. a: Opfer von Straftaten des Verurteilten sollen sich über die jeweilige Vollzugssituation einer verurteilten Person informieren können. Dabei geht es in Ergänzung zu den Regelungen in der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (VVzOHG; BR 549.100) nicht um eine finanzielle Entschädigung. Dem Opfer soll vielmehr ermöglicht werden, ein weiteres, zufälliges Zusammentreffen mit der verurteilten Person zu vermeiden. Weiter soll damit beim Opfer allfälligen Ängsten oder Befürchtungen begegnet werden können. Zur Zeit besteht keine kantonale gesetzliche Grundlage, welche den berechtigten Ansprüchen auf Information seitens der Opfer in der Phase des Vollzuges Rechnung tragen würde. Das OHG ist für die Zeitspanne des Vollzuges nicht anwendbar. Zur Zeit wird (ohne gesetzliche Grundlage) das System der sog. «Gefährdungsmeldung» praktiziert, wonach das Opfer gegenüber den Vollzugsbehörden eine entsprechende Meldung anbringen kann. Die Vollzugsbehörden tragen diesem Anliegen so weit als möglich Rechnung, bspw. mit Ausscheidung von Regionen, in welchen sich Eingewiesene auf Urlaub aufhalten dürfen. Zu definieren sind im JVG der Personenkreis der anerkannten Opfer, der Umfang der Informationspflicht und die zur Auskunft berechnete Stelle. Informationsempfänger sollten lediglich die Direktbetroffenen und nicht auch deren Angehörige sein können. Der Vollzugsort fällt nicht unter die notwendigen Informationen für das Opfer. Wenn sich Eingewiesene in offenen oder halboffenen Institutionen aufhalten, darf davon ausgegangen werden, dass das Gefährdungspotenzial für das Opfer gering ist. Lediglich die in Abs. 1 aufgeführten Informationen sollten auf berechnete Anfrage hin eröffnet werden müssen. Allerdings dürfen die Ansprüche des Opfers nicht so verstanden werden, dass es bspw. ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung des Vollzuges sollte geltend machen können. Zu denken wäre etwa an den vermeintlichen Anspruch, zur Frage des Urlaubes oder dessen territorialen Ausdehnung Stellung nehmen zu wollen. Die Auskunftsstelle soll nicht bei den Vollzugseinrichtungen, sondern bei der Einweisungsbehörde angesiedelt werden.

Abs. 1 lit. b: Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, darüber hinaus auch anderen Personen, welche ein höheres schutzwürdiges Interesse nachweisen können (z.B. bedrohter Staatsanwalt, Gutachter, Mitarbeitende im Justizvollzug, aber auch Private), die für ihre Sicherheit und ihren Schutz erforderlichen Informationen erteilen zu können. Es erscheint sinnvoll, für den Rechtfertigungsgrund der Wahrnehmung berechtigter Interessen hier eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die Interessenabwägung sehr sorgfältig wird erfolgen müssen. Nur bei hö-

heren schutzwürdigen Interessen der Antrag stellenden Person im konkreten Einzelfall darf orientiert werden. Blosses Informationsinteresse (etwa der Presse) kann dazu in keinem Fall genügen.

Die Kantonspolizei wird in jedem Fall, ohne vorgängige Gesuchstellung, insbesondere über die Beurlaubung oder andere Vollzugslockerungen einer eingewiesenen Person mit besonderen Sicherheitsrisiken informiert. Es handelt sich dabei um Personen, die ein Delikt gemäss Art. 64 Abs. 1 StGB begangen haben und einer Gefährlichkeitsbeurteilung unterliegen.

Im Vernehmlassungsentwurf wurde in einem Abs. 3 festgehalten, dass die Verurteilten über die Mitteilung der Information an Dritte nicht informiert werden. Diese Formulierung bedeutet, dass der Verurteilte in keinem Fall Kenntnis von Mitteilungen an Dritte erhält. Gemäss einem Hinweis des kantonalen Datenschutzbeauftragten wurde diese zu einschränkende Bestimmung gestrichen. Unter Anwendung von Art. 9 Abs. 1 DSGVO kann für jeden Einzelfall eine adäquate und damit bessere Lösung getroffen werden; nach dieser Bestimmung können sowohl die Information als auch die Auskunft wegen überwiegender Interessen Dritter verweigert werden.

## **VI. Rechtsmittel**

### **Art. 46–48 Beschwerde/Berufung**

Die Art. 46–48 entsprechen den bisherigen Bestimmungen über das Beschwerderecht (Art. 134 und Art. 135 Justizvollzugsverordnung). Neu ist der verwaltungsinterne Instanzenzug an das zuständige Departement durch die Staatsanwältin oder den Staatsanwalt. Entscheide und Verfügungen des Amtes, die Fragen des Vollzugs betreffen, können neu auch von der Staatsanwältin oder dem Staatsanwalt in erster Instanz beim zuständigen Departement angefochten werden. Die Fristen wurden an das neue Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) angepasst und betragen für die Anfechtung von Entscheiden und Verfügungen der Direktion 10 Tage und für die Anfechtung von Entscheiden und Verfügungen des Amtes 30 Tage. Vollzugsverfügungen oder Beschwerdeentscheide des Departements sind mittels strafrechtlicher Berufung wie bisher an das Kantonsgericht weiterziehbar (vgl. Art. 183a StPO).

## **VII. Schlussbestimmungen**

### **Art. 49 Änderung bisherigen Rechts**

Die Anpassungen des EG zum ZGB in Ziff. 1 verfolgen das Ziel, die Zuständigkeiten hinsichtlich Art. 28b ZGB von der vorläufigen Regierungsver-



ordnung in Gesetzesform zu überführen. Die Installation einer Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen ist auf Gesetzesstufe festzuschreiben. Heute ist lediglich in der Verordnung über die Umsetzung von Art. 28b des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (BR 210.150) festgehalten, dass das AJV eine Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen betreibt. Weil es sich bei der Tätigkeit der Beratungsstelle um eine wahrzunehmende staatliche Aufgabe handelt, ist eine Regelung in einem Gesetz im formellen Sinn gestützt auf Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 und Art. 76 KV notwendig. Im EG zum ZGB ist daher eine entsprechende Bestimmung aufzunehmen. Die Zuweisung an das Amt erfolgt anschliessend durch die Regierung auf Verordnungsstufe.

Mit Ziff. 2 werden die in dieses Gesetz überführten Bestimmungen der kantonalen Strafprozessordnung (StPO) auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes aufgehoben.

Das Polizeigesetz (Ziff. 3) ist in dem Sinne anzupassen, dass die Kantonspolizei der im AJV angesiedelten Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen alle Verfügungen und Unterlagen, die im Zusammenhang mit der häuslichen Gewalt erlassen oder erstellt wurden, zustellen muss. Nur dadurch kann eine auf Gewaltprävention ausgerichtete Beratung sinnvoll angeboten und durchgeführt werden. Wünscht die betroffene Person keine Beratung, sind die gesammelten Daten sofort zu löschen. Gleichzeitig soll die Formulierung an das neuere Bundesrecht angepasst werden, um Abgrenzungsprobleme und Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden. Inhaltlich wird dadurch keine Änderung vorgenommen.

### **Art. 50 Übergangsrecht**

Inhaltlich orientiert sich dieses Gesetz bereits an der Schweizerischen StPO und der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA), die beide auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten sollen. In zwei Punkten (Zuständigkeit für die Umwandlung von verwaltungsstrafrechtlichen Bussen bzw. die Kostentragung im Massnahmenvollzug) bedarf es daher einer übergangsrechtlichen Regelung.

### **Art. 51 Koordination mit Bündner NFA**

Wie bereits erwähnt, übernimmt das vorliegende Gesetz hinsichtlich der Kostentragung beim Massnahmenvollzug den Vorschlag der Bündner NFA, überführt die Bestimmungen jedoch ins JVG. Abs. 1 regelt das Verhältnis bei den Bestimmungen der kantonalen StPO, die mit der Bündner NFA geändert und dem JVG aufgehoben werden sollen. Abs. 2 nimmt die inhaltliche Koordination für den Fall vor, dass der Bündner NFA abgelehnt würde. Diesfalls soll auf eine punktuelle, isolierte Aufgabenentflechtung bzw. die Kostenübernahme durch den Kanton verzichtet werden.

## **Art. 52 Referendum, Inkrafttreten**

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

## **V. Übereinstimmung mit der Kantonsverfassung**

Die vorgeschlagenen Regelungen sind mit Art. 31 der Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) vereinbar. So sind insbesondere Zweck und Umfang der Grundrechtseinschränkungen im kantonalen Gesetz enthalten.

## **VI. Personelle und finanzielle Auswirkungen**

### **1. Personelle Auswirkungen**

Personelle Auswirkungen ergeben sich aufgrund der ausgedehnteren Zusammenarbeit zwischen der Jugendanwaltschaft und dem zuständigen Amt (AJV). Diese intensivere Zusammenarbeit wird aufgrund der voraussichtlich am 1. Januar 2011 in Kraft tretenden JStPO in Verbindung mit dem seit 1. Januar 2007 gültigen Jugendstrafgesetz notwendig. Die Mitarbeitenden des AJV haben die problematischen Fälle straffälliger Jugendlicher von Anfang, das heisst, von der Einvernahme an zu begleiten, die persönlichen Verhältnisse abzuklären und die Jugendlichen bis zum Vollzugsende zu betreuen. Heute werden die Sozialarbeiter des Amtes durch den Jugendanwalt in Einzelfällen beigezogen. Zu einer Zunahme der Belastung des AJV führt ebenfalls die mit der Einführung des neuen Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafrechts vorgenommene Aufstockung der Jugendanwaltschaft.

Annahmen anderer Kantone zeigen, dass pro Jugendanwalt ein Sozialarbeiter für die Betreuung der Jugendlichen notwendig wird. Mit der Änderung der Vollzugszuständigkeit und der notwendigen sozialarbeiterischen Tätigkeit ab Beginn eines Falles, ist davon auszugehen, dass beim AJV zur Abwicklung dieser umfassenden Vollzugsverfahren und unter Nutzung aller möglichen Synergien mindestens eine zusätzliche Stelle notwendig sein wird. Da das AJV bereits über einen Sozialdienst verfügt, der teilweise bereits heute Jugendliche betreut und dadurch Synergien möglich werden, soll vorerst lediglich eine Stellenerhöhung um 60 % Prozent vorgenommen werden, um die zusätzlich anfallenden Aufgaben zu erfüllen.

## **2. Finanzielle Auswirkungen**

Für die Bereitstellung der notwendigen sozialarbeiterischen Kapazitäten für den Jugendstrafbereich ist der Vollzugsdienst des AJV vorerst um rund 60 Stellenprozente aufzustocken. Dafür fallen Kosten in der Grössenordnung von rund Fr. 80000.– an. Dieser Betrag ist in den geschätzten Personalkosten aus der Aufgabenentflechtung bei der Justiz von Fr. 4500000.– (Botschaft zur NFA, Heft Nr. 20/2008–2009, S. 1180) enthalten.

## **VII. Berücksichtigung der VFRR-Grundsätze**

Die Vorlage entspricht den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtsetzung und Rechtsanwendung (VFRR) und bringt dies sowohl im Umfang als auch in der Formulierung der Bestimmungen zum Ausdruck.

## **VIII. Anträge**

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass eines Gesetzes über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG) zuzustimmen;
3. die Motion Portner betreffend Regelung des Straf- und Massnahmenvollzugs auf Gesetzesstufe (GRP 2003/2004, S. 191, 303) abzuschreiben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung:

Der Präsident: *Trachsel*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*



# Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz; JVG)

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. Mai 2009

beschliesst:

## I. Allgemeines

### Art. 1

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt den Vollzug strafrechtlicher Sanktionen sowie die Bewährungshilfe und die soziale Betreuung. Sofern keine besonderen Bestimmungen bestehen, ist das Gesetz ferner auf die in Artikel 13 erwähnten Formen des Freiheitsentzugs anwendbar. Geltungsbereich

<sup>2</sup> Die von der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission beschlossenen und als verbindlich erklärten Richtlinien gelten in Ergänzung zum vorliegenden Gesetz als unmittelbar anwendbar.

### Art. 2

<sup>1</sup> Ziel des Vollzugs strafrechtlicher Sanktionen ist die Vermeidung von Rückfällen. Die Verurteilten werden soweit als möglich darin gefördert, ihre Fähigkeit zur Führung eines straffreien Lebens zu verbessern. Vollzugsziel

<sup>2</sup> Der Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen ist auf die schrittweise Rückkehr in die Lebensumstände in Freiheit ausgerichtet. Die verurteilte Person hat aktiv daran mitzuwirken, das Vollzugsziel zu erreichen.

<sup>3</sup> Massnahmen zum Schutz der Allgemeinheit, des Personals und der Mitgefangenen bleiben vorbehalten.

### Art. 3

Die Regierung regelt das Nähere insbesondere über: Verordnung

- a) die Verfahren zur Vorbereitung, Durchführung und Beendigung der gemeinnützigen Arbeit, der Freiheitsstrafen und Massnahmen sowie des vorzeitigen Straf- und Massnahmenantritts;

- b) den Vollzug freiheitsentziehender Sanktionen in staatlichen Einrichtungen, insbesondere die Rechte und Pflichten der Verurteilten im Anstaltsalltag sowie die Sicherungs- und Disziplinar massnahmen;
- c) die Durchführung der Bewährungshilfe, der Weisungskontrolle und der freiwilligen sozialen Betreuung;
- d) die Untersuchungs- und Sicherheitshaft und den Polizeigewahrsam;
- e) die weisungsgebundene Mitarbeit des zuständigen Amtes im Jugendstrafverfahren;
- f) die Einzelheiten der Verpflichtung der verurteilten Person zur teilweisen Kostenübernahme gemäss Artikel 380 StGB.

## II. Straf- und Massnahmenvollzug

### 1. VOLLZUG DER URTEILE

#### Art. 4

Gemeinnützige Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen

<sup>1</sup> Wo das Strafgesetzbuch die Zuständigkeit zur Anordnung von Vollzugshandlungen einem Gericht überträgt, ist dafür das Gericht zuständig, welches das erstinstanzliche Urteil gefällt hat.

<sup>2</sup> Die Regierung bezeichnet die für den Vollzug von gemeinnütziger Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen zuständigen Amtsstellen, soweit das Strafgesetzbuch, das Jugendstrafgesetz oder andere Erlasse nicht etwas anderes bestimmen.

#### Art. 5

Geldstrafen und Bussen

<sup>1</sup> Geldstrafen und Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichtsbehörden oder Verwaltungsinstanzen, denen auch der Einzug obliegt.

<sup>2</sup> Ist an die Stelle einer Geldstrafe oder Busse die Ersatzfreiheitsstrafe oder die gemeinnützige Arbeit getreten, fällt die Geldstrafe oder Busse bei nachträglicher Bezahlung dem Amt für Justizvollzug zu.

<sup>3</sup> Die Umwandlung von Bussen, welche von einer Verwaltungsinstanz ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verfügt auf Antrag der Vollzugsbehörde die zuständige richterliche oder kantonale Behörde.

#### Art. 6

Verfügung über eingezogene und verfallene Gegenstände

Hat das Gericht keine andere Entscheidung getroffen, bestimmt die Staatsanwaltschaft, was mit gerichtlich eingezogenen Gegenständen zu geschehen hat. Der Erlös aus einer Verwertung fällt dem Kanton zu.

## 2. VOLLZUGSKOSTEN

### Art. 7

<sup>1</sup> Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen und der stationären strafrechtlichen Massnahmen gehen zu Lasten des Kantons, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkommen. Kostentragung

<sup>2</sup> Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können durch das urteilende Gericht oder durch die Vollzugsbehörde zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

### Art. 8

<sup>1</sup> Der verurteilten Person zustehende Versicherungsleistungen für Behandlungen sowie Sozialversicherungsleistungen werden zur Kostendeckung verwendet. Kostenbeteiligung

<sup>2</sup> Die verurteilte Person:

- a) bezahlt persönliche Anschaffungen, insbesondere Raucherwaren, Genussmittel, Toilettenartikel und Zeitungsabonnements, Urlaubskosten sowie Gebühren für die Benützung von Radio-, Fernseh- und Telefonanlagen;
- b) hat sich an den Kosten der Halbgefängenschaft, des Arbeitsexternats sowie des Wohn- und Arbeitsexternats angemessen zu beteiligen;
- c) trägt die Kosten für Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge sowie Franchisen und Selbstbehalte;
- d) trägt die Kosten für besondere Weiterbildungsmassnahmen und Heimschaffung, soweit es ihr möglich und zumutbar ist;
- e) trägt die Kosten von gerichtlich oder behördlich angeordneten ambulanten Behandlungen, sofern nicht Dritte oder die Gemeinde, in der die betroffene Person ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatte, dafür aufkommen.

## 3. BESONDERE VOLLZUGSFORMEN

### Art. 9

Besondere Vollzugsformen können im Rahmen der vom Bund erteilten Bewilligungen durchgeführt werden. Besondere Vollzugsformen

## 4. VOLLZUG JUGENDSTRAFRECHTLICHER SANKTIONEN

### Art. 10

<sup>1</sup> Für den Vollzug von Strafen und Schutzmassnahmen gegenüber Jugendlichen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 JStPO ist die Jugendanwaltschaft zuständig. Jugendliche

<sup>2</sup> Das Amt für Justizvollzug vollzieht im Auftrag der Jugendanwaltschaft alle Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen.

<sup>3</sup> Für die Mitwirkung beim Vollzug von Strafen und Schutzmassnahmen kann die Jugendanwaltschaft auch die Sozialdienste des Kantons oder der Gemeinden beiziehen.

<sup>4</sup> Die Bussen fallen in die Staatskasse. Der Vollzug der Bussen und der Einzug der auferlegten Kosten obliegen dem Kanton.

#### **Art. 11**

Allgemeine Bestimmungen

Im Übrigen finden Artikel 43 JStG und die Bestimmungen dieses Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug sinngemäss Anwendung.

### **III. Vollzugseinrichtungen**

#### **Art. 12**

Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs

<sup>1</sup> Der Kanton unterhält die für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen notwendigen Institutionen. Der Grosse Rat sorgt in eigener Kompetenz für den Bau und Unterhalt dieser Anstalten nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der interkantonalen Vereinbarungen.

<sup>2</sup> Die Regierung trifft mit anderen Kantonen die im Rahmen der interkantonalen Anstaltsplanung erforderlichen Vereinbarungen über die Mitbenützung der eigenen Anstalten und den Vollzug eigener Urteile in ausserkantonalen Anstalten.

#### **Art. 13**

Justizvollzugsanstalten und andere Institutionen

Die Justizvollzugsanstalten Sennhof und Realta sowie die anderen Institutionen dienen dem Vollzug:

- a) von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen;
- b) der Untersuchungs-, der Sicherheits- und der Auslieferungshaft;
- c) von Freiheitsstrafen in Form der Halbgefängenschaft und des tagesweisen Vollzugs;
- d) von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht;
- e) von Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen;
- f) von Strafen und Massnahmen, die aus Sicherheits-, Disziplinar- oder Platzgründen vorübergehend nicht anderswo vollzogen werden können;
- g) der Haft von Personen auf Transport;
- h) von polizeilichem Gewahrsam;
- i) von fürsorglicher Freiheitsentziehung.



#### IV. Vollzug von strafrechtlichen Sanktionen in den Justizvollzugsanstalten des Kantons

##### 1. ALLGEMEINES

###### Art. 14

<sup>1</sup> Eingewiesene haben Anspruch auf Achtung ihrer Persönlichkeit und ihrer Menschenwürde. Rechte  
Eingewiesener

<sup>2</sup> Ihre verfassungsmässigen und gesetzlichen Rechte dürfen nur so weit beschränkt werden, als es der Entzug der Freiheit und das Zusammenleben in der Vollzugseinrichtung erfordern.

<sup>3</sup> Die Eingewiesenen unterliegen den in diesem Gesetz und den Ausführungserlassen vorgesehenen Beschränkungen ihrer Freiheit. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder zur Abwendung von Störungen des Anstaltsbetriebes kann die Direktion der Vollzugseinrichtung weitere Beschränkungen oder Massnahmen anordnen.

###### Art. 15

<sup>1</sup> Neueingewiesene müssen sich zur Abklärung allfälliger Beeinträchtigungen ihres Gesundheitszustandes einer körperlichen Untersuchung durch medizinisches Fachpersonal unterziehen. Pflichten  
Eingewiesener

<sup>2</sup> Eingewiesene sind verpflichtet, sich einer psychiatrischen Begutachtung zu unterziehen, wenn die Einweisungs- und Vollzugsbehörde dies für die Vollzugsplanung als notwendig erachtet.

<sup>3</sup> Eingewiesene haben die Vollzugsvorschriften einzuhalten und den Anordnungen der Direktion und des Personals der Vollzugseinrichtung sowie der zuständigen Einweisungs- und Vollzugsbehörde Folge zu leisten. Sie unterlassen alles, was die geordnete Durchführung des Vollzugs, die Verwirklichung der Vollzugsziele und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung gefährdet.

##### 2. AUFNAHME, VERSETZUNG UND UNTERBRECHUNG

###### Art. 16

Es besteht kein Anspruch auf Einweisung in eine bestimmte Anstalt. Grundsatz

###### Art. 17

<sup>1</sup> Bei Hafterstehungsunfähigkeit wird der Vollzug aufgeschoben. Hafterstehungs-  
fähigkeit

<sup>2</sup> Über die Hafterstehungsunfähigkeit entscheidet die Vollzugsbehörde. Die Hafterstehungsunfähigkeit kann nur durch ein Arzteugnis attestiert werden. Fehlt ein solches beziehungsweise bestehen Zweifel über die Hafterstehungsunfähigkeit, wird diese von der Anstaltsärztin oder vom

Anstaltsarzt oder von der Anstaltspsychiaterin oder vom Anstaltspsychiater überprüft.

<sup>3</sup> Die Vollzugsbehörde kann in jedem Fall eine besondere Untersuchung anordnen. Die gleiche Befugnis hat die Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Untersuchungshäftlinge.

<sup>4</sup> Die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, welche die öffentliche Sicherheit erfordert, obliegt der Vollzugsbehörde. Im Bedarfsfall orientiert diese die zuständige Vormundschaftsbehörde. Beide treffen in gegenseitiger Absprache die notwendigen Massnahmen.

#### **Art. 18**

Versetzung

<sup>1</sup> Die Vollzugsbehörde kann Eingewiesene zur Fortsetzung des Vollzugs in eine andere Vollzugseinrichtung versetzen, wenn

- a) ihr Zustand, ihr Verhalten oder die Sicherheit dies notwendig machen;
- b) ihre Behandlung dies erfordert;
- c) ihre Eingliederung dadurch eher erreicht wird;
- d) Belegungsprobleme bestehen.

<sup>2</sup> Die Versetzung in eine psychiatrische Klinik oder in ein Spital kann auch auf ärztliche Verfügung hin erfolgen. Für dringende Fälle wird die Direktion der Vollzugseinrichtung dazu ermächtigt. Die Vollzugsbehörde wird von der Versetzung unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

#### **Art. 19**

Strafunterbruch

Die Bewilligung des Strafunterbruchs gemäss Artikel 92 StGB kann mit Auflagen über Verhalten, Beschäftigung, Aufenthaltsort, Meldepflicht sowie mit der Anordnung einer Beaufsichtigung oder Betreuung verbunden werden.

#### **Art. 20**

Sichernde Massnahmen

<sup>1</sup> Muss eine stationäre Massnahme aufgehoben oder geändert werden, wird die eingewiesene Person in einer geeigneten Vollzugseinrichtung untergebracht, bis das Gericht entschieden hat, ob und wie weit die aufgeschobene Strafe noch vollstreckt oder eine andere Massnahme angeordnet werden soll.

<sup>2</sup> In den Fällen von Artikel 95 Absatz 5 StGB kann die Vollzugsbehörde Sicherheitshaft anordnen, wenn ernsthaft zu erwarten ist, dass die entlassene Person neue Straftaten gegen Leib und Leben begeht. Über die Fortdauer der Sicherheitshaft entscheidet die Haftrichterin oder der Haftrichter innert 48 Stunden nach der Anordnung.

### 3. SICHERHEIT UND ORDNUNG

#### Art. 21

<sup>1</sup> Der Insasse ist für ein geordnetes Zusammenleben in der Anstalt mitverantwortlich. Grundsatz

<sup>2</sup> Die Einzelheiten werden in der Hausordnung und in den dazugehörigen Weisungen geregelt.

#### Art. 22

<sup>1</sup> Zur Sicherung des Vollzugs sind insbesondere als erkennungsdienstliche Massnahmen zulässig: Erkennungsdienstliche Massnahmen

- a) die Erstellung von Fotografien;
- b) die Durchführung von Messungen und die Feststellung körperlicher Merkmale;
- c) die Abnahme von Fingerabdrücken;
- d) die Abnahme einer Speichelprobe oder eines Wangenschleimhautabstrichs.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des DNA-Profil-Gesetzes.

#### Art. 23

<sup>1</sup> Die Direktion der Vollzugseinrichtung kann Eingewiesene, ihre persönlichen Effekten und ihre Unterkunft durchsuchen lassen, Urinproben, Atemluftkontrollen, Blutproben, Haarproben oder die äusserliche Kontrolle von Körperöffnungen anordnen (oberflächliche Leibesvisitation). Kontrollen, Durchsuchungen

<sup>2</sup> Eingewiesene, die verdächtigt werden, in oder an ihrem Körper oder in Körperöffnungen unerlaubte Gegenstände zu verbergen, können körperlich untersucht werden (intime Leibesvisitation).

<sup>3</sup> Oberflächliche Leibesvisitationen sind durch Personen des gleichen Geschlechts vorzunehmen.

<sup>4</sup> Intime Leibesvisitationen sind einer Ärztin oder einem Arzt zu übertragen.

#### Art. 24

<sup>1</sup> Die Direktion der Vollzugseinrichtung kann gegen eine eingewiesene Person besondere Sicherungsmassnahmen anordnen, wenn nach ihrem Verhalten oder aufgrund ihres psychischen Zustandes in erhöhtem Masse Fluchtgefahr, Eigen- oder Fremdgefährdung oder die Gefahr von Sachbeschädigung besteht. Besondere Sicherungsmassnahmen

<sup>2</sup> Als besondere Sicherungsmassnahmen sind zulässig:

- a) Entziehen oder Vorenthalten von Gegenständen;
- b) Beobachten bei Tag und/oder Nacht;
- c) Absondern von anderen Mitinhaftierten;
- d) Entziehen oder Beschränken des Aufenthaltes im Freien;

e) Unterbringen in einem besonders gesicherten Raum ohne gefährdende Gegenstände;

f) Fesseln.

<sup>3</sup> Massnahmen nach Absatz 1 Litera a, c und e sind auch zulässig, wenn die Gefahr der Befreiung oder eine erhebliche Störung der Ordnung in der Vollzugseinrichtung nicht anders vermieden werden kann.

<sup>4</sup> Beim Ausführen, Vorführen oder beim Transportieren ist eine Fesselung auf Anordnung der Direktion der Vollzugseinrichtung auch dann zulässig, wenn aus anderen Gründen als denen des Absatzes 1 in erhöhtem Masse Fluchtgefahr besteht.

<sup>5</sup> Besondere Sicherungsmassnahmen dürfen nur soweit und solange aufrechterhalten werden, als ihr Zweck es erfordert.

#### **Art. 25**

Festnahmen

Ist eine eingewiesene Person entwichen oder hält sie sich sonst ohne Erlaubnis ausserhalb der Vollzugseinrichtung auf, wird ihre Festnahme und Zuführung unverzüglich angeordnet. Die Einweisungsbehörde ist darüber zu informieren. Das Personal der Vollzugseinrichtung kann sie selber festnehmen und in die Anstalt zurückbringen.

### 4. UNMITTELBARER ZWANG

#### **Art. 26**

Grundsatz

<sup>1</sup> Die Anwendung unmittelbaren Zwangs ist möglich gegen Eingewiesene, die sich renitent oder gewalttätig verhalten, zur Verhinderung ihrer Flucht oder zu ihrer Wiederergreifung.

<sup>2</sup> Gegen andere Personen, die sich widerrechtlich auf dem Areal der Vollzugseinrichtung aufhalten, einzudringen oder Insassen zu befreien versuchen, ist die Anwendung unmittelbaren Zwangs zulässig, sofern der damit verfolgte Zweck auf keine andere Weise erreicht werden kann.

#### **Art. 27**

Zwangsernährung

<sup>1</sup> Im Fall eines Hungerstreiks kann die Direktorin oder der Direktor der Vollzugseinrichtung eine unter ärztlicher Leitung und Beteiligung durchzuführende Zwangsernährung anordnen, sofern Lebensgefahr oder eine schwerwiegende Gefahr für die betroffene Person bestehen.

<sup>2</sup> Solange von einer freien Willensbestimmung der betroffenen Person ausgegangen werden kann, erfolgt von Seiten der Vollzugseinrichtung keine Intervention.

**Art. 28**

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Bestimmungen über die Zwangsmedikation gelten für Personen, die in eine bündnerische Vollzugseinrichtung eingewiesen worden sind, wenn

- a) eine strafrechtliche Sanktion, insbesondere eine richterlich angeordnete Massnahme zu vollziehen ist und
- b) sie mit dem konkreten Zweck der Sanktion vereinbar sind.

<sup>2</sup> Eine Zwangsmedikation im Sinne dieses Gesetzes ist eine Massnahme, die ohne Zustimmung der betroffenen Person durchgeführt wird mit dem Ziel, deren Gesundheitszustand zu erhalten, zu verbessern oder Dritte zu schützen.

<sup>3</sup> Die allgemeinen Rechte und Pflichten eingewiesener Personen gelten auch bei Anordnungen von Zwangsmedikationen, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist.

Zwangs-  
medikation  
1. Geltungs-  
bereich,  
Grundsatz

**Art. 29**

Zwangsmedikationen sind nur zulässig, wenn freiwillige Massnahmen versagt haben oder nicht zur Verfügung stehen und

- a) das Verhalten der betroffenen Person ihre eigene Sicherheit oder Gesundheit schwerwiegend gefährdet oder;
- b) eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben Dritter abgewendet werden soll oder;
- c) eine schwerwiegende Störung des Zusammenlebens im Falle massiver sozialer Auffälligkeit oder bei erheblich destruktivem Potenzial der betroffenen Person zu beseitigen ist.

2. Voraus-  
setzungen

**Art. 30**

<sup>1</sup> Über die Anordnung, Durchführung und Beendigung einer Zwangsmedikation entscheidet ausschliesslich die Direktorin oder der Direktor nach Anhörung der zuständigen Ärztin oder des zuständigen Arztes der Vollzugseinrichtung.

<sup>2</sup> Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, damit Zwangsmedikationen vermieden werden können. Den betroffenen Personen ist so weit Entscheidungsfreiheit zu belassen, als es mit ihrer eigenen und der öffentlichen Sicherheit vereinbar ist.

<sup>3</sup> Es ist die jeweils mildeste Zwangsmassnahme zu wählen. Sie darf nur so lange andauern, als die sie rechtfertigenden Voraussetzungen gegeben sind.

3. Allgemeine  
Bestimmungen

**Art. 31**

<sup>1</sup> Vor einer Entscheidung für eine Zwangsmedikation ist die betroffene Person über die angeordnete Massnahme und das Beschwerderecht aufzuklären, soweit keine Gefahr im Verzug liegt. Die Angehörigen oder eine

4. Aufklärung

bezeichnete nahe stehende Person können unverzüglich und in geeigneter Form informiert werden.

<sup>2</sup> Der Entscheid ist der betroffenen Person auch bei vorgängig erfolgter mündlicher Eröffnung nachträglich schriftlich mit Begründung und Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.

<sup>3</sup> Die Vollzugseinrichtung hat die Einweisungsbehörde sowie die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt umgehend über die Anordnung einer Zwangsmedikation zu informieren.

#### **Art. 32**

5. Beschwerde

Die von der Zwangsmedikation betroffene Person, ihre Angehörigen oder eine nahe stehende Person können gegen die Anordnung der Zwangsmedikation innert zehn Tagen beim zuständigen Amt schriftlich Beschwerde einreichen.

### 5. GESUNDHEIT UND BETREUUNG

#### **Art. 33**

Medikamente und  
Genussmittel

<sup>1</sup> Der Konsum und der Besitz von sowie der Handel mit Alkohol, nicht verordneten Medikamenten sowie Betäubungsmitteln oder ähnlich wirkenden Stoffen ist verboten.

<sup>2</sup> Die Vollzugseinrichtung veranlasst die notwendigen Kontrollen (wie Urin-, Blut-, Speichel-, Haar-, Wangenschleimhautabstrichproben, Alkoholblastests). Bei positivem Testergebnis gehen die Kosten zu Lasten der eingewiesenen Person.

#### **Art. 34**

Behandlungs-  
kosten

<sup>1</sup> Soweit nicht die Kosten für ärztliche Behandlung durch das Kostgeld, die Krankenkassen oder Versicherungen gedeckt werden, gehen diese zu Lasten des einweisenden Kantons.

<sup>2</sup> Spitalaufenthalts- oder Behandlungskosten für Krankheiten oder Unfälle, die bereits vor dem Eintritt in die Vollzugseinrichtung bestanden respektive erlitten wurden, hat die eingewiesene Person oder der einweisende Kanton zu tragen. Das Gleiche gilt, ausser in Notfällen, für vorsätzlich verursachte Verletzungen oder Krankheiten in der Vollzugseinrichtung.

<sup>3</sup> Vor jeder aufschiebbaren Behandlung ist mit der einweisenden Stelle der Kostenträger zu ermitteln. Ist die Kostendeckung nicht gesichert, hat der Insasse ein Depot zu leisten.

<sup>4</sup> Die Kosten für die Behandlung von Verletzungen oder Krankheiten, welche sich die eingewiesene Person bei unerlaubtem Aufenthalt ausserhalb der Vollzugseinrichtung zuzieht, hat sie selber zu tragen.

## 6. KONTAKTE IN DEN VOLLZUGSEINRICHTUNGEN UND VERKEHR MIT DER AUSSENWELT

### Art. 35

Soweit nicht aus disziplinarischen oder anderen Gründen besondere Weisungen erteilt werden, wird der mündliche und der schriftliche Kontakt zwischen den Eingewiesenen nicht beschränkt. Kontakt unter den Eingewiesenen

### Art. 36

Bei Anzeichen von Missbrauch oder tatsächlichem Missbrauch können auch der Postverkehr, Telefongespräche oder Besuche von Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälten, Seelsorgerinnen oder Seelsorgern und Ärztinnen oder Ärzten eingeschränkt oder überwacht werden. Verkehr mit der Aussenwelt

## 7. DISZIPLINARWESEN

### Art. 37

<sup>1</sup> Verstösse gegen dieses Gesetz, die Justizvollzugsverordnung, die Hausordnung und andere Regelungen der Vollzugseinrichtungen sowie Verstösse gegen den Vollzugsplan werden als Disziplinarvergehen geahndet. Disziplinarvergehen

<sup>2</sup> In leichten Fällen kann von Disziplinarmaßnahmen abgesehen werden, wenn das Disziplinarvergehen auf andere Weise erledigt werden kann.

<sup>3</sup> Als schwere Disziplinarvergehen gelten:

- a) Tätlichkeiten, Drohung oder ungebührliches Verhalten gegen das Personal, Mitgefangene oder Drittpersonen;
- b) Ausbruch, Flucht, Fluchtversuch und Fluchthilfe;
- c) Arbeitsverweigerung und Aufwiegelung dazu sowie Nichtrückkehr von einer externen Beschäftigung, vom Ausgang oder Urlaub;
- d) Rückkehr von einer externen Beschäftigung, vom Ausgang oder vom Urlaub in alkoholisiertem Zustand oder unter Drogeneinfluss;
- e) vorsätzliche Sachbeschädigung grösseren Ausmasses;
- f) Einführen, Herstellung, Besitz und Weitergabe von Waffen sowie von waffenähnlichen oder zur Verwendung als gefährliche Waffen tauglichen Gegenständen;
- g) Einführen, Besitz, Herstellung und Konsum von oder Handel mit Drogen und Alkohol;
- h) Ein- und Ausführen sowie Weitergabe von Gegenständen, Schriftstücken und Bargeld unter Umgehung der Kontrolle;
- i) unerlaubte Kontakte zu Personen ausserhalb der Vollzugseinrichtung;
- j) schwere Störungen von Ordnung und Sicherheit;
- k) nur auf Antrag verfolgbare Delikte, soweit auf Strafantrag verzichtet wird.

**Art. 38**Disziplinar-  
massnahmen<sup>1</sup> Folgende Disziplinar-massnahmen sind zulässig:

- a) Verweis;
- b) Einschränkung oder Entzug der Verfügung über Geldmittel bis zu drei Monaten;
- c) Ausschluss von der Teilnahme an Gemeinschafts- und Freizeitaktivitäten, Veranstaltungen und Kursen bis zu drei Monaten, im Wiederholungsfall bis zu sechs Monaten;
- d) Einschränkung oder Entzug schriftlicher oder elektronischer Medien sowie des Besitzes von Ton- und Bildwiedergabegeräten bis zu zwei Monaten, im Wiederholungsfall bis zu sechs Monaten;
- e) Einschränkung oder Entzug des Besuchs- und Korrespondenzrechts bis zu drei Monaten;
- f) Ausgangs- und Urlaubssperre bis zu sechs Monaten;
- g) Busse bis zu 200 Franken;
- h) Zellen- oder Zimmereinschluss bis zu 14 Tagen;
- i) Arrest bis zu 20 Tagen.

<sup>2</sup> Mehrere Disziplinar-massnahmen können miteinander verbunden werden. Die gleichzeitige Anordnung von Arrest und Busse ist unzulässig.<sup>3</sup> Einschränkungen oder Entzug der Aussenkontakte und des Besuchsrechts sowie Ausgangs- und Urlaubssperre dürfen nur angeordnet werden, wenn das Disziplinar-vergehen mit der Ausübung dieser Rechte zusammenhängt. Vorbehalten bleibt in jedem Fall der Verkehr mit Behörden, Rechtsvertreterinnen und Rechtsvertretern sowie Seelsorgerinnen und Seelsorgern.<sup>4</sup> Arrest ist nur bei schweren oder wiederholten Disziplinar-vergehen zulässig.**Art. 39**Sicherstellung  
und Beschlagnahme<sup>1</sup> Gegenstände, die bei der Begehung von Disziplinar-verstössen verwendet wurden, werden sichergestellt. Sie werden zu den Effekten gelegt, wenn das Eigentum festgestellt werden kann.<sup>2</sup> Ist dies nicht möglich oder eignen sich die Gegenstände nur zu einem rechtswidrigen Gebrauch, werden sie zu Gunsten eines Fonds zur Unterstützung von Inhaftierten oder Entlassenen verwertet oder vernichtet, wenn eine Verwertung nicht möglich ist.**Art. 40**Einschränkungen  
für besondere  
Haftarten<sup>1</sup> Beim offenen Vollzug, der Halbgefängenschaft und beim Arbeitsexternat können die Disziplinar-massnahmen gemäss Artikel 38 Litera c, d und e für längstens einen Monat verhängt werden.<sup>2</sup> Bei der Halbgefängenschaft und dem Arbeitsexternat kann eine Ausgangs- oder Urlaubssperre für längstens einen Monat verhängt werden.



<sup>3</sup>Für die ausländerrechtliche Administrativhaft gelten die entsprechenden Bestimmungen der kantonalen Einführungsgesetzgebung.

#### Art. 41

Bei schweren oder wiederholten Disziplinarvergehen kann mit dem Disziplinarentscheid eine vorsorgliche Versetzung bis zum Entscheid der einweisenden Behörde angeordnet werden, und zwar:

Vorsorgliche  
Versetzung

- a) vom offenen Vollzug in den geschlossenen Vollzug;
- b) von der Halbgefängenschaft oder dem Arbeitsexternat in den offenen oder geschlossenen Vollzug;
- c) vom Wohnexternat ins Arbeitsexternat oder in den offenen oder geschlossenen Vollzug.

#### Art. 42

<sup>1</sup> Disziplinar massnahmen ordnet die Direktion oder die Leitung der Vollzugseinrichtung an.

Zuständigkeit für  
Disziplinar-  
entscheide

<sup>2</sup> Das zuständige Amt entscheidet, wenn sich die Verfehlung gegen die Direktorin oder den Direktor richtet.

<sup>3</sup> Disziplinar massnahmen sind in der Regel in derjenigen Vollzugseinrichtung zu vollziehen, von deren Direktion sie verfügt wurden.

<sup>4</sup> Disziplinar massnahmen, die gegen eine eingewiesene Person in einer anderen Vollzugseinrichtung oder während der Untersuchungshaft angeordnet worden sind, werden nach Möglichkeit und auf Ersuchen vollstreckt.

#### Art. 43

<sup>1</sup> Bei der Beurteilung von Disziplinarvergehen werden die Bestimmungen des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches analog angewendet.

Anwendbares  
Recht

<sup>2</sup> Im Übrigen gelangen die Richtlinien der Ostschweizerischen Strafvollzugskommission für das Disziplinarrecht in den Konkordatsanstalten zur Anwendung.

### V. Bekanntgabe von Personendaten

#### Art. 44

<sup>1</sup> Nach rechtskräftiger Verurteilung einer Person stellen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte der für den Strafvollzug zuständigen Stelle auf deren Verlangen sämtliche für den Vollzug erforderlichen Akten in Papierform oder elektronisch zu.

Amtsstellen und  
Betroffene

<sup>2</sup> Im Vollzug tätige Mitarbeitende sind im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit berechtigt, alle über eine Person angelegten Untersuchungs-, Gerichts-, Vollzugs- und Therapieakten einzusehen, sofern dies für ihre konkrete Aufgabenerfüllung geeignet und erforderlich ist.

<sup>3</sup> Jede Person hat Anspruch auf Einsicht der über sie geführten Vollzugsakten. Die Vollzugsakten umfassen die grundlegenden Akten des Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens sowie die für das Vollzugsverfahren wesentlichen Gutachten, Berichte, Protokolle und Verfügungen. Die Akteneinsicht oder Auskunft darf bei überwiegenden öffentlichen Interessen oder überwiegenden Interessen Dritter aufgeschoben, eingeschränkt oder verweigert werden.

#### **Art. 45**

Dritte

<sup>1</sup> Folgende Personen werden auf schriftliches Gesuch hin von der zuständigen Stelle über den Straf- und Massnahmenantritt einer verurteilten Person, ihre Beurlaubung, Versetzung und Entlassung orientiert:

- a) Opfer von Straftaten des Verurteilten, wenn diese Taten sie in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität erheblich beeinträchtigt;
- b) andere Personen, die gegenüber der verurteilten Person ein höheres schutzwürdiges Interesse an der Information nachweisen können.

<sup>2</sup> Die Kantonspolizei wird bei Eingewiesenen mit besonderen Sicherheitsrisiken in jedem Fall orientiert.

### **VI. Rechtsmittel**

#### **Art. 46**

Beschwerde  
1. Anstaltsintern

<sup>1</sup> Im besonderen Rechtsverhältnis kann mündlich verfügt werden. Die Betroffenen können eine schriftliche Verfügung verlangen.

<sup>2</sup> Gegen Verfügungen und Massnahmen des Vollzugsleiters sowie gegen alle Anordnungen und das Verhalten des Anstaltspersonals kann der In-sasse innert zehn Tagen schriftlich Beschwerde bei der Direktorin oder dem Direktor oder der Leiterin oder dem Leiter der betreffenden Vollzeugs-einrichtung führen.

<sup>3</sup> Der Beschwerde kommt keine aufschiebende Wirkung zu.

#### **Art. 47**

2. An das Amt  
und das  
Departement

<sup>1</sup> Entscheide und Verfügungen der Direktorin oder des Direktors können innert zehn Tagen seit Mitteilung mit Verwaltungsbeschwerde beim zuständigen Amt angefochten werden.

<sup>2</sup> Verfügungen und Beschwerdeentscheide des zuständigen Amtes können die Betroffenen oder die Staatsanwaltschaft schriftlich innert 30 Tagen an das vorgesetzte Departement weiterziehen.

<sup>3</sup> Die Beschwerdeinstanz kann der Beschwerde aufschiebende Wirkung erteilen.

**Art. 48**

Gegen Vollzugsverfügungen oder Beschwerdeentscheide des Departements können die Betroffenen und die Staatsanwaltschaft beim Kantonsgericht strafrechtliche Berufung einlegen. Berufung

**VII. Schlussbestimmungen****Art. 49**

Die nachstehenden Erlasse werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wie folgt geändert: Änderung bisherigen Rechts

**1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 12. Juni 1994 (EGzZGB)****Art. 3 Abs. 1 Ziff. 1**

<sup>1</sup> Das Bezirksgericht ist ohne Rücksicht auf den Streitwert insbesondere in folgenden Streitsachen zuständig:

1. Art. 28, 28a, **28b** Schutz der Persönlichkeit;

**Art. 8 Abs. 2**

<sup>2</sup> **Der Bezirksgerichtspräsident beurteilt Weiterzüge gegen die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4. Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach Artikel 61 bis 63 dieses Gesetzes.**

**Art. 15a**

<sup>1</sup> **Für die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ist die Kantonspolizei zuständig. Das Verfahren richtet sich nach dem Polizeigesetz.** 4. Die kantonale Verwaltung

<sup>2</sup> **Die Regierung kann eine Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen schaffen und bezeichnet die zuständige Stelle.**

**2. Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO) vom 8. Juni 1958**

**Art. 181 – Art. 192  
Aufgehoben**

**Art. 224 – Art. 226  
Aufgehoben**

### 3. Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG) vom 20. Oktober 2004

#### Art. 16

<sup>1</sup> Die Kantonspolizei kann die sofortige Ausweisung gemäss Artikel 28b Absatz 4 ZGB für längstens zehn Tage verfügen. Die Verfügung ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und:

- a) der ausgewiesenen Person und dem Opfer spätestens nach dem Einschreiten schriftlich abzugeben;
- b) dem Bezirksgerichtspräsidium und, sofern vormundschaftliche Massnahmen in Betracht kommen, der Vormundschaftsbehörde innert 24 Stunden zu übermitteln;
- c) der Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen mit allenfalls weiteren notwendigen Unterlagen zu übermitteln.

<sup>2</sup> Der Weiterzug der Verfügung der Kantonspolizei während der Ausweisung richtet sich nach dem Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch.

<sup>3</sup> Die Kantonspolizei informiert:

- a) das Opfer über die möglichen weiteren Verfahrensschritte;
- b) das Opfer und die Gewalt ausübende Person über Beratungsangebote.

<sup>4</sup> Die Beratungsstelle nimmt in den Fällen, in denen Personen nach Artikel 28b Absatz 4 ZGB ausgewiesen wurden, mit den Gewalt ausübenden Personen umgehend Kontakt auf. Wünscht eine Person keine Beratung, werden die von der Polizei übermittelten Daten und Unterlagen von der Beratungsstelle sofort vernichtet.

#### Art. 50

Übergangsrecht

<sup>1</sup> Bis zum Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 verfügt der örtlich zuständige Kreispräsident die Umwandlung von Bussen gemäss Artikel 5 Absatz 3 dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Bis zum Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) gehen die Kosten des Vollzugs von Massnahmen im Sinn von Artikel 7 dieses Gesetzes zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten.

#### Art. 51

Koordination mit  
Bündner NFA

<sup>1</sup> Werden Bestimmungen des Gesetzes über die Strafrechtspflege vom 8. Juni 1958 durch die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) und durch das vorliegende Gesetz geändert und tritt die Bündner NFA

gleichzeitig mit dem vorliegenden Gesetz oder nach diesem in Kraft, so richtet sich der Wortlaut dieser Bestimmungen nach Artikel 49 Ziffer 2 dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Sofern der Bündner NFA abgelehnt wird, erhalten die nachstehenden Bestimmungen folgenden Wortlaut:

- a) Artikel 7 Absatz 1: Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen gehen zu Lasten des Kantons. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen sind im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten zu verpflichten.
- b) Artikel 7 Absatz 2: Die Kosten des Vollzugs von Massnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkommen. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

#### **Art. 52**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum,  
Inkrafttreten

<sup>2</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.



## Lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun (lescha davart l'execuziun giudiziala; LExeG)

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala, suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 26 da matg 2009

concluda:

### I. En general

#### Art. 1

<sup>1</sup> Questa lescha regla l'execuziun da sancziuns penals sco er l'assistenza da rehabilitaziun e l'assistenza sociala. Sch'i n'existan naginas disposiziuns spezialas, è questa lescha ultra da quai applitgbla per las furmas da la privaziun da la libertad che vegnan menziunadas en l'artitgel 13.

Champ  
d'applicaziun

<sup>2</sup> Las directivas ch'èn vegnidas concluidas e ch'èn vegnidas decleradas sco liantas da la cumissiun d'execuziun da chastis da la Svizra orientala pon vegnir applitgadas directamain en cumplettaziun da questa lescha.

#### Art. 2

<sup>1</sup> L'execuziun da sancziuns penals ha la finamira d'evitar recidivas. Las personas sentenziadas vegnan promovidas uschenavant sco pussaivel en quai che riguarda il meglierament da l'abilitad da manar lur vita senza commetter acts chastiables.

Finamira da  
l'execuziun

<sup>2</sup> L'execuziun da sancziuns che priveschan da la libertad è concepida uschia, che las personas sentenziadas pon returnar pass per pass a las cundiziuns da viver en libertad. Las personas sentenziadas ston cooperar activamain per cuntanscher la finamira da l'execuziun.

<sup>3</sup> Mesiras per proteger la generalitad, il personal sco er las cumpraschunieras ed ils cumpraschuniers restan resalvadas.

**Art. 3**

Ordinaziun

La regenza regla en spezial ils detagls davart:

- a) las proceduras per preparar, per realisar e per terminar la lavur d'utilitad publica, ils chastis che priveschan da la libertad, las mesiras sco er il cumenzament anticipà da chastis e da mesiras;
- b) l'execuziun da sancziuns che priveschan da la libertad en instituziuns chantunalas, cunzunt ils dretgs e las obligaziuns da las persunas sentenziadas en il mintgadi da las instituziuns sco er las mesiras da segirezza e las mesiras disciplinaras;
- c) la realisaziun da l'assistenza da rehabilitaziun, da la controlla da las directivas e da l'assistenza sociala facultativa;
- d) l'arrest d'inquisiziun e l'arrest da segirezza sco er la fermanza da polizia;
- e) la collavuraziun da l'uffizi cumpetent en la procedura penala per giuvenils, e quai resguardond las directivas;
- f) l'obligaziun da la persuna sentenziada da surpigliar parzialmain ils custs tenor l'artitgel 380 dal cudesch penal.

**II. Execuziun da chastis e da mesiras****1. EXECUZIUN DA LAS SENTENZIAS****Art. 4**

Lavur d'utilitad publica, chastis che priveschan da la libertad e mesiras

<sup>1</sup> En ils cas ch'il cudesch penal deleghescha la cumpetenza per ordinar acts d'execuziun ad ina dretgira, è cumpetenta la dretgira che ha pronunzià la sentenza en l'emprima istanza.

<sup>2</sup> La regenza designescha ils uffizis ch'èn cumpetents per exequir la lavur d'utilitad publica, ils chastis che priveschan da la libertad e las mesiras, uschenavant ch'il cudesch penal, ch'il dretg penal per giuvenils u che auters relaschs na disponan nagut auter.

**Art. 5**

Chastis pecuniars e multas

<sup>1</sup> Chastis pecuniars e multas crodan – cun resalva d'intents speziels – a la cassa da las autoritads giudizialas u da las istanzas administrativas ch'èn stadas cumpetentas en l'emprima istanza. Quellas han er da procurar per l'incassament.

<sup>2</sup> Sch'il chasti pecuniar u sche la multa è vegnida remplazzada dal chasti subsidiar che privescha da la libertad u da la lavur d'utilitad publica, tutga il chasti pecuniar u la multa – en cas ch'el u ch'ella vegn pajà posteriuramain – a l'uffizi per l'execuziun giudiziala.

<sup>3</sup> En cas da multas ch'èn vegnidas pronunziadas d'ina istanza administrativa, dispona l'autorità giudiziala u chantunala cumpetenta – sin proposta da l'autorità executiva – ch'ellas vegnian



transformadas en lavur d'utilitad publica u en in chasti subsidiar che privescha da la libertad.

#### Art. 6

Sche la dretgira n'ha betg decidì autramain, fixescha la procura publica, tge che stoppia vegnir fatg cun objects ch'èn vegnids confiscads giudizialmain. Il retgav d'ina utilisaziun croda al chantun.

Disposiziun  
davart objects  
confiscads

## 2. CUSTS DA L'EXECUZIUN

#### Art. 7

<sup>1</sup> Ils custs d'execuziun dals chastis che priveschan da la libertad e da las mesiras penalas staziunaras van a quint dal chantun, nun che las persunas pertutgadas u nun che terzas persunas stettian bunas per il pajament.

Adossament  
dals custs

<sup>2</sup> Persunas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas pon vegnir obligadas da la dretgira sentenzianta u da l'autoritad executiva da sa participar als custs d'execuziun.

#### Art. 8

<sup>1</sup> Prestaziuns d'assicuranza che tutgan a la persuna sentenziada e ch'èn destinadas a tractaments sco er prestaziuns da l'assicuranza sociala vegnan duvradas per covrir ils custs.

Participaziun  
als custs

<sup>2</sup> La persuna sentenziada:

- a) paga las acquisiziuns personalas – cunzunt products da tubac, products da giudiment, artitgels da tualetta ed abunaments da gasettas –, ils custs dals congedis sco er las taxas per duvrar apparats da radio, da televisiun e da telefon;
- b) sto sa participar adequatamain als custs da la mesa-praschunia, da la lavur en l'externat sco er da l'alloschi e da la lavur en l'externat;
- c) surpiglia ils custs da las contribuziuns per assicuranzas socialas e per assicuranzas da malsauns sco er las franchisas e las resalvas personalas;
- d) surpiglia ils custs per mesiras spezialas da la furmaziun supplementara e per il repatriament, uschenavant che quai è pussaivel e raschunaivel per ella;
- e) surpiglia ils custs da tractaments ambulants ch'èn vegnids ordinads giudizialmain u uffizialmain, nun che quests custs vegnian surpigliads da terzas persunas u da la vischnanca, en la quala la persuna pertutgada aveva ses ultim domicil u sia ultima dimora.

**3. FURMAS SPEZIALAS DA L'EXECUZIUN****Art. 9**Furmas spezialas  
da l'execuziun

Furmas spezialas da l'execuziun pon vegnir realisadas en il rom da las permissiuns che vegnan concedidas da la confederaziun.

**4. EXECUZIUN DA SANCZIUNS DAL DRETG PENAL PER GIUVENILS****Art. 10**

Giuvnails

<sup>1</sup> Per l'execuziun da mesiras da protecziun e da chastis cunter giuvnails en il senn da l'artitgel 41 alinea 1 da la procedura penala per giuvnails è competenta la procura per giuvnails.

<sup>2</sup> Per incumbensa da la procura per giuvnails exequescha l'uffizi per l'execuziun giudiziala tut las mesiras da protecziun e tut ils chastis cunter giuvnails.

<sup>3</sup> Per la cooperaziun a l'execuziun da mesiras da protecziun e da chastis po la procura per giuvnails er consultar ils servetschs socials dal chantun u da las vischnancas.

<sup>4</sup> Las multas crodan a la cassa chantunala. Igl è chaussa dal chantun d'execuir las multas e d'incassar ils custs adossads.

**Art. 11**Disposiziuns  
generalas

Dal rest vegnan applitgads confirm al senn l'artitgel 43 DPG e las disposiziuns da questa lescha davart l'execuziun da chastis e da mesiras.

**III. Instituziuns d'execuziun****Art. 12**Instituziuns  
da l'execuziun  
da chastis  
e da mesiras

<sup>1</sup> Il chantun maina las instituziuns ch'èn necessarias per exequir ils chastis che priveschan da la libertad e las mesiras. Il cussegl grond procura en atgna cumpetenza per la construcziun e per il mantegniment da questas instituziuns tenor las prescripziuns dal cudesch penal e da las cunvegns interchantunalas.

<sup>2</sup> La regenza fa las cunvegns necessarias cun auters chantuns en il rom da la planisaziun interchantunala d'instituziuns per il cundiever da las atgnas instituziuns e per l'execuziun d'atgnas sentenzias en instituziuns extrachantunalas.

**Art. 13**

Las instituziuns per l'execuziun giudiziala dal Sennhof e da Realta sco er las autras instituziuns èn destinadas a l'execuziun:

Instituziuns per  
l'execuziun  
giudiziala ed  
autras instituziuns

- a) da chastis e da mesiras che priveschan da la libertad;
- b) da l'arrest d'inquisiziun, da l'arrest da segirezza e da l'arrest d'extradiziun;
- c) da chastis che priveschan da la libertad en furma da la mesa-praschunia e da l'execuziun a dis;
- d) da mesiras repressivas en il dretg da personas estras;
- e) da mesiras da protecciun e da chastis cunter giuvenils;
- f) da chastis e da mesiras che na pon temporarmain betg vegnir exequids en auters lieus, e quai per motivs da segirezza, per motivs disciplinars u per mancanza da piazza;
- g) da l'arrest da personas che vegnan transportadas;
- h) da la fermanza da polizia;
- i) da la privaziun da la libertad per motivs da provediment.

#### **IV. Execuziun da sancziuns penals en las instituziuns per l'execuziun giudiziala dal chantun**

##### **1. EN GENERAL**

**Art. 14**

<sup>1</sup> Las personas collocadas han il dretg che lur personalitad e che lur dignitad umana vegnian respectadas.

Dretgs da las  
personas  
collocadas

<sup>2</sup> Lur dretgs costituziunals e legals dastgan vegnir restrenschiids mo uschenavant, che la privaziun da la libertad e che la vita cuminaivla en l'instituziun d'execuziun pretendan quai.

<sup>3</sup> Las personas collocadas èn suttamessas a las restricziuns da lur libertad ch'èn previsas en questa lescha ed en ils relaschs executivs. Per mantegnair la segirezza u per evitar ch'il manaschi da l'instituziun vegnia disturbà, po la direcziun da l'instituziun d'execuziun ordinar ulteriuras restricziuns u ulteriuras mesiras.

**Art. 15**

<sup>1</sup> Per laschar sclerir eventuals disturbis da lur sanadad ston las personas ch'èn vegnidas collocadas da nov sa suttametter ad ina controlla corporala che vegn fatga da personas medicinalas spezialisadas.

Obligaziuns  
da las personas  
collocadas

<sup>2</sup> Las personas collocadas èn obligadas da sa suttametter ad in'expertisa psichiatica, sche l'autoritad collocanta ed executiva riguarda quai sco necessari per planisar l'execuziun.

<sup>3</sup> Las personas collocadas ston observar las prescripziuns d'execuziun e suandar tant las ordinaziuns da la direcziun e dal personal da l'instituziun d'execuziun sco er las ordinaziuns da l'autorità collocanta ed executiva cumpetenta. Ellas tralaschan tut quai che impedescha che l'execuziun e che las finamiras da l'execuziun possian vegnir realisadas en moda ordinada e tut quai che disturba la segirezza e l'urden.

## 2. COLLOCAZIUN, TRANSFERIMENT ED INTERRUPTIUN

### Art. 16

Princip I n'exista nagin dretg da vegnir collocà en ina tscherta instituziun.

### Art. 17

Abilitad d'expiar il chasti

<sup>1</sup> En cas d'inabilitad d'expiar il chasti vegn suspendida l'execuziun.

<sup>2</sup> Davart l'inabilitad d'expiar il chasti decida l'autorità executiva. L'inabilitad d'expiar il chasti po vegnir confermada mo tras in attest da la media u dal medi. Sch'in tal attest manca u sch'i dat dubis davart l'abilitad d'expiar il chasti, vegn quella controllada da la media u dal medi da l'instituziun d'execuziun ubain da la psichiatria u dal psichiater da l'instituziun d'execuziun.

<sup>3</sup> L'autorità executiva po ordinar en mintga cas ina controlla speziala. Il medem dretg ha la procura publica areguard las praschunieras ed areguard ils praschuniers d'inquisiziun.

<sup>4</sup> Igl è chausa da l'autorità executiva d'ordinar mesiras preventivas che daventan necessarias pervia da la segirezza publica. En cas da basegn infurmescha ella l'autorità tutelara cumpetenta. Questas duas autoritads prendan las mesiras necessarias en enclegientscha vicendaivla.

### Art. 18

Transferiment

<sup>1</sup> Per cuntinuar l'execuziun po l'autorità executiva transferir personas collocadas en in'autra instituziun d'execuziun:

- sche quai daventa necessari pervia da lur stadi, pervia da lur cumportament u pervia da lur segirezza;
- sche lur tractament pretenda quai;
- sche lur integraziun vegn cuntanschida meglier uschia;
- sch'i dat problems d'occupaziun.

<sup>2</sup> Il transferiment en ina clinica psichiatrica u en in ospital po vegnir fatg er sin basa d'ina disposiziun medicinala. Per cas urgents vegn la direcziun da l'instituziun d'execuziun autorisada da far quai.

L'autorità executiva vegn infurmada immediatamain davart il transferiment.

#### Art. 19

La permissiun per interromper il chasti tenor l'artitgel 92 dal cudesch penal po vegnir colliada cun cundiziuns davart il cumportament, davart l'occupaziun, davart il lieu da dimora, davart l'obligaziun d'annunzia sco er cun l'ordinaziun d'ina surveglianza u d'ina assistenza.

Interrupziun  
dal chasti

#### Art. 20

<sup>1</sup> Sch'ina mesira stazionara sto vegnir abolida u midada, vegn piazzada la persuna collocada en ina instituziun d'execuziun adattada, fin che la dretgira ha decidi, sche e quant enavant ch'il chasti suspendi vegn anc exequi ubain sch'i duai vegnir ordinà in'otra mesira.

Mesiras da  
segirezza

<sup>2</sup> En ils cas da l'artitgel 95 alinea 5 dal cudesch penal po l'autorità executiva ordinar l'arrest da segirezza, sch'i sto vegnir fatg quint seriusamain che la persuna relaschada commettia novs delicts cunter il corp e cunter la vita. Davart la continuaziun da l'arrest da segirezza decida la derschadra u il derschader d'arrest entaifer 48 uras suenter l'ordinaziun.

### 3. SEGIREZZA ED URDEN

#### Art. 21

<sup>1</sup> La persuna collocada è conresponsabla per ina vita cuminaivla ordinada en l'instituziun.

Princip

<sup>2</sup> Ils detagls vegnan reglads en l'urden da chasa ed en las directivas correspondentas.

#### Art. 22

<sup>1</sup> Per segirar l'execuziun èn admissiblas cunzunt las suandantas mesiras dal servetsch d'identificaziun:

Mesiras dal  
servetsch  
d'identificaziun

- a) far fotografias;
- b) far mesiraziuns e registrar segns corporals caracteristics;
- c) prender improntas dals dets;
- d) prender in'emprova da la spida u in'emprova da la mucosa da la bucca.

<sup>2</sup> Resalvadas restan las disposiziuns da la lescha davart ils profils dal DNA.

**Art. 23**Controllas,  
perquisiziuns

<sup>1</sup> La direcziun da l'instituziun d'execuziun po laschar perquirir las persunas collocadas, lur effects persunals e lur alloschi ed ordinar emprovas da l'urin, controllas dal flad, emprovas dal sang, emprovas dals chavels u la controlla externa d'averturas dal corp (perquisiziun corporala externa).

<sup>2</sup> Persunas collocadas che vegnan suspectadas da zuppar objects scumandads en lur corp, vi da lur corp u en averturas da lur corp, pon vegnir suttamessas ad ina perquisiziun corporala (perquisiziun corporala intima).

<sup>3</sup> Perquisiziuns corporalas externas ston vegnir fatgas da persunas da la medema schlattaina.

<sup>4</sup> Perquisiziuns corporalas intimas ston vegnir surdadas ad ina media u ad in medi.

**Art. 24**Mesiras da  
segirezza  
spezialas

<sup>1</sup> La direcziun da l'instituziun d'execuziun po ordinar mesiras da segirezza spezialas cunter ina persuna collocada, sch'igl exista – sin basa da ses cumportament u da ses stadi psychic – in privel augmentà ch'ella fugia, ch'ella commettia acts da violenza cunter saezza u cunter terzas persunas ubain ch'ella fetschia donnas materials.

<sup>2</sup> Sco mesiras da segirezza spezialas èn admissiblas:

- a) retrair u retegnair objects;
- b) observar durant il di e/u durant la notg;
- c) separar dad autras cumpraschunieras e dad auters cumpraschuniers;
- d) retrair u restrenscher il tratagniment en il liber;
- e) collocar en in local ch'è segirà spezialmain e che na cuntegna nagins objects pericolitants;
- f) liar.

<sup>3</sup> Las mesiras tenor l'alinea 1 literas a, c ed e èn er admissiblas, sch'il privel da la liberaziun u sch'in disturbi considerabel da l'urden en l'instituziun d'execuziun na po betg vegnir evità autramain.

<sup>4</sup> Sin ordinaziun da la direcziun da l'instituziun d'execuziun èsi admess da liar ina persuna collocada per la sortida, per la preschentaziun u per il transport er alura, sch'igl exista in privel da fugia augmentà per auters motivs che quels da l'alinea 1.

<sup>5</sup> Las mesiras da segirezza spezialas dastgan vegnir mantegnidas mo sche e mo uschè ditg che lur intent pretenda quai.

**Art. 25**

Arrestaziuns

Sch'ina persuna collocada è mitschada u sch'ella sa trategna uschiglio senza permissiun ordaifer l'instituziun d'execuziun, vegni ordinà

immediatamain ch'ella vegnia arrestada e manada enavos. L'autorità collocanta sto vegnir infurmada da quai. Il persunal da l'instituziun d'execuziun la po arrestar senza e la po manar enavos senza en l'instituziun.

#### 4. SFORZ DIRECT

##### Art. 26

<sup>1</sup> Il sforz direct po vegnir applitgà cunter persunas collocadas che sa cumportan en moda renitenta u violenta ubain per evitar lur fugia u per las rearrestar. Princip

<sup>2</sup> Cunter autras persunas che sa trategnan illegalmain sin l'areal da l'instituziun d'execuziun, ch'emprovan d'entrar cun forza u che vulan liberar persunas collocadas èsi admissibel da duvrar il sforz direct, sche l'intent che duai vegnir cuntanschi na po betg vegnir cuntanschi autramain.

##### Art. 27

<sup>1</sup> En cas d'ina chauma da la fom po la direcziun da l'instituziun d'execuziun ordinar in nutriment sfurzà che sto vegnir fatg sut la direcziun e cun la participaziun d'ina media u d'in medi, sch'igl exista in privel da mort u in privel gravant per la persuna pertutgada. Nutriment sfurzà

<sup>2</sup> Uscheditg ch'ins po partir dal fatg che la persuna pertutgada possia exercitar libramain sia voluntad, na datti naginas intervenziuns da vart da l'instituziun d'execuziun.

##### Art. 28

<sup>1</sup> Las suandantas disposiziuns davart la medicaziun sfurzada valan per persunas ch'èn vegnidadas collocadas en ina instituziun d'execuziun grischuna, sche: Medicaziun sfurzada  
1. champ d'applicaziun,  
princip

a) ina sancziun penala, cunzunt ina mesira ch'è vegnida ordinada tras ina dretgira, sto vegnir exequida; e

b) ellas èn cumpatiblas cun l'intent concret da la sancziun.

<sup>2</sup> Ina medicaziun sfurzada en il senn da questa lescha è ina mesira che vegn exequida senza il consentiment da la persuna pertutgada, e quai cun la finamira da mantegnair u da meglierar ses stadi da sanadad ubain da proteger terzas persunas.

<sup>3</sup> Ils dretgs generalis e las obligaziuns generalas da las persunas collocadas valan er tar l'ordinaziun da medicaziuns sfurzadas, uschenavant ch'i n'è determinà nagut auter.

**Art. 29**

2. premissas

Medicaziuns sfurzadas èn admissiblas mo, sche mesiras voluntaras han disditg u na stattan betg a disposiziun e sche:

- a) il cumportament da la persuna pertutgada periclitescha grevaimain sia atgna segirezza u sia atgna sanadad; u
- b) in privel direct per il corp e per la vita da terzas persunas duai vegnir evità; u
- c) in disturbi gravant da la vita cuminaivla sto vegnir eliminà, en cas che la persuna pertutgada demussa in cumportament social disturbà u ha in potenzial destructiv considerabel.

**Art. 30**

3. disposiziuns generalas

<sup>1</sup> Davart l'ordinaziun, davart la realisaziun e davart la finiziun d'ina medicaziun sfurzada decida unicamain la direcziun, e quai suenter avair tadlà la media competenta u il medi competent da l'instituziun d'execuziun.

<sup>2</sup> I ston vegnir prendidas tut las mesiras per pudair evitar medicaziuns sfurzadas. A las persunas pertutgadas sto vegnir laschada la libertad da decider, uschenavant che quai è cumpatibel cun lur atgna segirezza e cun la segirezza publica.

<sup>3</sup> I sto mintgamai vegnir tschernida la mesira repressiva la pli moderada. Ella dastga durar mo uschè ditg sco quai che las premissas giustifitgantas èn dadas.

**Art. 31**

4. scleriment

<sup>1</sup> Avant che decider per ina medicaziun sfurzada sto la persuna pertutgada vegnir sclerida davart la mesira ordinada e davart il dretg da far recurs, uschenavant ch'i na smanatscha betg in privel tras il retardament. Las confamigliaras ed ils confamigliars u ina persuna designada che stat datiers pon vegnir infurmads immediatamain ed en furma adequata.

<sup>2</sup> Er sche la decisiun è vegnida communitgada ordavant a bucca a la persuna pertutgada, sto la decisiun vegnir communitgada posteriuramain en scrit ensemen cun la motivaziun e cun l'indicaziun dals meds legals.

<sup>3</sup> L'instituziun d'execuziun sto infurmar immediatamain l'autorità collocanta sco er la media chantunala u il medi chantunal, sch'ella ordinescha ina medicaziun sfurzada.



**Art. 32**

La persuna pertutgada, sias confamigliaras e ses confamigliars u ina persuna che stat datiers pon recurrer cunter l'ordinaziun da la medicaziun sfurzada tar l'uffizi cumpetent, e quai en scrit entaifer 10 dis.

5. recurs

**5. SANADAD ED ASSISTENZA****Art. 33**

<sup>1</sup> Igl è scumandà da consumar, da posseder e da far commerzi cun alcohol, cun medicaments betg ordinads sco er cun narcotics u cun substanzas che han in effect sumegliant.

Medicaments  
e products da  
giudiment

<sup>2</sup> L'instituziun d'execuziun procura per las controllas necessarias (sco p.ex. emprovas da l'urin, dal sang, da la spida, dals chavels, da la mucosa da la bucca, tests d'alcohol tras suflar). Sch'il resultat dal test è positiv, van ils custs a quint da la persuna collocada.

**Art. 34**

<sup>1</sup> Sch'ils custs per il tractament medicinal na vegnan betg cuvrids tras la dunsena, tras las cassas da malsauns u tras las assicuranzas, van quests custs a quint dal chantun collocant.

Custs dal  
tractament

<sup>2</sup> Ils custs per ina dimora en l'ospital u ils custs da tractament per malsognas u per accidents che existivan u ch'èn vegnids subids gia avant che entrar en l'instituziun d'execuziun, ston vegnir surpigliads da la persuna collocada u dal chantun collocant. Il medem vala – cun excepziun da cas d'urgenza – per blessuras u per malsognas ch'èn vegnidas chaschunadas intenziunadamain en l'instituziun d'execuziun.

<sup>3</sup> Avant mintga tractament suspensibel sto vegnir scleri cun il post collocant, tgi che surpiglia ils custs. Sch'i n'è betg garanti ch'ils custs sajan cuvrids, sto la persuna collocada pajiar in deposit.

<sup>4</sup> Ils custs per il tractament da blessuras u da malsognas che la persuna collocada ha subì a chaschun d'in trategniment scumandà ordaifer l'instituziun d'execuziun sto ella surpigliar sezza.

## 6. CONTACTS ENTAIFER LAS INSTITUZIUNS D'EXECUZIUN E TRAFFIC CUN IL MUND EXTERIUR

### Art. 35

Contact tranter  
las persunas  
collocadas

Uschenavant ch'i na vegnan betg relaschadas directivas spezialas per motivs disciplinars u per auters motivs, na vegn il contact a bucca ed en scrit tranter las persunas collocadas betg restrenschi.

### Art. 36

Traffic cun il  
mund exteriur

En cas d'indizis d'abus u en cas d'abus effectivs èsi pussaivel da restrenscher u da survegliar er il traffic postal, ils discurs da telefon u las visitas d'advocatas e d'advocats, da spiritualas e da spirituals sco er da medias e da medis.

## 7. FATGS DISCIPLINARS

### Art. 37

Delicts  
disciplinars

<sup>1</sup> Cuntravenziuns cunter questa lescha, cunter l'ordinaziun davart l'execuziun giudiziala, cunter l'urden da chasa e cunter autras regulaziuns da las instituziuns d'execuziun sco er cuntravenziuns cunter il plan d'execuziun vegnan chastiadas sco delicts disciplinars.

<sup>2</sup> En cas levs poi vegnir renunzià a mesiras disciplinaras, sch'il delict disciplinar po vegnir liquidà en outra moda.

<sup>3</sup> Sco delicts disciplinars grevs valan ils suandants delicts:

- a) violenzas, smanatschas u in cumportament maldeschent visavi il persunal, visavi cumpraschunieras e visavi cumpraschuniers u visavi terzas persunas;
- b) rumper ord praschun, fugir ord praschun, empruvar da fugir e gidar a fugir;
- c) refusar da lavurar ed instigar a la refusa da lavurar sco er betg returnar d'ina occupaziun externa, da la sortida u dal congedi;
- d) returnar d'ina occupaziun externa, da la sortida u dal congedi en in stadi alcoholisà u sut l'influenza da drogas;
- e) far intenziunadamain donns materials en ina dimensiun pli gronda;
- f) introducir, producir, posseder e dar vinavant armas, objects sumegliants ad armas u objects ch'èn adattads da vegnir duvrads sco armas privlusas;
- g) introducir, posseder, producir, consumar e far commerzi cun drogas e cun alcohol;
- h) introducir, exportar e dar vinavant objects, scrittiras e daner blut cun guntgir la controlla;

- i) tgirar contacts scumandads cun persunas ordaifer l'instituziun d'execuziun;
- j) disturbar grevaimain l'urden e la segirezza;
- k) delicts che pon vegnir persequitads mo sin proposta, uschenavant ch'i vegn renunzià ad in plant penal.

**Art. 38**

1 Las suandantas mesiras disciplinas èn admissiblas:

Mesiras  
disciplinas

- a) reprimanda;
- b) restricziun u privaziun dal dretg da disponer da meds finanzials, e quai fin 3 mais;
- c) exclusiun da la participaziun ad activitads comunablas u ad activitads da temp liber, ad occurrenzas ed a curs, e quai fin 3 mais – en cas da repetiziun fin 6 mais;
- d) restricziun u privaziun da medias scrittas u electronicas sco er dal possess d'apparats per la reproducziun da tuns e da maletgs, e quai fin 2 mais – en cas da repetiziun fin 6 mais;
- e) restricziun u privaziun dal dretg da visita e da corrispondenza, e quai fin 3 mais;
- f) scumond da sortida e da congedi, e quai fin 6 mais;
- g) multa fin a 200 francs;
- h) serrar en la cella u en la chombra, e quai fin 14 dis;
- i) arrest fin 20 dis.

<sup>2</sup> Pliras mesiras disciplinas pon vegnir colliadas ina cun l'autra. Igl è scumandà d'ordinar il medem mument in arrest ed ina multa.

<sup>3</sup> La restricziun u la privaziun dals contacts externs e dal dretg da visita sco er il scumond da sortida e da congedi dastgan vegnir ordinads mo, sch'il delict disciplinar stat en connex cun il diever da quests dretgs. Resalvà resta en mintga cas il traffic cun autoritads, cun represchentants legalas e cun represchentants legals sco er cun spiritualas e cun spirituals.

<sup>4</sup> L'arrest è admissibel mo en cas da delicts disciplinars grevs u repetids.

**Art. 39**

<sup>1</sup> Objects ch'èn vegnids duvrads per commetter cuntravenziuns disciplinas vegnan mess en segirezza. Els vegnan mess tar ils effects persunals, sche lur proprietad po vegnir constatada.

Metter en  
segirezza e  
confiscar

<sup>2</sup> Sche quai n'è betg pussaivel u sch'ils objects èn adattads per in diever illegal, vegnan els utilisads a favur d'in fond per sustegnair persunas arrestadas u relaschadas, u vegnan destruids, sch'ina utilizaziun n'è betg pussaivla.

**Art. 40**

Restricziuns per  
geners d'arrest  
speziels

<sup>1</sup> Tar l'execuziun averta, tar la mesa-praschunia e tar la lavur en l'externat pon las mesiras disciplinaras tenor l'artitgel 38 literas c, d ed e vegnir pronunziadas per maximalmain l mais.

<sup>2</sup> Tar la mesa-praschunia e tar la lavur en l'externat po vegnir pronunzià in scumond da sortida u da congedi da maximalmain l mais.

<sup>3</sup> Per l'arrest administrativ tenor il dretg da persunas estras valan las disposiziuns correspondentas da la legislaziun introductiva chantunala.

**Art. 41**

Transferiment  
preventiv

Tar delicts disciplinaras grevs u repetids po vegnir ordinà – ensemen cun la decisiun disciplinara – in transferiment preventiv che dura fin a la decisiun da l'autorità collocanta, e quai:

- a) da l'execuziun averta vi en l'execuziun serrada;
- b) da la mesa-praschunia u da la lavur en l'externat vi en l'execuziun averta u serrada;
- c) da l'alloschi en l'externat vi en la lavur en l'externat u vi en l'execuziun averta u serrada.

**Art. 42**

Cumpetenza per  
decisiuns  
disciplinaras

<sup>1</sup> Mesiras disciplinaras vegnan ordinadas da la direcziun da l'instituziun d'execuziun.

<sup>2</sup> Sche la cuntravenziun sa drizza cunter la direcziun, decida l'uffizi cumpetent.

<sup>3</sup> Mesiras disciplinaras ston per regla vegnir exequidas en quella instituziun d'execuziun, da la quala la direcziun ha ordinà questas mesiras.

<sup>4</sup> Mesiras disciplinaras ch'èn vegnidas ordinadas cunter ina persuna collocada en in'otra instituziun d'execuziun u durant l'arrest d'inquisiziun, vegnan exequidas tenor pussaivladad e sin dumonda.

**Art. 43**

Dretg applitgabel

<sup>1</sup> Per giuditgar delicts disciplinaras vegnan applitgadas analogamain las disposiziuns da la part generala dal cudesch penal.

<sup>2</sup> Dal rest vegnan applitgadas las directivas da la cumissiun d'execuziun da chastis da la Svizra orientala davart il dretg disciplinar en las instituziuns dal concordat.

## V. Comunicaziun da datas da personas

### Art. 44

<sup>1</sup> Sunter ch'ina persuna è vegnida sentenziada cun vigur legala, tramettan las autoritads da persecuziun penala e las dretgiras – sin palpìri u en furma electronica – tut las actas ch'èn necessarias per l'execuziun al post ch'è cumpetent per l'execuziun dal chasti, sche quel pretenda quai.

Uffizis e personas  
pertutgadas

<sup>2</sup> En il rom da lur activitad uffiziala han las collavuraturas ed ils collavurats che lavuran en l'execuziun il dretg da prender invista da tut las actas d'inquisiziun, da dretgira, d'execuziun e da terapia ch'èn vegnidas fatgas davart ina persuna, sche quai è adattà e necessari per ademplir lur incumbensas concretas.

<sup>3</sup> Mintga persuna ha il dretg da prender invista da las actas d'execuziun che vegnan manadas davart ella sezza. Las actas d'execuziun cumpiglian las actas fundamentalas da la procedura d'inquisiziun e da la procedura giudiziala sco er las expertisas, ils rapports, ils protocols e las disposiziuns ch'èn impurtants per la procedura d'execuziun. L'invista da las actas u l'infurmaziun dastga vegnir suspendida, restrenschiada u refusada en cas d'interess publics predominants u en cas d'interess predominants da terzas personas.

### Art. 45

<sup>1</sup> Sche las suandantas personas dumondan quai en scrit, las infurmescha il post cumpetent davart il cumenzament dal chasti u da la mesira d'ina persuna sentenziada, davart ses congedi, davart ses transferiment e davart sia relaschada:

Terzas personas

- a) victimas d'acts chastiabels da la persuna sentenziada, sche quests acts han disturbà considerablmain lur integritad corporala, sexuala u psichica;
- b) autras personas che pon cumprovar – visavi la persuna sentenziada – in interess superiur vi da l'infurmaziun, il qual è degn da vegnir protegi.

<sup>2</sup> La polizia chantunala vegn infurmada en mintga cas tar personas collocadas cun ristgas da segirezza spezialas.

## VI. Meds legals

### Art. 46

<sup>1</sup> En la relaziun giuridica speziala po vegnir relaschada ina disposiziun a bucca. Las personas pertutgadas pon pretender ina disposiziun en scrit.

Recurs  
1. entaifer  
l'instituziun

<sup>2</sup> Cunter disposiziuns e cunter mesiras da la manadra u dal manader da l'execuziun sco er cunter tut las ordinaziuns e cunter il cumportament dal personal da l'instituziun po la persuna collocada recurrer en scrit tar la directura u tar il directur ubain tar la manadra u tar il manader da l'instituziun d'execuziun respectiva, e quai entaifer 10 dis.

<sup>3</sup> Il recurs n'ha betg in effect suspensiv.

#### Art. 47

2. a l'uffizi ed al departament

<sup>1</sup> Cunter decisziuns e cunter disposiziuns da la direcziun poi vegnir fatg recurs administrativ tar l'uffizi cumpetent, e quai entaifer 10 dis dapi la comunicaziun.

<sup>2</sup> Cunter disposiziuns e cunter decisziuns da recurs da l'uffizi cumpetent pon las personas pertutgadas u la procura publica recurrer en scrit tar il departament superiur, e quai entaifer 30 dis.

<sup>3</sup> L'istanza da recurs po dar in effect suspensiv al recurs.

#### Art. 48

Appellaziun

Cunter disposiziuns executivas u cunter decisziuns da recurs dal departament pon las personas pertutgadas u la procura publica appellar tar la dretgira chantunala.

### VII. Disposiziuns finalas

#### Art. 49

Midada dal dretg vertent

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegnan midads ils relaschs qua sutvast sco suonda:

#### 1. Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer dals 12 da zercladur 1994 (LItCCS)

##### Art. 3 al. 1 cifra 1

<sup>1</sup> La dretgira districtuala è cumpetenta en spezial per las sequentas chaussas en disputa, e quai senza resguardar la valur en disputa:

1. art. 28, 28a, **28b** protecziun da la personalitad;

##### Art. 8 al. 2

<sup>2</sup> Il president da la dretgira districtuala giuditgescha recurs cunter l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4. La procedura sa drizza conform al senn tenor ils artitgels 61 fin 63 da questa lescha.

**Art. 15a**

<sup>1</sup> Per l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4 è competenta la polizia chantunala. La procedura sa drizza tenor la lescha da polizia. 4. administra-  
ziun chantunala

<sup>2</sup> La regenza po installar in post da cussegliaziun per personas violentas e designescha il post competent.

**2. Lescha davart la procedura penala (PP) dals 8 da zercladur 1958**

**Art. 181 fin art. 192  
aboli**

**Art. 224 fin art. 226  
aboli**

**3. Lescha da polizia dal chantun Grischun (LPol)  
dals 20 d'october 2004**

**Art. 16**

<sup>1</sup> La polizia chantunala po disponer l'expulsiun immediata tenor l'artitgel 28b alinea 4 CCS per maximalmain 10 dis. La disposiziun sto esser munida cun ina indicaziun dals meds legals e:

- a) sto vegnir dada en scrit a la persuna expulsada ed a la victima il pli tard suenter l'intervenziun;
- b) sto vegnir communitgada al presidi da la dretgira districtuala e, premiss che mesiras tutelaras vegnian en dumonda, a l'autoritat tutelara entaifer 24 uras;
- c) sto vegnir communitgada al post da cussegliaziun per personas violentas, eventualmain cun ulteriurs documents necessaris.

<sup>2</sup> Il recurs cunter la disposiziun da la polizia chantunala durant l'expulsiun sa drizza tenor la lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer.

<sup>3</sup> La polizia chantunala infurmescha:

- a) la victima davart eventuels ulteriurs pass da la procedura;
- b) la victima e la persuna violenta davart purschidas da cussegliaziun.

<sup>4</sup> En ils cas, en ils quals personas èn vegnidas expulsadas tenor l'artitgel 28b alinea 4 CCS, contactescha il post da cussegliaziun immediatamain las personas violentas. Sch'ina persuna na

**giavischa betg ina cussegliaziun, vegnan las datas ed ils documents ch'èn vegnids transferids da la polizia destruids immediatamain dal post da cussegliaziun.**

**Art. 50**

Dretg transitoric

<sup>1</sup> Fin a l'entrada en vigur da la procedura penala svizra dals 5 d'october 2007 dispona la presidenta cirquitala ch'è localmain competenta u il president cirquital ch'è localmain competent la transfurmaziun da multas tenor l'artitgel 5 alinea 3 da questa lescha.

<sup>2</sup> Fin a l'entrada en vigur da la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter il chantun e las vischnancas (NGF grischuna) van ils custs da l'execuziun da mesiras en il senn da l'artitgel 7 da questa lescha a quint da la vischnanca, en la quala las persunas pertutgadas avevan lur ultim domicil u lur ultima dimora.

**Art. 51**

Coordinaziun cun la NGF grischuna

<sup>1</sup> Sche las disposiziuns da la lescha davart la procedura penala dals 8 da zercladur 1958 vegnan midadas tras la nova concepziun da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter il chantun e las vischnancas (NGF grischuna) e tras la lescha qua avant maun e sche la NGF grischuna entra en vigur a medem temp sco la lescha qua avant maun u suenter quella, sa drizza il text da questas disposiziuns tenor l'artitgel 49 cifra 2 da questa lescha.

<sup>2</sup> Sche la NGF grischuna vegn refusada, survegnan las disposiziuns qua sutvart la suandanta formulaziun:

- a) Artitgel 7 alinea 1: Ils custs d'execuziun dals chastis che priveschan da la libertad van a quint dal chantun. Persunas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas ston vegnir obligadas en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.
- b) Artitgel 7 alinea 2: Ils custs da l'execuziun da mesiras van a quint da la vischnanca, en la quala las persunas pertutgadas avevan lur ultim domicil u lur ultima dimora, uschenavant che betg las persunas pertutgadas u terzas persunas na stattan bunas per il pajament. Persunas sentenziadas en bunas relaziuns finanzialas pon vegnir obligadas en la sentenza da sa participar als custs d'execuziun.

**Art. 52**

Referendum, entrada en vigur

<sup>1</sup> Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

<sup>2</sup> La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.



## Legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni (LEG)

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;  
visto il messaggio del Governo del 26 maggio 2009,

decide:

### I. In generale

#### Art. 1

<sup>1</sup> La presente legge disciplina l'esecuzione di sanzioni penali, nonché l'assistenza riabilitativa e l'assistenza sociale volontaria. In assenza di disposizioni particolari, la legge è applicabile anche alle forme di privazione della libertà menzionate all'articolo 13. Campo d'applicazione

<sup>2</sup> Le direttive decise e dichiarate vincolanti dalla Commissione della Svizzera orientale per l'esecuzione delle pene sono direttamente applicabili a complemento della presente legge.

#### Art. 2

<sup>1</sup> L'obiettivo dell'esecuzione di sanzioni penali è la prevenzione di recidive. I condannati vengono per quanto possibile sostenuti nel miglioramento delle loro capacità di vivere esenti da pene. Obiettivo dell'esecuzione

<sup>2</sup> L'esecuzione di sanzioni privative della libertà è orientata a un ritorno graduale alla vita in libertà. Il condannato deve collaborare attivamente al raggiungimento dell'obiettivo dell'esecuzione.

<sup>3</sup> Sono fatte salve misure volte alla protezione della collettività, del personale e degli altri detenuti.

#### Art. 3

Il Governo disciplina i dettagli in particolare riguardo:

- a) alle procedure per la preparazione, lo svolgimento e la conclusione del lavoro di utilità pubblica, delle pene detentive e delle misure, nonché dell'espiazione anticipata delle pene detentive e delle misure; Ordinanza

- b) all'esecuzione di sanzioni privative della libertà in istituzioni statali, segnatamente i diritti e i doveri dei condannati nella vita quotidiana del penitenziario, nonché le misure di sicurezza e disciplinari;
- c) allo svolgimento dell'assistenza riabilitativa, del controllo delle norme di condotta e dell'assistenza sociale volontaria;
- d) al carcere preventivo e di sicurezza e al fermo preventivo di polizia;
- e) alla collaborazione, relativa alle norme di condotta, dell'Ufficio competente nella procedura penale minorile;
- f) ai dettagli sull'obbligo dei condannati ad assumersi una parte delle spese conformemente all'articolo 380 CP.

## II. Esecuzione delle pene e delle misure

### 1. ESECUZIONE DELLE SENTENZE

#### Art. 4

Lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure

<sup>1</sup> Nei casi in cui il Codice penale conferisce a un tribunale la competenza per ordinare atti d'esecuzione, la competenza spetta al tribunale che ha emesso la sentenza di prima istanza.

<sup>2</sup> Il Governo designa gli uffici competenti per l'esecuzione di lavoro di pubblica utilità, pene detentive e misure, nella misura in cui il codice penale, il diritto penale minorile o altri atti normativi non dispongano diversamente.

#### Art. 5

Pene pecuniarie e multe

<sup>1</sup> Le pene pecuniarie e le multe spettano alla cassa delle autorità giudiziarie o amministrative di prima istanza, a cui compete pure la riscossione, a meno che non vengano destinate a un uso particolare.

<sup>2</sup> Se al posto di una pena pecuniaria o di una multa è subentrata la pena detentiva sostitutiva o il lavoro di pubblica utilità, in caso di successivo pagamento la pena pecuniaria o la multa spetta all'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria.

<sup>3</sup> La competente autorità giudiziaria o cantonale, su proposta dell'autorità esecutiva, decide la commutazione di multe inflitte da un'autorità amministrativa in lavoro di pubblica utilità o in una pena sostitutiva.

#### Art. 6

Competenza sugli oggetti confiscati e devoluti allo Stato

Se il tribunale non decide altrimenti, la Procura pubblica stabilisce cosa si debba fare degli oggetti confiscati giudizialmente. Il ricavo di un'utilizzazione spetta al Cantone.

## 2. SPESE DI ESECUZIONE

### Art. 7

<sup>1</sup> Le spese dell'esecuzione delle pene detentive e delle misure penali stazionarie sono a carico del Cantone, per quanto non siano a carico degli interessati o di terzi. Assunzione delle  
spese

<sup>2</sup> I condannati in buone condizioni finanziarie possono essere obbligati a partecipare alle spese d'esecuzione dal tribunale giudicante dall'autorità esecutiva.

### Art. 8

<sup>1</sup> Le prestazioni assicurative per trattamenti, nonché le prestazioni sociali spettanti al condannato vengono impiegate per coprire le spese. Partecipazione  
alle spese

<sup>2</sup> Il condannato:

- a) paga acquisti personali, in particolare tabacchi, generi voluttuari, articoli da toilette e abbonamenti a giornali, spese per congedi, nonché le tasse per l'utilizzazione di apparecchi radio, televisivi e telefonici;
- b) deve partecipare in misura adeguata alle spese di semiprigionia, di lavoro in esternato, nonché di alloggio e lavoro in esternato;
- c) si assume le spese per i contributi all'assicurazione sociale e all'assicurazione malattia, nonché le franchigie e le aliquote percentuali;
- d) si assume le spese per particolari misure di perfezionamento e di rimpatrio, per quanto possibile ed esigibile;
- e) si assume le spese di trattamenti ambulatoriali ordinati dal tribunale o dall'autorità, qualora non se ne facciano carico terzi o il comune nel quale la persona interessata aveva l'ultimo domicilio o l'ultima dimora.

## 3. FORME DI ESECUZIONE PARTICOLARI

### Art. 9

Forme di esecuzioni particolari possono essere svolte nei limiti delle autorizzazioni rilasciate dalla Confederazione. Forme di  
esecuzione  
particolari

## 4. ESECUZIONE DI SANZIONI DI DIRITTO PENALE MINORILE

### Art. 10

<sup>1</sup> Per l'esecuzione delle pene e delle misure protettive nei confronti di minori ai sensi dell'articolo 41 capoverso 1 PPMIn è competente la Procura dei minorenni. Minori

<sup>2</sup> Su incarico della Procura dei minorenni, l'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria esegue tutte le misure protettive e le pene nei confronti di minori.

<sup>3</sup> Per la collaborazione nell'esecuzione di pene e misure protettive, la Procura dei minorenni può ricorrere anche ai servizi sociali del Cantone o dei comuni.

<sup>4</sup> Le multe spettano alla Cassa di Stato. La riscossione delle multe e delle spese addebitate è compito del Cantone.

#### **Art. 11**

Disposizioni generali

Per il resto si applica per analogia l'articolo 43 DPMIn e le disposizioni di questa legge sull'esecuzione delle pene e delle misure.

### **III. Istituzioni d'esecuzione**

#### **Art. 12**

Istituzioni per l'esecuzione di pene e misure

<sup>1</sup> Il Cantone gestisce le istituzioni necessarie per l'esecuzione di pene detentive e di misure. Il Gran Consiglio cura la costruzione e la manutenzione di questi stabilimenti secondo le norme del codice penale svizzero e delle convenzioni internazionali.

<sup>2</sup> Il Governo stipula gli accordi necessari con altri Cantoni, nell'ambito della pianificazione intercantonale dei penitenziari, circa l'accoglimento di persone di altri Cantoni nei propri stabilimenti e l'esecuzione di proprie sentenze in stabilimenti fuori Cantone.

#### **Art. 13**

Penitenziari e altre istituzioni

I penitenziari Sennhof e Realta, nonché le altre istituzioni servono all'esecuzione:

- a) di pene e misure privative della libertà;
- b) della detenzione preventiva, di sicurezza e in vista di estradizione;
- c) di pene detentive in regime di semiprigionia, sotto forma di esecuzione per giorni;
- d) di misure coercitive nel diritto degli stranieri;
- e) di misure protettive applicate e pene inflitte a minori;
- f) di pene e misure che per motivi di sicurezza, disciplinari o di spazio non possono temporaneamente essere eseguite altrove;
- g) della detenzione di persone che vengono trasferite;
- h) del fermo di polizia;
- i) della privazione della libertà a fini assistenziali.

## IV. Esecuzione di sanzioni penali nei penitenziari del Cantone

### 1. IN GENERALE

#### Art. 14

<sup>1</sup> I collocati hanno diritto al rispetto della loro personalità e della loro dignità umana. Diritti dei collocati

<sup>2</sup> I loro diritti costituzionali e legali possono essere limitati solo per quanto ciò sia richiesto dalla privazione della libertà e dalla convivenza nell'istituzione d'esecuzione.

<sup>3</sup> I collocati sono soggetti alle limitazioni della loro libertà previste dalla presente legge e dagli atti esecutivi. Per mantenere la sicurezza o per prevenire turbamenti nell'esercizio, la direzione dell'istituzione d'esecuzione può disporre ulteriori limitazioni o misure.

#### Art. 15

<sup>1</sup> Al fine di accertare eventuali pregiudizi alla salute, i nuovi collocati devono sottoporsi a una visita personale effettuata da personale medico specializzato. Obblighi dei collocati

<sup>2</sup> I collocati sono tenuti a sottoporsi a una perizia psichiatrica, se l'autorità di collocamento e d'esecuzione lo ritiene necessario per la pianificazione dell'esecuzione.

<sup>3</sup> I collocati devono rispettare le prescrizioni concernenti l'esecuzione e devono dare seguito alle disposizioni della direzione e del personale dell'istituzione d'esecuzione, nonché della competente autorità di collocamento e d'esecuzione. Essi si astengono da qualsiasi azione che comprometta lo svolgimento ordinato dell'esecuzione, il raggiungimento degli obiettivi dell'esecuzione, nonché il mantenimento della sicurezza e dell'ordine.

### 2. COLLOCAMENTO, TRASFERIMENTO E INTERRUZIONE

#### Art. 16

Non vi è alcun diritto al collocamento in un determinato penitenziario. Principio

#### Art. 17

<sup>1</sup> In caso di inidoneità alla detenzione l'esecuzione viene sospesa. Idoneità alla detenzione

<sup>2</sup> In merito all'idoneità decide l'autorità d'esecuzione. L'inidoneità alla detenzione può essere attestata soltanto tramite un certificato medico. Se questo manca rispettivamente se sussistono dubbi sull'idoneità alla

detenzione, essa sarà verificata dal medico o dallo psichiatra dell'istituzione d'esecuzione.

<sup>3</sup> L'autorità esecutiva può in ogni caso disporre una visita speciale. La stessa competenza spetta alla procura pubblica per quanto riguarda le persone in carcere preventivo.

<sup>4</sup> All'autorità esecutiva spetta la competenza di disporre misure provvisoriale necessarie per motivi di sicurezza pubblica. In caso di necessità, essa informa la competente autorità tutoria. Entrambe decidono di comune accordo le misure necessarie.

### Art. 18

Trasferimento

<sup>1</sup> L'autorità esecutiva può trasferire i collocati in un'altra istituzione d'esecuzione per la continuazione dell'esecuzione se

- a) il loro stato, il loro comportamento o la sicurezza lo rendono necessario;
- b) lo richiede il loro trattamento;
- c) in questo modo migliorano le loro possibilità di inserimento;
- d) vi sono problemi di occupazione.

<sup>2</sup> Il trasferimento in una clinica psichiatrica o in un ospedale può anche avvenire su ordine medico. La direzione dell'istituzione d'esecuzione è autorizzata a disporre il trasferimento in casi urgenti. L'autorità esecutiva viene informata senza indugio del trasferimento.

### Art. 19

Interruzione della pena

L'autorizzazione dell'interruzione della pena secondo l'articolo 92 CP può essere legata a condizioni sul comportamento, sull'occupazione, sul luogo di dimora, sull'obbligo di notifica, nonché alla disposizione di una sorveglianza o assistenza.

### Art. 20

Misure di sicurezza

<sup>1</sup> Se una misura stazionaria deve essere annullata o modificata, il collocato sarà trasferito in un'istituzione d'esecuzione adatta fino a quando il tribunale non avrà deciso se e in che misura la pena sospesa vada ancora eseguita oppure se debba essere disposta un'altra misura.

<sup>2</sup> Nei casi di cui all'art. 95 capoverso 5 CP, l'autorità esecutiva può disporre il carcere di sicurezza, se vi è il serio pericolo che la persona scarcerata commetta reati contro la vita e l'integrità della persona. Il giudice competente per la carcerazione decide in merito alla durata della carcerazione di sicurezza entro 48 ore dalla disposizione.

### 3. SICUREZZA E ORDINE

#### Art. 21

<sup>1</sup> Il detenuto è corresponsabile della convivenza ordinata all'interno del penitenziario. Principio

<sup>2</sup> I dettagli vengono disciplinati nel regolamento interno e nelle rispettive istruzioni.

#### Art. 22

<sup>1</sup> Per garantire l'esecuzione, quale misura di identificazione è permesso in particolare: Misure di identificazione

- a) scattare fotografie;
- b) effettuare misurazioni e determinare segni fisici particolari;
- c) rilevare impronte digitali;
- d) prelevare un campione di saliva o uno striscio della mucosa orale.

<sup>2</sup> Sono fatte salve le disposizioni della legge sui profili del DNA.

#### Art. 23

<sup>1</sup> La direzione dell'istituzione d'esecuzione può ordinare la perquisizione dei collocati, dei loro effetti personali e della loro cella, nonché disporre prove delle urine, prove dell'alito, prelievi di sangue, prelievi di un campione di capelli o il controllo esterno di aperture del corpo (esame corporale superficiale). Controlli, perquisizioni

<sup>2</sup> I collocati sospettati di nascondere nel oppure sul loro corpo o in un'apertura del loro corpo degli oggetti non autorizzati possono essere perquisiti corporalmente (esame corporale intimo).

<sup>3</sup> Gli esami corporali superficiali devono essere effettuati da persone dello stesso sesso.

<sup>4</sup> Gli esami corporali intimi devono essere affidati a un medico.

#### Art. 24

<sup>1</sup> La direzione dell'istituzione d'esecuzione può disporre speciali misure di sicurezza contro un collocato, se a causa del suo comportamento oppure per via del suo stato psichico sussiste un elevato pericolo di fuga, di minaccia contro se stesso o contro terzi o il pericolo di danneggiamenti. Speciali misure di sicurezza

<sup>2</sup> Le speciali misure di sicurezza consentono di:

- a) sottrargli o negargli determinati oggetti;
- b) osservarlo di giorno e/o di notte;
- c) isolarlo da altri detenuti;
- d) negare o limitare la permanenza all'aperto;
- e) collocarlo in un locale particolarmente sicuro e privo di oggetti pericolosi;
- f) ammanettarlo.

<sup>3</sup> Le misure di cui al capoverso 1 lettere a, c ed e sono consentite anche se il pericolo di fuga o un notevole turbamento dell'ordine dell'istituzione d'esecuzione non possono essere evitati in altro modo.

<sup>4</sup> È consentito ammanettare un collocato su ordine della direzione dell'istituzione d'esecuzione per farlo uscire, accompagnarlo o trasportarlo, anche se l'elevato pericolo di fuga sussiste per motivi diversi da quelli del capoverso 1.

<sup>5</sup> Le speciali misure di sicurezza possono essere mantenute soltanto fino a quando il loro scopo lo richiede e tanto a lungo quanto necessario.

#### **Art. 25**

Arresti

Se un collocato è fuggito oppure si trattiene fuori dell'istituzione d'esecuzione senza essere autorizzato, si ordina immediatamente che venga arrestato e ricondotto. L'autorità di collocamento deve esserne informata. Il personale dell'istituzione d'esecuzione può arrestarlo oppure ricondurlo nello stabilimento.

### 4. COERCIZIONE DIRETTA

#### **Art. 26**

Principio

<sup>1</sup> L'applicazione della coercizione diretta è possibile nei confronti di collocati renitenti o violenti, al fine di evitare la loro fuga o per il loro nuovo arresto.

<sup>2</sup> Contro altre persone che si trovano illegalmente nell'area dell'istituzione d'esecuzione, che cercano di penetrarvi o di liberare dei detenuti, l'applicazione della coercizione diretta è permessa se lo scopo prefissato non può essere raggiunto in alcun altro modo.

#### **Art. 27**

Alimentazione forzata

<sup>1</sup> Nel caso di uno sciopero della fame, la direzione dell'istituzione d'esecuzione può ordinare un'alimentazione forzata, che deve essere effettuata sotto direzione e partecipazione medica, qualora sussista un pericolo di vita o un grave pericolo per la persona interessata.

<sup>2</sup> Fintanto che è data una libera volontà della persona interessata, l'istituzione d'esecuzione non interviene.

#### **Art. 28**

Medicazione forzata  
1. Campo d'applicazione, principio

<sup>1</sup> Le seguenti disposizioni relative alla medicazione forzata si applicano a collocati in un'istituzione d'esecuzione grigionese se:

- a) deve essere eseguita una sanzione penale, in particolare una misura ordinata dal giudice e se
- b) è conciliabile con lo scopo concreto della sanzione.



<sup>2</sup> Una medicazione forzata ai sensi della presente legge è una misura che può essere attuata anche senza l'autorizzazione della persona interessata con l'obiettivo di mantenere o migliorare il suo stato di salute, oppure di proteggere terzi.

<sup>3</sup> I diritti e i doveri generali dei collocati si applicano anche in caso di ordine di medicazione forzata, per quanto di seguito non venga disciplinato nulla di diverso.

#### **Art. 29**

Le medicazioni forzate sono autorizzate soltanto se hanno fallito o non sono disponibili misure volontarie e se: 2. Presupposti

- a) il comportamento della persona interessata mette in serio pericolo la propria sicurezza o salute;
- b) deve essere evitato un pericolo imminente per l'integrità o la vita di terzi;
- c) deve essere rimosso un grave disturbo della convivenza in caso di forti anomalie sociali o di un notevole potenziale distruttivo della persona interessata.

#### **Art. 30**

<sup>1</sup> Sull'ordine, lo svolgimento e la conclusione di una medicazione forzata decide esclusivamente la direzione dopo avere sentito il competente medico dell'istituzione d'esecuzione. 3. Disposizioni generali

<sup>2</sup> Si devono adottare tutti i provvedimenti necessari per evitare una medicazione forzata. Alla persona interessata deve essere concessa libertà di decisione fino a quando ciò sia conciliabile con la sua sicurezza e la sicurezza pubblica.

<sup>3</sup> Deve essere scelta in ogni caso la misura coercitiva più lieve. Essa può durare solo fino a quando sono dati i presupposti che la giustificano.

#### **Art. 31**

<sup>1</sup> Qualora non esista un pericolo imminente, prima di una decisione a favore di una medicazione forzata la persona interessata deve essere informata sulla misura ordinata e sul diritto di ricorso. I familiari o una persona vicina designata possono essere informati immediatamente nella forma adeguata. 4. Informazione

<sup>2</sup> La decisione deve essere comunicata alla persona interessata per iscritto con motivazione e indicazione dei rimedi giuridici, anche in caso di previa comunicazione orale.

<sup>3</sup> L'istituzione d'esecuzione deve informare immediatamente l'autorità collocante, nonché il medico cantonale sull'ordine di medicazione forzata.

**Art. 32**

5. Ricorso

Contro l'ordine di medicazione forzata, la persona interessata dalla stessa, i suoi familiari o una persona vicina possono presentare ricorso scritto all'Ufficio competente entro dieci giorni.

## 5. SALUTE E ASSISTENZA

**Art. 33**

Medicamenti e generi voluttuari

<sup>1</sup> Sono vietati il consumo, il possesso e il commercio di alcol, medicinali non prescritti e di stupefacenti o sostanze dagli effetti simili.

<sup>2</sup> L'istituzione d'esecuzione provvede ai controlli necessari (quali analisi delle urine, del sangue, della saliva, dei capelli, striscio della mucosa orale, test del palloncino). In caso di risultato positivo le spese per il test sono a carico del collocato.

**Art. 34**

Spese di trattamento

<sup>1</sup> Qualora le spese per trattamenti medici non siano coperte dalle spese di esecuzione, dalle casse malati o dalle assicurazioni, esse sono a carico del Cantone collocante.

<sup>2</sup> Le spese per la permanenza in ospedale o il trattamento in relazione a malattie o infortuni, che esistevano, rispettivamente sono stati subiti già prima del collocamento nell'istituzione d'esecuzione, devono essere assunte dalla persona collocata o dal Cantone collocante. Lo stesso vale, salvo in casi d'emergenza, per ferite o malattie causate intenzionalmente nell'istituzione d'esecuzione.

<sup>3</sup> Prima di ogni trattamento non urgente, con l'ufficio collocante è necessario stabilire chi si assumerà le spese. Se la copertura delle spese non è garantita, il detenuto deve lasciare un deposito.

<sup>4</sup> Le spese per il trattamento di ferite o malattie che il collocato subisce durante la permanenza non autorizzata al di fuori dell'istituzione d'esecuzione devono essere assunte dal collocato stesso.

## 6. CONTATTI ALL'INTERNO DELLE ISTITUZIONI D'ESECUZIONE E CON L'ESTERNO

**Art. 35**

Contatto tra i collocati

Se non sono stabilite norme diverse per motivi disciplinari o per altri motivi, i contatti verbali e per iscritto tra i collocati non vengono limitati.

**Art. 36**

In caso di indizi di abuso o in caso di abuso effettivo è possibile limitare o sorvegliare anche gli invii postali, le telefonate oppure le visite di avvocati, assistenti spirituali e medici.

Contatti con l'esterno

**7. REGIME DISCIPLINARE****Art. 37**

<sup>1</sup> Infrazioni contro la presente legge, l'ordinanza sull'esecuzione giudiziaria, il regolamento interno e altre regolamentazioni delle istituzioni d'esecuzione, nonché contravvenzioni contro il piano d'esecuzione sono punite quali infrazioni disciplinari.

Infrazioni disciplinari

<sup>2</sup> In casi di lieve entità è possibile rinunciare a sanzioni disciplinari, se l'infrazione disciplinare può essere liquidata in altro modo.

<sup>3</sup> Sono considerate gravi infrazioni disciplinari:

- a) atti di violenza, minacce o un comportamento sconveniente nei confronti del personale, di altri detenuti o di terzi;
- b) evasione, fuga, tentativo di fuga e complicità nella fuga;
- c) rifiuto del lavoro e istigazione a rifiutare il lavoro, nonché mancato ritorno dall'attività esterna, dall'uscita o dal congedo;
- d) ritorno da un'attività esterna, dall'uscita o dal congedo in stato di ebbrietà o sotto l'effetto di droghe;
- e) grave danneggiamento intenzionale;
- f) introduzione, produzione, possesso e trasmissione a terzi di armi, nonché di oggetti simili ad armi o adatti all'uso quali armi pericolose;
- g) introduzione, possesso, produzione e consumo o commercio di droghe e alcol;
- h) introduzione, esportazione e consegna a terzi di oggetti, documenti e denaro contante, aggirando i controlli;
- i) contatti non consentiti con persone al di fuori dell'istituzione d'esecuzione;
- j) gravi disturbi dell'ordine e della sicurezza;
- k) delitti perseguibili solo su querela, per quanto si rinunci a una querela.

**Art. 38**

<sup>1</sup> Sono consentite le seguenti sanzioni disciplinari:

Sanzioni disciplinari

- a) ammonimento;
- b) limitazione o revoca del diritto di disporre di mezzi finanziari fino a tre mesi;
- c) esclusione dalla partecipazione alle attività in comune e del tempo libero, manifestazioni e corsi fino a tre mesi, in caso di recidiva fino a sei mesi;

- d) limitazione o privazione di media scritti ed elettronici, nonché del possesso di apparecchi per la riproduzione audio e video fino a due mesi, in caso di recidiva fino a sei mesi;
- e) limitazione o revoca del diritto di visita e di corrispondenza fino a tre mesi;
- f) sospensione delle uscite e dei congedi fino a sei mesi;
- g) multa fino a 200 franchi;
- h) isolamento in cella o in camera fino a 14 giorni;
- i) arresto fino a 20 giorni.

<sup>2</sup> Si possono unire fra loro diverse sanzioni disciplinari. Non è permesso disporre contemporaneamente l'arresto e la multa.

<sup>3</sup> Le limitazioni o il blocco dei contatti con l'esterno, la revoca del diritto di visita, nonché la sospensione delle uscite e dei congedi possono essere disposti soltanto se l'infrazione disciplinare è legata all'esercizio di questi diritti. Sono in ogni caso fatti salvi i contatti con le autorità, i rappresentanti legali e gli assistenti spirituali.

<sup>4</sup> L'arresto è consentito soltanto in caso di infrazioni disciplinari gravi o ripetute.

#### **Art. 39**

Confisca e sequestro

<sup>1</sup> Gli oggetti utilizzati per commettere infrazioni disciplinari vengono confiscati. Essi vengono messi tra gli effetti personali se può esserne accertata la proprietà.

<sup>2</sup> Se ciò non è possibile o se gli oggetti sono adatti unicamente a un uso illegale, essi vengono venduti a favore di un fondo a sostegno di detenuti o ex detenuti oppure vengono distrutti, se la vendita non è possibile.

#### **Art. 40**

Restrizioni per particolari tipi di detenzione

<sup>1</sup> In caso di esecuzione in regime aperto, di semiprigionia e di lavoro in esternato, le sanzioni disciplinari conformemente all'articolo 38 lettere c, d ed e possono essere comminate per al massimo un mese.

<sup>2</sup> In caso di semiprigionia e di lavoro in esternato, la sospensione delle uscite o dei congedi può essere comminata per al massimo un mese.

<sup>3</sup> Per la detenzione amministrativa in materia di diritto degli stranieri valgono le relative disposizioni della legislazione d'applicazione cantonale.

#### **Art. 41**

Trasferimento cautelativo

In caso di infrazioni disciplinari gravi o ripetute, insieme alla decisione disciplinare può essere disposto un trasferimento cautelativo fino alla decisione dell'autorità collocante, segnatamente:

- a) dall'esecuzione in regime aperto all'esecuzione in regime chiuso;

- b) dalla semiprigionia o dal lavoro in esternato all'esecuzione in regime aperto o chiuso;
- c) dall'alloggio in esternato al lavoro in esternato o all'esecuzione in regime aperto o chiuso.

#### Art. 42

<sup>1</sup> Le sanzioni disciplinari vengono disposte dalla direzione o dall'amministrazione dell'istituzione d'esecuzione. Competenza per decisioni disciplinari

<sup>2</sup> Se l'infrazione è indirizzata contro il direttore decide l'Ufficio competente.

<sup>3</sup> Le sanzioni disciplinari devono di regola essere eseguite nell'istituzione d'esecuzione la cui direzione le ha disposte.

<sup>4</sup> Le sanzioni disciplinari disposte a carico di un collocato di un'altra istituzione d'esecuzione o durante la detenzione preventiva vengono eseguite a seconda delle possibilità e su richiesta.

#### Art. 43

<sup>1</sup> Per valutare infrazioni disciplinari si applicano per analogia le disposizioni della parte generale del Codice penale. Diritto applicabile

<sup>2</sup> Per il resto trovano applicazione le direttive della Commissione della Svizzera orientale per l'esecuzione delle pene concernenti il diritto disciplinare negli stabilimenti concordatari.

### V. Comunicazione di dati personali

#### Art. 44

<sup>1</sup> Dopo il passaggio in giudicato della condanna di una persona, le autorità d'azione penale e i tribunali inviano, su richiesta, in forma cartacea o elettronica tutti gli atti necessari per l'esecuzione ai Servizi competenti per l'esecuzione della pena. Servizi e interessati

<sup>2</sup> I collaboratori attivi nell'esecuzione sono autorizzati, nel quadro delle loro attività di servizio, a prendere visione di tutti gli atti dell'istruttoria, del tribunale, d'esecuzione e di terapia esistenti su di una persona, se ciò è adeguato e necessario per l'adempimento concreto dei loro compiti.

<sup>3</sup> Ogni persona ha diritto di prendere visione degli atti d'esecuzione che la riguardano. Gli atti d'esecuzione comprendono gli atti fondamentali della procedura istruttoria e giudiziaria, come pure le principali perizie e i principali rapporti, verbali e decisioni necessari per la procedura d'esecuzione. In caso di interessi pubblici preponderanti o interessi preponderanti di terzi la presa in visione degli atti o le informazioni possono essere differite, limitate o rifiutate.

**Art. 45**

Terzi

<sup>1</sup> Su domanda scritta, il Servizio competente informa sull'esecuzione della pena e della misura di un condannato, sul suo congedo, trasferimento o liberazione le seguenti persone:

- a) le vittime di reati del condannato, se questi atti le condizionano notevolmente nella loro integrità fisica, sessuale o psichica;
- b) altre persone che, rispetto al condannato, possono dimostrare un interesse sovraordinato e tutelabile all'ottenimento dell'informazione.

<sup>2</sup> La Polizia cantonale viene informata in ogni caso riguardo a collocati per i quali esistono particolari problemi di sicurezza.

**VI. Rimedi giuridici****Art. 46**Ricorso  
1. Interno al  
penitenziario

<sup>1</sup> In rapporti giuridici particolari può essere deciso oralmente. Gli interessati possono richiedere una decisione scritta.

<sup>2</sup> Il detenuto può presentare ricorso scritto entro dieci giorni al direttore o al responsabile della relativa istituzione d'esecuzione contro disposizioni e misure della direzione dell'esecuzione, nonché contro tutti gli ordini e il comportamento del personale del penitenziario.

<sup>3</sup> Il ricorso non ha effetto sospensivo.

**Art. 47**2. All'Ufficio e al  
Dipartimento

<sup>1</sup> Le decisioni e le disposizioni della direzione possono essere impugnate mediante ricorso amministrativo all'Ufficio, entro dieci giorni dalla comunicazione.

<sup>2</sup> L'interessato o la procura pubblica possono impugnare per iscritto entro 30 giorni dinanzi al Dipartimento preposto le disposizioni e le decisioni su ricorso dell'Ufficio competente .

<sup>3</sup> L'autorità di ricorso può attribuire effetto sospensivo al ricorso.

**Art. 48**

Appello

Le persone interessate e la procura pubblica possono interporre appello in materia penale al Tribunale cantonale contro le decisioni esecutive o le decisioni su ricorso del Dipartimento.

**VII. Disposizioni finali****Art. 49**Modifica del  
diritto prevalente

Con l'entrata in vigore della presente legge, gli atti normativi seguenti sono modificati come segue:

**1. Legge d'introduzione al codice civile svizzero del 12 giugno 1994 (LICC)**

**Art. 3 cpv. 1 n. 1**

<sup>1</sup> Il Tribunale distrettuale, indipendentemente dal valore della causa, è competente segnatamente nei seguenti casi:

1. Art. 28, 28a, **28b** tutela della personalità;

**Art. 8 cpv. 2**

<sup>2</sup> Il presidente del Tribunale distrettuale giudica le impugnazioni contro l'allontanamento immediato conformemente all'articolo 28b cpv. 4. La procedura si conforma per analogia agli articoli da 61 a 63 della presente legge.

**Art. 15a**

<sup>1</sup> Per l'allontanamento immediato secondo l'articolo 28b capoverso 4 è competente la Polizia cantonale. La procedura si conforma alla legge sulla polizia.

<sup>4.</sup> L'Amministrazione cantonale

<sup>2</sup> Il Governo può creare un ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza e designa il servizio competente.

**2. Legge sulla giustizia penale (LGP) dell'8 giugno 1958**

Art. da 181 a 192

Abrogati

Art. da 224 a 226

Abrogati

**3. Legge sulla polizia del Cantone dei Grigioni (LPol) del 20 ottobre 2004**

**Art. 16**

<sup>1</sup> La Polizia cantonale può decidere l'allontanamento immediato conformemente all'art. 28b capoverso 4 CC, per al massimo dieci giorni. La decisione va accompagnata da un'indicazione dei rimedi giuridici e:

- a) va consegnata in forma scritta alla persona allontanata e alla vittima, al più tardi dopo l'intervento;
- b) va trasmessa al presidente del Tribunale distrettuale e, nel caso entrino in considerazione provvedimenti tutori, all'autorità tutoria, entro 24 ore;

c) va trasmessa all'ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza insieme all'eventuale ulteriore documentazione necessaria.

<sup>2</sup> L'impugnazione della decisione della Polizia cantonale durante l'allontanamento si conforma alla legge d'introduzione al Codice civile.

<sup>3</sup> La Polizia cantonale informa:

- a) la vittima sugli ulteriori passi procedurali possibili;
- b) la vittima e la persona che esercita violenza in merito a offerte di consulenza.

<sup>4</sup> L'Ufficio di consulenza prende immediatamente contatto con le persone che esercitano violenza, nei casi di allontanamento di persone secondo l'articolo 28b capoverso 4 CC. Se una persona non desidera una consulenza, i dati e la documentazione trasmessi dalla polizia vengono immediatamente distrutti dall'Ufficio di consulenza.

#### Art. 50

Diritto transitorio

<sup>1</sup> Fino all'entrata in vigore del Codice di diritto processuale penale svizzero del 5 ottobre 2007, il presidente di circolo competente nel luogo decide la conversione di multe conformemente all'articolo 5 capoverso 3 della presente legge.

<sup>2</sup> Fino all'entrata in vigore della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Cantone e comuni (NPC grigionese) le spese relative all'esecuzione di misure ai sensi dell'articolo 7 della presente legge vanno a carico del Comune nel quale gli interessati avevano l'ultimo domicilio o l'ultima dimora.

#### Art. 51

Coordinamento con la NPC grigionese

<sup>1</sup> Se disposizioni della legge sulla giustizia penale dell'8 giugno 1958 vengono modificate dalla nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Cantone e comuni (NPC grigionese) e della presente legge e se la NPC grigionese entra in vigore contemporaneamente alla presente legge o dopo di essa, il testo di queste disposizioni si conforma all'articolo 49 numero 2 della presente legge.

Se la NPC grigionese viene respinta, le disposizioni seguenti ricevono questo testo:

- a) articolo 7 capoverso 1: Le spese dell'esecuzione delle pene detentive sono a carico del Cantone. I condannati in buone condizioni finanziarie devono essere obbligati nella sentenza a versare contributi alle spese d'esecuzione.
- b) articolo 7 capoverso 2: Le spese d'esecuzione di misure sono a carico del comune nel quale gli interessati avevano l'ultimo domicilio o



l'ultima dimora, per quanto non siano terzi ad assumersi le spese.  
Nella sentenza, i condannati in buone condizioni finanziarie possono  
venire obbligati a partecipare alle spese d'esecuzione.

**Art. 52**

<sup>1</sup> La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

Referendum,  
entrata in vigore

<sup>2</sup> Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.



## Auszug aus dem geltenden Recht

### Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch<sup>1)</sup>

Vom Volke angenommen am 12. Juni 1994<sup>2)</sup>

---

#### I. Allgemeiner Teil

##### 1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN UND VERFAHREN

###### A. Gerichtsbehörden

#### Art. 3

<sup>1 3)</sup>Das Bezirksgericht ist ohne Rücksicht auf den Streitwert insbesondere in folgenden Streitsachen zuständig:

1. Art. 28, 28a, Schutz der Persönlichkeit;
2. Art. 30 Abs. 3, Anfechtung von Namensänderungen;
3. Art. 42 Abs. 1, Bereinigungsklage;
4. Art. 57, 78 und 88 Abs. 2, Auflösung einer juristischen Person;
5. Art. 105 bis 108, Ungültigkeit der Ehe;
- 5a. <sup>4)</sup>Art. 9, 10 PartG, Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;
6. Art. 112, Scheidung auf gemeinsames Begehren bei Teileinigung;
- 6a. <sup>5)</sup>Art. 29 Abs. 3 PartG, Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei Teileinigung;

2. Zuständigkeit des Bezirksgerichtes

---

<sup>1)</sup> Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

<sup>2)</sup> B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 286 (1. Lesung), 560 (2. Lesung)

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; B vom 6. Juli 1999, 289; GRP 1999/2000, 433

<sup>4)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4883; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>5)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4883; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

7. Art. 114, 115, Scheidung auf Klage;
- 7a. <sup>1)</sup>Art. 30 PartG, Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf Klage;
8. Art. 129, 134, Abänderungsklage;
9. Art. 194, 205 Abs. 2 und 251, güterrechtliche Auseinandersetzung;
- 9a. <sup>2)</sup>Art. 24 PartG, Zuweisung von Miteigentum;
10. Art. 220, Einforderung von Vermögenswerten, die der Hinzurechnung (Art. 208) unterliegen;
12. Art. 219, 612a, Zuweisung der Familienwohnung oder Hausratsgegenstände;
13. Art. 256, 258, Anfechtung der Vermutung der Vaterschaft des Ehemannes;
14. Art. 259 Abs. 2 und 3, Art. 260a, Anfechtung der Anerkennung;
15. Art. 261, 295, Vaterschaftsklage, Ansprüche der unverheirateten Mutter;
16. Art. 269, 269a, Anfechtung der Adoption;
17. Art. 279, 329, Unterhalts- und Unterstützungsklage;
18. Art. 286 Abs. 2, Abänderung des Unterhaltsbeitrages.

<sup>2)</sup> Sachurteile in den hier aufgeführten Streitsachen unterliegen der Berufung an das Kantonsgericht.

### Art. 8

3. Der Bezirksgerichtspräsident

Der Bezirksgerichtspräsident ist im Personen- und Familienrecht zuständig, insbesondere:

1. Art. 28c ff., Schutz der Persönlichkeit und vorsorgliche Massnahmen;
2. Art. 28 1, Recht auf Gegendarstellung;
3. Art. 36 Abs. 2, Aufforderung zu Meldungen im Verschollenheitsverfahren;
4. <sup>3)</sup>Art. 111, Scheidung auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;
- 4a. <sup>4)</sup>Art. 29 Abs. 1 und 2 PartG, Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;
5. <sup>5)</sup>Art. 124 Abs. 2, Sicherstellung;

---

<sup>1)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4883; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>2)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4883; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>4)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

6. <sup>1)</sup>Art. 132, 291, Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung;
7. <sup>2)</sup>Art. 137, vorsorgliche Massnahmen im Scheidungsverfahren; der Weiterzug richtet sich nach Art. 237 ZPO <sup>3)</sup>;
8. Art. 166 Abs. 2 Ziff. 1, Erweiterung der Vertretungsbefugnis eines Ehegatten;
- 8a. <sup>4)</sup>Art. 15 Abs. 2 lit. a und Abs. 4 PartG, Erweiterung oder Entzug der Vertretungsbefugnis eines eingetragenen Partners;
9. Art. 169 Abs. 2, Ermächtigung eines Ehegatten zur Beendigung oder Beschränkung der Rechte an der Familienwohnung;
- 9a. <sup>5)</sup>Art. 14 Abs. 2 PartG, Ermächtigung eines eingetragenen Partners zur Beendigung oder Beschränkung der Rechte an der gemeinsamen Wohnung;
10. Art. 170 Abs. 2, Durchsetzung der Auskunftspflicht unter Ehegatten;
- 10a. <sup>6)</sup>Art. 16 Abs. 2 PartG, Durchsetzung der Auskunftspflicht unter eingetragenen Partnern;
11. Art. 172 bis 180, Schutz der ehelichen Gemeinschaft;
- 11a. <sup>7)</sup>Art. 13 Abs. 2 und 3 PartG, Festlegung des Unterhalts, Anweisungen an den Schuldner;
- 11b. <sup>8)</sup>Art. 17 Abs. 2 und 4 PartG, Aufhebung des Zusammenlebens;
- 11c. <sup>9)</sup>Art. 22 PartG, Beschränkung der Verfügungsbefugnis eines eingetragenen Partners;
12. Art. 185, 189, Anordnung der Gütertrennung auf Begehren eines Ehegatten oder der Aufsichtsbehörde in Betreibungssachen;

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>3)</sup> BR 320.000

<sup>4)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>5)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>6)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>7)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>8)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>9)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

13. Art. 187 Abs. 2, 191 Abs. 1, Wiederherstellung des früheren Güterstandes bzw. der Gütergemeinschaft;
14. <sup>1)</sup>Art. 195a, Art. 20 PartG, Anordnung der Aufnahme eines Inventars; Inventars;
15. Art. 203 Abs. 2, 218, 235 Abs. 2, 250 Abs. 2, 11 SchlT/ZGB <sup>2)</sup>, Einräumung von Zahlungsfristen; bei hängigen Verfahren betreffend die güterrechtliche Auseinandersetzung oder den Bestand der Schuld bleibt die Zuständigkeit des ordentlichen Richters vorbehalten;
- 15a. <sup>3)</sup>Art. 23 PartG, Einräumung von Zahlungsfristen; bei hängigen Verfahren betreffend Zuweisung von Miteigentum oder den Bestand der Schuld bleibt die Zuständigkeit des ordentlichen Richters vorbehalten;
16. Art. 230, Ermächtigung eines Ehegatten zur Ausschlagung oder Annahme einer Erbschaft;
17. Art. 284, vorsorgliche Massnahmen im Unterhaltsprozess; Art. 237 ZPO <sup>4)</sup> ist anwendbar;
18. <sup>5)</sup>Art. 286 Abs. 3; Unterhaltsbeitrag bei ausserordentlichen Bedürfnis-  
Bedürfnissen;
19. Art. 292, Sicherstellung des künftigen Unterhalts;
20. Art. 410 Abs. 2, Fristansetzung bei Geschäften Bevormundeter.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>2)</sup> SR 210

<sup>3)</sup> Einfügung gemäss Gesetz über die Anpassung von Gesetzen an das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare Art. 1, Ziff. 4, AGS 2006, KA 4884; am 1. April 2007 in Kraft getreten.

<sup>4)</sup> BR 320.000

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

## Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1958<sup>1)</sup>

---

### II. Das Strafverfahren

#### 4. STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG

##### A. *Vollzug der Urteile*<sup>2)</sup>

##### Art. 181<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Wo das Strafgesetzbuch die Zuständigkeit zur Anordnung von Vollzugshandlungen einem Gericht überträgt, ist dafür das Gericht zuständig, welches das erstinstanzliche Urteil gefällt hat.

Gemeinnützige  
Arbeit, Freiheits-  
strafen und  
Massnahmen

<sup>2)</sup> Die Regierung bezeichnet die für den Vollzug von gemeinnütziger Arbeit, Freiheitsstrafen und Massnahmen zuständigen Stellen, soweit das Strafgesetzbuch oder dieses Gesetz nicht etwas anderes bestimmt.

<sup>3)</sup> ...

---

<sup>1)</sup> B vom 25. April 1956, 237; GRP 1956, 435 und 438, 1957, 52, 64, 68, 89 und 92 (erste Lesung), 1957, 342, 350 und 403 (zweite Lesung); Art. 230 Abs. 2 aufgehoben durch Art. 7 des Gesetzes vom 5. März 1961 über das Salzregal (Wortlaut des aufgehobenen Abs. 2 siehe AGS 1958, 141); Art. 65 Abs. 4 geändert durch Volksbeschluss vom 24. April 1966 (B vom 30. August 1965, 310; GRP 1965, 334; ursprüngliche Fassung des geänderten Abs. 4 siehe AGS 1958, 102); Art. 67 Abs. 2 und 180 Abs. 1-3 geändert durch Art. 83 Ziff. 4 des Verwaltungsgerichtsgesetzes, AGS 1967, 339 (das VGG ist aufgehoben worden) (ursprünglicher Wortlaut der geänderten Artikel siehe AGS 1958, 103 bzw. 132); verschiedene Artikel gemäss FN revidiert durch Volksbeschluss vom 7. April 1974 (B vom 29. März 1973, 1, GRP 1973/74, 53, 59, 67 und 99 (erste Lesung), 280 (zweite Lesung)

<sup>2)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>3)</sup> Fassung und Aufhebung von Absatz 3 gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Geldstrafen und Bussen	<p><b>Art. 182<sup>1)</sup></b></p> <p><sup>1</sup> Geldstrafen und Bussen fallen, unter Vorbehalt besonderer Zweckbestimmungen, in die Kasse der in erster Instanz zuständigen Gerichtsbehörden oder Verwaltungsinstanzen, denen auch der Einzug obliegt.</p> <p><sup>2</sup> Die Umwandlung von Bussen, welche von einer Verwaltungsinstanz ausgesprochen wurden, in gemeinnützige Arbeit oder eine Ersatzfreiheitsstrafe verfügt der örtlich zuständige Kreispräsident.</p> <p><b>Art. 183<sup>2)</sup></b></p>
Rechtsmittel	<p><b>Art. 183a<sup>3)</sup></b></p> <p>Gegen Vollzugsverfügungen oder Beschwerdeentscheide des Departements können der Betroffene und der Staatsanwalt beim Kantonsgericht Berufung gemäss Artikel 141 ff. einlegen, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein kantonales Gericht erforderlich ist.</p> <p><b>Art. 184<sup>4)</sup></b></p>
Bewährungshilfe und Betreuung	<p><b>Art. 185<sup>5)</sup></b></p> <p>Die Regierung bestimmt das Nähere über den Vollzug der Bewährungshilfe, der Weisungen und der freiwilligen sozialen Betreuung während des Strafverfahrens und des Straf- und Massnahmenvollzuges.</p>

---

<sup>1)</sup> Fassung und Einfügung von Absatz 2 gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>2)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Anhang zum Gerichtsorganisationsgesetz Ziffer 8, AGS 2006, KA 4583; am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

<sup>4)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>5)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.



**Art. 186<sup>1)</sup>**

<sup>1</sup> Der Kanton unterhält die für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen notwendigen Institutionen. Der Grosse Rat sorgt in eigener Kompetenz für den Bau und Unterhalt dieser Anstalten nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches und der interkantonalen Vereinbarungen.

Institutionen des Straf- und Massnahmenvollzugs

<sup>2</sup> <sup>2)</sup> Die Regierung trifft, mit Genehmigung des Grossen Rates, mit anderen Kantonen die im Rahmen der interkantonalen Anstaltsplanung erforderlichen Vereinbarungen über die Mitbenützung der eigenen Anstalten und den Vollzug eigener Urteile in ausserkantonalen Anstalten. <sup>3)</sup>

**Art. 187<sup>4)</sup>**

Hat das Gericht keine andere Entscheidung getroffen, bestimmt die Staatsanwaltschaft, was mit gerichtlich eingezogenen Gegenständen zu geschehen hat. Der Erlös aus einer Verwertung fällt dem Kanton zu.

Verfügung über eingezogene und verfallene Gegenstände

**B. Vollzugskosten****Art. 188<sup>5)</sup>**

Die Kosten des Vollzugs der Freiheitsstrafen gehen zu Lasten des Kantons. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen sind im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten zu verpflichten.

Freiheitsstrafen

**Art. 189<sup>6)</sup>**

<sup>1</sup> Die Kosten des Vollzugs von Massnahmen gehen zu Lasten der Gemeinde, in der die Betroffenen ihren letzten Wohnsitz oder Aufenthalt hatten, soweit nicht die Betroffenen oder Dritte für die Bezahlung aufkom-

Massnahmen

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

<sup>3)</sup> Siehe Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004, BR 350.400

<sup>4)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>5)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>6)</sup> Fassung und Aufhebung von Absatz 2 gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

men. Verurteilte in günstigen finanziellen Verhältnissen können im Urteil zu Beiträgen an die Vollzugskosten verpflichtet werden.

<sup>2</sup> ...

### C. *Nachträgliche Verfügungen*

**Art. 190**<sup>1)</sup>

**Art. 191**<sup>2)</sup>

## III. Jugendstrafrechtspflege

### C. *Verfahren gegen Jugendliche*

#### 3. VOLLZUG

**Art. 224**<sup>3)</sup>

Jugendliche

<sup>1</sup> Die von der Regierung bezeichnete Stelle vollzieht im Benehmen mit dem Jugendanwalt alle Schutzmassnahmen und Strafen gegenüber Jugendlichen. Sie kann hierfür die Mitwirkung des kantonalen Sozialamtes in Anspruch nehmen.

<sup>2</sup> Sie ist unter Vorbehalt von Artikel 18 Absatz 1 zweiter Satz JStG<sup>4)</sup> auch für die Änderung und Beendigung der Massnahmen gemäss Artikel 18 und 19 JStG und für die bedingte Entlassung aus dem Freiheitsentzug gemäss Artikel 28 ff. JStG zuständig.

<sup>3 5)</sup> Die Bussen fallen in die Staatskasse. Der Vollzug der Bussen und der Einzug der auferlegten Kosten obliegen dem Kanton.

---

<sup>1)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>2)</sup> Aufgehoben gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt

<sup>4)</sup> SR 311.1

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 7. April 1974, siehe FN zum Ingress

**Art. 225<sup>1)</sup>**

<sup>1</sup> Vor der vorsorglichen Anordnung von Schutzmassnahmen im Sinne von Artikel 15 JStG<sup>2)</sup> ist den Eltern oder dem sonstigen gesetzlichen Vertreter Gelegenheit zur Vernehmlassung zu geben. Elternrechte

<sup>2</sup> Die religiöse Erziehung darf durch die Unterbringung nicht beeinträchtigt werden.

**Art. 226<sup>3)</sup>**

Im Übrigen finden für den Vollzug die Artikel 181 ff. dieses Gesetzes und Artikel 43 JStG<sup>4)</sup> sinngemäss Anwendung. Allgemeine Bestimmungen

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> SR 311.1

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 24. April 2006; B vom 10. Januar 2006, 1623; GRP 2005/2006, 1105; die Referendumsfrist ist am 9. August 2006 unbenutzt abgelaufen; Mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt

<sup>4)</sup> SR 311.1



# Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)

vom 20. Oktober 2004

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 79 der Kantonsverfassung<sup>1)</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 15. Juni 2004<sup>2)</sup>,

beschliesst:

## III. Polizeiliche Massnahmen

### Art. 16

<sup>1</sup> Die Kantonspolizei

- a) kann eine Person, welche Mitbewohnerinnen und Mitbewohner ernsthaft gefährdet, aus der gemeinsamen Wohnung und deren unmittelbaren Umgebung wegweisen und ihr die Rückkehr vorübergehend, längstens für 10 Tage, verbieten;
- b) informiert die weggewiesene sowie die gefährdete Person spätestens nach dem Einschreiten schriftlich und orientiert die Vormundschaftsbehörde über das Hausverbot, sofern vormundschaftliche Massnahmen in Betracht kommen;
- c) übermittelt dem Bezirksgerichtspräsidium innert 24 Stunden seit der Wegweisung die Verfügung zur Kenntnisnahme.

Eingreifen bei  
häuslicher Gewalt

<sup>2</sup> Während der Dauer der Wegweisung bzw. des Rückkehrverbots kann die weggewiesene Person die Verfügung der Kantonspolizei beim Bezirksgerichtspräsidium anfechten oder die gefährdete Person beim Bezirksgerichtspräsidium die Verlängerung der Wegweisung beantragen. Dieses

- a) überprüft die Verfügung innerhalb von 5 Tagen seit Eingang des Begehrens;
- b) kann in begründeten Fällen die Wegweisung bis maximal 30 Tage verlängern.

---

<sup>1)</sup> BR 110.100

<sup>2)</sup> Seite 859

<sup>3</sup> <sup>1)</sup>Für das Verfahren sind die Bestimmungen von Artikel 61 bis 63 des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch<sup>2)</sup> sinngemäss anwendbar. Der Weiterzug richtet sich nach Artikel 12 des Einführungsgesetzes.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Anhang zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG), AGS 2006, KA 3319, am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

<sup>2)</sup> BR 210.100